ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Littig, Beate; Spitzer, Markus

Working Paper

Arbeit neu - erweiterte Arbeitskonzepte im Vergleich: Literaturstudie zum Stand der Debatte um erweiterte Arbeitskonzepte

Arbeitspapier, No. 229

Provided in Cooperation with:
The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Littig, Beate; Spitzer, Markus (2011) : Arbeit neu - erweiterte Arbeitskonzepte im Vergleich: Literaturstudie zum Stand der Debatte um erweiterte Arbeitskonzepte, Arbeitspapier, No. 229, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/116687

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Arbeit und Soziales

Hans Böckler Stiftung
Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Arbeitspapier 229

Beate Littig | Markus Spitzer

Arbeit neu. Erweiterte Arbeitskonzepte im Vergleich

www.boeckler.de

Januar 2011

Arbeitspapier 229

Beate Littig
Markus Spitzer

Arbeit neu.
Erweiterte Arbeitskonzepte im Vergleich

Literaturstudie zum Stand der Debatte um erweiterte Arbeitskonzepte

Doz. Dr. Beate Littig ist Soziologin, leitet die Abteilung Soziologie am postgradualen Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien und ist als Dozentin an der Universität Wien tätig. Ihre Publikationen und Lehr- und Forschungstätigkeiten befassen sich mit Fragestellungen der „Zukunft der Arbeit", der Frauen- und Geschlechterforschung, der Umweltsoziologie und der qualitativen Methoden empirischer Sozialforschung. Weitere Informationen unter: http://www.ihs.ac.at/vienna/Personal_Page/Beate-Littig-1.htm

Mag. Markus Spitzer, geb. 1979, ist Politikwissenschaftler, arbeitet am Österreichischen Institut für Nachhaltige Entwicklung (ÖIN) an den Forschungsschwerpunkten: „Zukunft der Arbeit", Nachhaltiger Energieverbrauch, Lebensstile und Armut. Weitere Informationen zu Projekten unter: http://oin.boku.ac.at/oin/cont05.php

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon (02 11) 77 78-115
Fax (02 11) 77 78-283
E-Mail: Kirsten-Hermeling@boeckler.de

Redaktion: Dr. Sebastian Brandl, Leiter des Referats 3
der Abteilung Forschungsförderung

Best-Nr.: 11229

Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Düsseldorf, Januar 2011
€ 18,00

0. Kurzzusammenfassung

Die vorliegende Studie gibt einen Überblick über den Stand der Debatte zu erweiterten Arbeitskonzepten. Sie fokussiert auf Entwicklungen der Debatte aus Sicht verschiedener Forschungs- und Denkansätze seit dem Jahr 2000: zunächst neue Arbeitskonzepte in der Frauen- und Geschlechterforschung, dann in der arbeits- und industriesoziologischen Debatte und zuletzt im Nachhaltigkeitsdiskurs.

Die Konzepte, die in der vorliegenden Studie im Hinblick auf eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs diskutiert werden, problematisieren alle den vorherrschenden engen, primär auf Erwerbsarbeit konzentrierten Arbeitsbegriff als normatives Leitbild gegenwärtiger Arbeitsgesellschaften. Verlangt wird eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs, der Tätigkeiten jenseits der Erwerbswirtschaft – Hausarbeit, Care, Eigenarbeit oder bürgerschaftliches Engagement – mit einbezieht und als gesellschaftlich wertvolle Arbeit anerkennt.

Die feministische Arbeitsforschung und die überwiegend sozialwissenschaftlich geführte Debatte über die Krise und Zukunft der Arbeit liefern wichtige theoretische Grundlagen für die neueren Entwicklungen zum Thema aus dem Bereich der Nachhaltigkeitsforschung, der solidarischen Ökonomie oder sozialen Bewegungen. Die Grundzüge dieser Theoriedebatten werden deshalb in der Studie kursorisch ausgeführt, bevor die neuen Ansätze im Umfeld des Nachhaltigkeitsdiskurses vorgestellt werden.

Feministischer Diskurs

Der theoretische Grundstock für einen erweiterten Arbeitsbegriff und eine ökonomische Betrachtung der *gesamten* Wirtschaftsleistungen wurde ab Ende der 1960-, Anfang der 1970-Jahre durch die zweite Frauenbewegung und die kritischen Arbeiten engagierter Frauen- und Geschlechterforscherinnen gelegt. Die Kritik dieser Forscherinnen richtete sich, gegenüber der öffentlichen Erwerbsarbeit, auf die gesellschaftliche Geringschätzung der reproduktiven Arbeiten in der Privatsphäre, die in erster Linie von Frauen geleistet werden. Aus dieser Sicht ist die gesellschaftliche Minderbewertung und mangelhafte wissenschaftliche Berücksichtigung des Arbeitsplatzes Haushalt symptomatisch für einen verkürzten industriegesellschaftlichen und patriarchalischen Arbeitsbegriff, der die marktförmige Erwerbsarbeit in den Vordergrund stellt. Mit der Fokussierung auf die weiblichen Arbeitsleistungen außerhalb der Erwerbssphäre kritisierte die feministische Arbeitsforschung zugleich die (damals) vorherrschende industriesoziologische und ökonomische (Erwerbs-)Arbeitsforschung.

Seitens der feministischen (Arbeits-)Forschung wird ein neues Leitbild des Arbeitens und Wirtschaftens verlangt, das sich nicht einseitig an der Erwerbsarbeit orientiert und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben nicht nur als so genanntes Frauenproblem begreift. Die Lösung von der Erwerbsarbeitszentriertheit sollte eine neue Normalität

der Teilzeitarbeit als Normalarbeit für Männer und Frauen sein; je nach Ausgangslage heißt das Arbeitszeitverkürzung bzw, -verlängerung. Im Zentrum der Forschungen steht die problematische Trennung von produktiver und reproduktiver Arbeit und deren Überwindung durch die Neubewertung und geschlechtergerechte Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Arbeiten. Als neue, normative Leitidee für die Arbeitsforschung wird in diesem Zusammenhang die Soziabilität (GendA-Net) von Arbeit vorgeschlagen. Gemeint ist damit ein Verständnis von Erwerbsarbeit unter Einbezug des Kontexts, der die Zusammenhänge zwischen dem Lebensbereich Arbeit und anderen Lebensbereichen umfasst.

Bemerkenswerter Weise werden ökologische Fragen der Organisation von Arbeit (wie z.B.: Generationengerechtigkeit) von der feministisch orientierten Arbeitsforschung kaum thematisiert (eine Ausnahme ist beispielsweise A. Biesecker), auch wenn Fragen der Gerechtigkeit als Geschlechtergerechtigkeit zentral für diesen Forschungsstrang sind. Festzuhalten ist auch, dass sich innerhalb der feministisch orientierten Arbeitsforschung in erster Linie programmatische, aber kaum konkrete Forderungen nach einer Umverteilung von Arbeit finden lassen.

Die Krise der (post-)fordistischen Arbeitsgesellschaft

In den neueren arbeitssoziologischen Arbeiten sind es vor allem zwei Begriffe, die bei der Analyse der Wandlungsprozesse in der postfordistischen Transformation hervorgehoben werden: die Subjektivierung von Arbeit und die Entgrenzung von Arbeit und Leben (vgl. Voß 2007). Subjektivierung der Arbeit beschreibt den Bruch mit gängigen tayloristischen Rationalisierungsprinzipien, weg von Fremdkontrolle durch Vorgesetze, Standardisierung und Arbeitsteilung hin zu Selbstorganisation und einem verstärkten Zugriff auf vorher weitgehend ungenutzte Fähigkeiten der Arbeitssubjekte wie Empathie, Kommunikation, Selbststeuerung und Flexibilität. Entgrenzung bezeichnet zum einen betriebliche Reorganisations- und Rationalisierungsstrategien und zugleich die Erosion der so genannten Normalarbeit durch zeitliche, räumliche und inhaltliche Flexibilisierung von Arbeit. Die Folgen einer weitgehend flexibilisierten Erwerbsarbeit (Zeitarbeit, Teleheimarbeit, Teilzeitarbeit, zeitweilige Arbeitslosigkeit usw.) für die private Lebensführung und Lebensqualität werden dabei besonders in den wissenschaftlichen Blick genommen. Auf einen erweiterten Arbeitsbegriff wird vor allem bei der Problematisierung der mangelhaften Work-Life-Balance Bezug genommen. Die Marginalisierung der Geschlechterverhältnisse in der industrie- und arbeitssoziologischen Debatte bleibt aber weiterhin ein Kernkritikpunkt seitens feministischer Forscherinnen.

Der Diskurs um eine nachhaltige Arbeitsgesellschaft

Neuere Zugänge zu erweiterten Arbeitskonzepten kommen aus der Nachhaltigkeitsdebatte sowie aus oder mit ihr assoziierten Strömungen. Die Diskussion um Nachhaltiges

Wachstum, die wissenschaftliche Arbeit von Attac (Deutschland) und die Debatte um neue Sinnstiftung sind ebenso beteiligt wie die Solidarische Ökonomie, die Transition Towns Initiative und Teile der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbewegung. Neu an der rezenten Debatte ist eine Konkretisierung der theoretischen und/oder programmatischen Diskussion der feministischen und industriesoziologischen Arbeitsforschung. Außerdem wird die Diskussion durch neue Akteure aus der globalisierungskritischen Bewegung (wie Attac) oder Beratungsunternehmen wie der „Sustainable Development Commission“ (SDC) sowie politiknaher Forschungsinstitutionen über die wissenschaftlichen Grenzen hinaus in die politische Sphäre getragen.

Die Vorschläge und Forderungen dieses Diskurses sind jedoch heterogen. Sie reichen von konkreten Maßnahmen wie der Einführung einer 30 Stunden Woche, Mindestsicherung und Mindestlohn, der Ausgestaltung flexiblerer Arbeitszeiten, verteilt über die Lebensarbeitszeit und politischen Projekten zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit bis hin zu utopischeren Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen und in der Folge einem Grundauskommen, der Einführung von Zeitwährungen zur Abgeltung von Nichterwerbsarbeit und dem Übergang zu einer Tätigkeitsgesellschaft, in der Arbeit hauptsächlich selbstbestimmt und frei von Zwängen durchgeführt wird.

Die Erweiterung der Debatte durch neue Akteure innerhalb und außerhalb der Wissenschaft, die neuen Konfliktlinien, die dadurch innerhalb der politischen Debatte aufgebrochen sind und auch die Wirtschaftskrise haben es letztendlich jedoch nicht vermocht, dass erweiterte Arbeitskonzepte zu einer ernsthaften politischen Alternative geworden wären.

Inhaltsverzeichnis

0. Kurzzusammenfassung 3

1. Einleitung 9

2. Erweiterte Arbeitskonzepte im Überblick 13

3. Arbeit in der Frauen- und Geschlechterforschung 17

4. Die Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft und die postfordistische Transformation 25

5. Beiträge zum Nachhaltigkeitsdiskurs und die neue Debatte um nachhaltiges Wachstum 35
   - 5.1 Konzeptionen zu einer nachhaltigen Arbeitsgesellschaft 35
   - 5.2 Wachstumskritik und erweiterte Arbeitskonzepte 50
   - 5.3 Neue Sinnstiftung 54
   - 5.4 Feministisch orientierte Beiträge zum Thema nachhaltiges Arbeiten: „Vorsorgendes Wirtschaften“ und „Subsistenz-perspektive“ 56
   - 5.5 Solidarische Ökonomie 60
   - 5.6 Transition Town Initiative (TTI) 63

6. Resümee: Von der (Erwerbs-)Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? 67

7. Literatur 73

8. Anhang 89

Über die Hans-Böckler-Stiftung 95

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Diskursive Perspektiven auf die Kritik am Erwerbsarbeitsbegriff.....14

Abbildung 2: Erweiterter Arbeitsbegriff – Konzept der Mischarbeit (Hildebrandt 2003: 391) 37

Abbildung 3: Integrierte Sichtweise auf Wirtschaft von Transition Town Initive (TTI) (download Juli 2010: http://www.peak-oil.com/suffizienz.php) 64

Tabelle 1: Übersicht über Strategien zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit Senghaas-Knobloch 2008: 14)..... 32

Tabelle 2: Übersicht über erweiterte Arbeitskonzepte..... 90

1. Einleitung

Die vorliegende Studie gibt einen Überblick über den Stand der Debatte zu erweiterten Arbeitskonzepten. Sie fokussiert auf Entwicklungen der Debatte aus Sicht verschiedener Forschungs- und Denkansätze seit dem Jahr 2000. Neue Arbeitskonzepte in der Frauen- und Geschlechterforschung, in der arbeits- und industriesoziologischen Debatte und aus dem Bereich des Nachhaltigkeitsdiskurses werden gesondert betrachtet. Vor 10 Jahren wurden die Ergebnisse des von der HBS beauftragten Verbundprojekts „Arbeit und Ökologie“ veröffentlicht (vgl. HBS 2000). Die vorliegende Studie schließt an die Ergebnisse dieses Projektes an und zeichnet die wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Debatte seit der Veröffentlichung des Verbundprojektes nach.

Im Zentrum des Verbundprojekts aus dem Jahr 2000 standen Überlegungen zum Konzept der so genannten Mischarbeit. Mischarbeit, d.h. Tätigkeiten in allen Arbeitsbereichen – der Erwerbsarbeit, der Bürgerarbeit, wie der reproduktiven Arbeit und der Eigenarbeit – kombiniert mit einem Mischeinkommen aus Erwerbstätigkeit, ggf. staatlicher Unterstützung und privatem Einkommen und Mischqualifikationen aus den verschiedenen Tätigkeitsbereichen. Diese Form der Arbeit wurde als zukunftsfähiges, neues Arbeits- und Lebensmodell präsentiert. Anknüpfend an die vielfach diagnostizierte Krise der fordistischen Erwerbsarbeit – steigender Arbeitslosigkeit, die Erosion des männlichen Normalarbeitsverhältnisses und der zunehmenden ökologischen Probleme – wurde von den Autorinnen und Autoren ein erweitertes Arbeitsverständnis als gesellschaftliches Leitbild gefordert, das zugleich den normativen Prinzipien sozialer Nachhaltigkeit gerecht wird.

Das breit angelegte Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ knüpfte dabei an eine Reihe sozialwissenschaftlicher Debatten der letzten Jahrzehnte an:

Zunächst thematisierte die neue Frauenbewegung Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre die mangelnde öffentliche Wertschätzung der reproduktiven Hausarbeits- und Versorgungsleistungen von Frauen in den privaten Haushalten (vgl. Hasenjürgen 1993; Ostner 1978). Kritisiert wurden in diesem Zusammenhang die geschlechterdifferenzierende Arbeitsteilung sowie das daran gekoppelte so genannte Familienernährer-Modell, das verheiratete Frauen vielfach abhängig von ihren Ehemännern machte.

Die wachsende Arbeitslosigkeit Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre und die damit verbundene Belastung der staatlichen Kassen, steigende Abgaben und nicht zuletzt verringerte Erwerbsarbeitszeiten, rückten die produktiven Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit ins politische wie wissenschaftliche Blickfeld (vgl. Teichert 1988; Heinze/Offe 1990). Hinzu kam die Kritik an der Dominanz entfremdeter Arbeit, die den Potentialen menschlicher Arbeitsfähigkeit und Entwicklung nicht gerecht wird (vgl. Weizsäcker/Weizsäcker 1979). Aus dieser Zeit stammen Konzepte wie F. Bergmanns

„New Work“ (Gründung des Zentrums für Neue Arbeit in Flint/Michigan 1984; vgl. Bergmann 1997).

Seit Anfang der 1990er Jahre hat sich der Problemdruck durch zunehmende Arbeitslosenzahlen und die Erosion des männlichen Normalarbeitsverhältnisses weiter verschärft. Die Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft erweiterte sich zur Krise des Wohlfahrtsstaats. Es war fraglich geworden, ob die Probleme durch wirtschaftsfördernde Maßnahmen allein zu beheben waren. Hinzu kamen umweltpolitische Einwände gegen weitere Produktivitätssteigerungen, die insbesondere im produzierenden Gewerbe in der Regel mit einem erhöhten Umweltverbrauch verbunden sind. In Frage gestellt wurde generell ein Wirtschaftssystem, das einen ökologisch nicht-nachhaltigen materiellen Wohlstand in den Mittelpunkt stellt (vgl. Hofmeister 1999; BUND/Misereor 1996; Littig 2001). Vorgeschlagen wurden hingegen neben einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Erwerbsarbeit Konzepte, wie das der Bürgerarbeit (bürgerschaftliches oder zivilgesellschaftliches Engagement) (vgl. Kommission 1997), die Einführung eines erwerbsunabhängigen Grundeinkommens oder kombinierte Maßnahmenbündel (vgl. Becker 1998), die die Probleme der Erwerbslosigkeit mindern, den erwerbsarbeitszentrierten Arbeitsbegriff erweitern, und/oder die wohlfahrtsstaatlichen Kassen entlasten und/oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken sollten. Hinzu kamen spätestens seit der Jahrtausendwende warnende Stimmen vor den sozialpolitischen Konsequenzen des demographischen Wandels und der Nicht-Finanzierbarkeit des steigenden Pflegebedarfs, allein durch kommerzialisierte Leistungen.

Trotz einer gewissen kurzfristigen politischen Aufmerksamkeit für diese neuen Arbeitsmodelle konnten sie sich gegen die Hegemonie neoliberaler Wirtschaftsdoktrinen, der Liberalisierung möglichst aller Märkte, der forcierten Flexibilisierung und Ausdehnung von Arbeitszeiten, einem verstärkten Wettbewerbsdruck und Arbeitskraftunternehmertum und einer Beschneidung von Sozialleistungen (z.B. Hartz IV) kaum Gehör verschaffen.

Erst im Zuge der gegenwärtigen Finanzkrise – der Ausweitung von Kurzarbeit, steigender Arbeitslosigkeit und hoher Staatsverschuldung – sowie einem nicht absehbaren Ende der Krise, scheint ein politisches Interesse an den alternativen Modellen zu erwachen (z.B. durch den Auftritt von F. Bergmann beim DGB Kapitalismus-Kongress 2009, dem Kommentar von Bergmann in der Frankfurter Rundschau vom 9.7.2009: 20, das erneute Votum für eine Tätigkeitsgesellschaft im neuen Bericht des Wuppertalinstituts, BUND et al 2008, die Bildungsinitiative „Mut zur Nachhaltigkeit“ der deutschen Stiftung für Verantwortung[1] oder die Aktivitäten der „Denkwerk Zukunft.

1 (download Juni 2010: http://www.forum-fuer-verantwortung.de/index.php?option=com_content&view=article&id=54&Itemid=59&lang=de)

Stiftung für kulturelle Erneuerung“[2] (vgl. Miegel 2010), die neue, möglichst ressourcenarme Formen von Wohlstand forcieren wollen.)

Vor diesem Hintergrund wird in dem vorliegenden Forschungsbericht eine Bestandsaufnahme der gegenwärtig diskutierten Konzepte einer Neuorientierung gegenwärtiger Arbeitsgesellschaften hin zu einem neuen Arbeitsverständnis vorgenommen. Dafür wurde die relevante, in erster Linie deutschsprachige Literatur (Bücher, Artikel, Internetseiten) gesichtet und anhand folgender Leitfragen analysiert:

- Welche (neuen) Konzepte werden diskutiert?
- Vor welchem normativen oder gesellschaftspolitischen Hintergrund oder aufgrund welcher Problemlage werden sie konzipiert?
- Welche sozialen Innovationen sollen sie bewirken?
- Wer sind die Akteure, die die Umsetzung dieser Konzepte befördern sollen?
- Welche Lösungen werden für die Kombination von Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit angeboten?
- Inwiefern wollen sie Erwerbsarbeit und informelle Arbeit verschränken? Welche Grauzonen (Nutzung von 1-Euro-Jobs für gemeinnützige Arbeiten) sollen etabliert werden?
- Welche Elemente eines erweiterten Arbeitsbegriffs korrespondieren mit Initiativen wie die der „Guten Arbeit“ oder des „guten Lebens“?
- Inwieweit bieten die Konzepte Lösungsansätze für die sich abzeichnende Krise auf dem Arbeitsmarkt an?

2 (download Juni 2010: http://www.denkwerkzukunft.de/)

2. Erweiterte Arbeitskonzepte im Überblick

Die Konzepte, die in der vorliegenden Studie im Hinblick auf eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs diskutiert werden, problematisieren alle den vorherrschenden engen, primär auf Erwerbsarbeit konzentrierten Arbeitsbegriff als normatives Leitbild gegenwärtiger Arbeitsgesellschaften. Verlangt wird eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs, der Tätigkeiten jenseits der Erwerbswirtschaft – Hausarbeit, Care, Eigenarbeit oder bürgerschaftliches Engagement – mit einbezieht und als gesellschaftlich wertvolle Arbeit anerkennt.

Die gesellschaftspolitischen und theoretischen Perspektiven, die der Kritik am erwerbsarbeitszentrierten Arbeitsbegriff zugrunde liegen, sind vielfältig. Es lassen sich – trotz Überschneidungen – drei diskursive Perspektiven voneinander abgrenzen (vgl. dazu Abbildung 1):

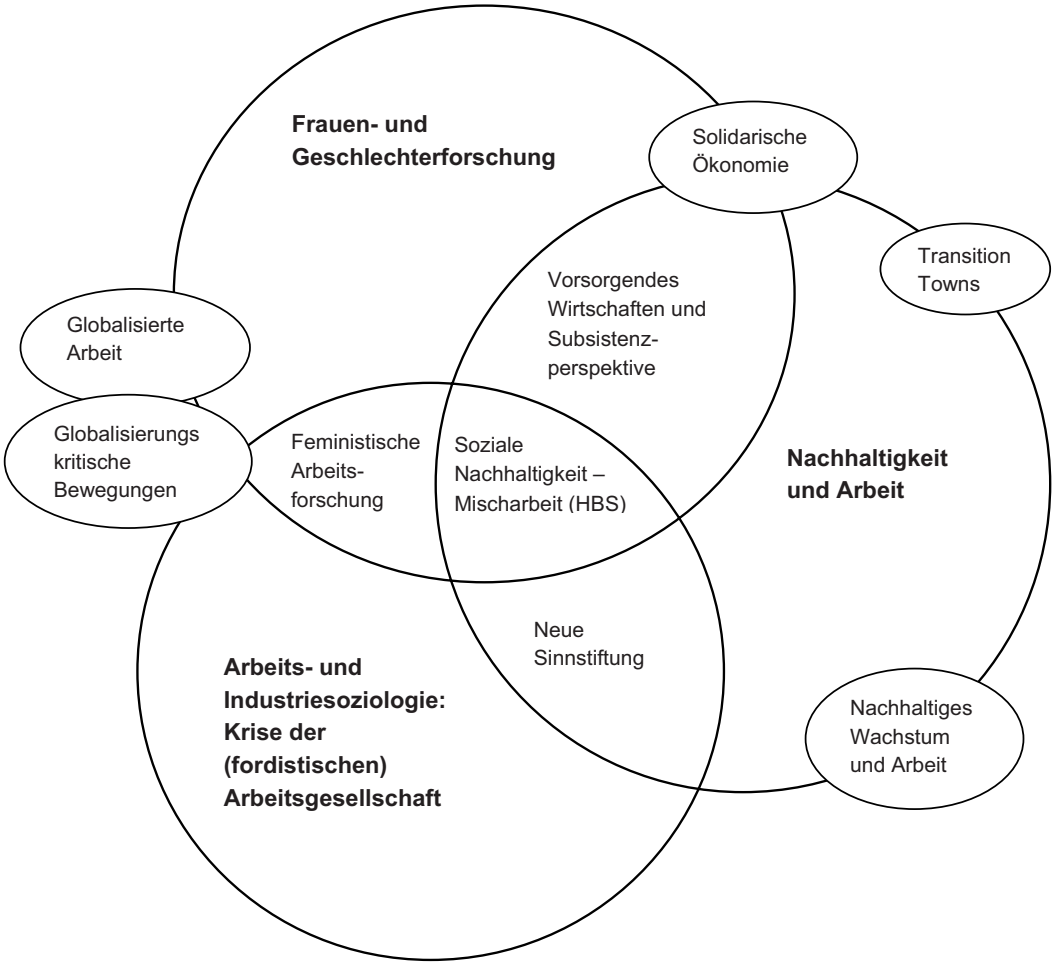
1. Arbeit in der Frauen- und Geschlechterforschung.
2. Die Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft und postfordistische Transformation.
3. Beiträge aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs und die neue Debatte um nachhaltiges Wachstum.

Versuche einer Integration der verschiedenen Ansätze und Forderungen lassen sich vor allem im Kontext der Nachhaltigkeitsdiskussion feststellen. Dabei lassen sich Weiterentwicklungen der Diskussionen über einen erweiterten Arbeitsbegriff und die sozialökologische Umgestaltung gegenwärtiger Arbeitsgesellschaften erkennen (wie etwa die solidarische Ökonomie). Die feministische Arbeitsforschung und die überwiegend sozialwissenschaftlich geführte Debatte über die Krise und Zukunft der Arbeit lieferten wichtige theoretische Grundlagen für diese neueren Entwicklungen. Die Grundzüge dieser Theoriedebatten sollen deshalb im Folgenden kursorisch ausgeführt werden, bevor die Ansätze im Umfeld des Nachhaltigkeitsdiskurses vorgestellt werden.

Bemerkenswert ist auch, dass neue Akteure auf den Plan des Nachhaltigkeitsdiskurses treten, so etwa die Stiftung „Denkwerk Zukunft“[3] unter Leitung des Ökonomen Reinhard Miegel, jahrelanger Berater von Kurt Biedenkopf. Miegel warnt vor massiven Wohlstandsverlusten, da Wirtschaftswachstum in dem bisher bekannten Ausmaß nicht mehr möglich sei (vgl. Miegel 2010). Er empfiehlt einen grundlegenden kulturellen Wandel und neue Sinnstiftung, die weit über die Arbeitsgesellschaft hinausgeht.

3 (download Juni 2010: http://www.denkwerkzukunft.de/)

Abbildung 1: Diskursive Perspektiven auf die Kritik am Erwerbsarbeitsbegriff



Vor dem Hintergrund dieser neuen diskursiven Formationen werden sich die folgenden Ausführungen über Konzepte eines erweiterten Arbeitsbegriffs auf die Diskussionen im Umfeld von Nachhaltigkeit konzentrieren. Im Kontext der gegenwärtigen „multiplen Krise“ (vgl. Brand 2010) – allen voran der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Verschärfung der ökologischen Probleme (Klimawandel) – ist zu erwarten, dass die Kritik an ökonomischem Wachstum, an Markt und an Wettbewerb als zentralen Wirtschaftsdoktrinen lauter wird und Überlegungen eines so genannten nachhaltigen Wachstums an Brisanz gewinnen könnte. Allgemeiner formuliert: Dass Ansätze, die die gegenwärtigen Krisen in ihren Zusammenhängen betrachten und entsprechend umfassendere Lösungsansätze suchen, eine Konjunktur erleben könnten.

Krisen sind ja bekanntlich nicht nur dazu angetan, bestehende Ungleichheiten zu verstärken (öffentliche Verschuldung und Sparbudgets, Umbau des Sozialstaats, Druck auf Löhne etc.), sondern bieten insbesondere die Chance, dass Forderungen nach einem grundlegenden ökonomischen, sozial-ökologischen und kulturellen Wandel mehr Gehör finden (vgl. auch die Beiträge in Zimpelmann/Endl 2008).

In diesem Sinne formulierte auch kürzlich eine Arbeitsgruppe prominenter, internationaler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Vorbereitung der UN-Konferenz Rio+20 (2012) ein Plädoyer für eine neue Ökonomie, die die Formen des Lebens und Arbeitens angesichts ökologischer Grenzen und eingedenk der in Rio 1992 formulierten Prinzipien globaler, sozialer Gerechtigkeit grundlegend verändert (Agenda for Rio+20: 3).[4]

4 Premises for a new Economy: An Agenda for Rio+20 (2010): Joint Statement formulated by the participants of the UN Workshop "The Challenge of Sustainability: A Workshop in Preparation for RIO + 20, New York, May 8-10, 2010. (download Juni 2010: http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_sdkp/sdkp_pdf/sdkp_workshop_0510/joint_statement.pdf)

3. Arbeit in der Frauen- und Geschlechterforschung

Der theoretische Grundstock für einen erweiterten Arbeitsbegriff und eine ökonomische Betrachtung der *gesamten* Wirtschaftsleistungen wurde ab Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre durch die zweite Frauenbewegung und die kritischen Arbeiten engagierter Frauenforscherinnen gelegt.[5] Die Kritik dieser Forscherinnen richtete sich, gegenüber der öffentlichen Erwerbsarbeit, auf die gesellschaftliche Geringschätzung der reproduktiven Arbeiten in der Privatsphäre, die in erster Linie von Frauen geleistet werden. Aus dieser Sicht ist die gesellschaftliche Minderbewertung und mangelhafte wissenschaftliche Berücksichtigung des Arbeitsplatzes Haushalt symptomatisch für einen verkürzten industriegesellschaftlichen und patriarchalischen Arbeitsbegriff, der die marktförmige Erwerbsarbeit in den Vordergrund stellt (vgl. zur so genannten Hausarbeitsdebatte Ostner 1978; Kettschau 1990; Thornieport 1989; Hofmeister 1994; Dörr 1996; Madörin 1997).

Die feministische Kritik an dem auf Erwerbsarbeit zentrierten Arbeitsbegriff und die Forderung nach einem erweiterten Arbeitsbegriff zielten zunächst auf die Anerkennung und Sichtbarmachung der (re-)produktiven (in erster Linie weiblichen) Arbeitsleistungen jenseits der Erwerbssphäre. Mit der Fokussierung auf die weiblichen Arbeitsleistungen außerhalb der Erwerbssphäre kritisierte die feministische Arbeitsforschung zugleich die (damals) vorherrschende industriesoziologische und ökonomische (Erwerbs-)Arbeitsforschung. Diese konzentrierte sich auf die Erforschung des Wandels in den männerdominierten avancierten technologischen Industriebranchen, die als wirtschaftlich und politisch – im engeren Sinn – hoch relevant angesehen wurden (vgl. Aulenbacher et al 2007). Der dem zugrunde liegende verkürzte Arbeitsbegriff, der die Männerbeschäftigung ins Zentrum rückte, wurde in sozial-historischen feministisch orientierten Studien analysiert.

Die Trennung von Hauswirtschaft und Erwerbsarbeit in eine private und eine öffentliche Sphäre und die geschlechtsspezifische Zuordnung der beiden Bereiche ist historisch betrachtet ein relativ junges, industriegesellschaftliches Phänomen. Die traditionellen bäuerlichen und handwerklichen Hauswirtschaften bestanden aus der Einheit von Arbeit und Leben, von Subsistenz- und Marktproduktion, in der männliche und weibliche Tätigkeitsbereiche räumlich integriert waren. Die Zugehörigkeit zum Haus wurde nicht über Verwandtschaftsbeziehungen, sondern über die ökonomische Rolle im Haus definiert (vgl. Dörr 1996: S. 176). Die Einheit des so genannten häuslichen Betriebes wurde im Zuge der gesellschaftlichen Umwälzungen durch die Industrialisierung zugunsten der modernen dualwirtschaftlichen Organisation von Produktions- und Reproduktionssphäre aufgelöst. Im Zuge dieses historischen Prozesses entwickelte sich als Idealtypus des modernen Geschlechterverhältnisses die bürgerliche

5 Vgl. zu diesem Kapitel auch Littig (2000) sowie Littig (2001).

Kleinfamilie mit einem Beziehungsarrangement, das auf der quasi naturgegebenen Rollenaufteilung zwischen den Männern als Familienernährern und den Frauen als Hausfrauen und Müttern beruht (vgl. Kettschau 1989; Gildemeister/Robert 1999). Das Ideal der heterosexuellen Kleinfamilie und das daran gebundene Familieneinkommen sind bis heute Grundlage des industriegesellschaftlichen Wohlfahrtsstaates (vgl. Fraser 1996). Die Aufgaben der Pflege, Betreuung und Versorgung wurde aus dem gesellschaftlichen Arbeitsbegriff herausgelöst. Arbeit wurde auf Erwerbsarbeit reduziert und zugleich aufgewertet:[6] Das durch Erwerbsarbeit erzielte Geldeinkommen wurde zum Maßstab für Wohlstand und Erfolg. Die in der männlich dominierten Arbeitswelt produzierten Güter und Dienstleistungen werden als so genanntes Sozialprodukt zum zentralen Wohlstands- und Fortschrittsindikator der Gesellschaft. Obwohl die nichtentlohnte Hausarbeit, die primär von Frauen erledigt wird, für das Funktionieren des Erwerbssystems unentbehrlich ist, ist sie in den offiziellen Statistiken des Volkseinkommens nicht sichtbar (vgl. Himmelweit 2002). Sie erfährt auch bei weitem nicht die gleiche wissenschaftliche Aufmerksamkeit und gesellschaftliche Wertschätzung wie die Erwerbsarbeit.[7] Die Versorgungsleistungen, die für Familienmitglieder oder andere Haushaltsangehörige erbracht werden, finden heute ganz selbstverständlich im Kontext der privaten Haushalte statt, die nach wie vor dezentral und kleinteilig organisiert sind.[8] Dabei sind die Haushalte von einer Vielzahl staatlicher und marktförmiger Vorleistungen abhängig: Die Energie- und Wasserversorgung erfolgt über externe Zulieferungen, Nahrungsmittel werden nicht mehr von den Haushalten selbst produziert und konserviert, sondern halbfertig oder konsumreif gekauft. Stoffe und Kleidung werden nicht mehr selbst hergestellt, sondern tragfertig gekauft und anderes mehr. Technische Rationalisierungsprozesse haben den Umfang und die Organisation von Hausarbeiten verändert.[9] Die Erledigung von Haus- und Familienarbeit – oder umfassender gesprochen – die Haushaltsproduktion wird nach wie vor nicht als gesellschaftliche Aufgabe angesehen, sondern als Privatangelegenheit, in erster Linie von Frauen.[10] Dies gilt ungeachtet der steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen und der daraus resultierenden Mehrfachbelastung durch Haushalt, Familie und Beruf. Denn obgleich der Anteil der erwerbstätigen Frauen in den vergangenen Jahren europaweit kontinuierlich gestiegen ist, haben sich ihre Verpflichtungen im Haushalt kaum verringert, da sich Männer zu-

6 Einen historischen Überblick über die verschiedenen Fassungen des Arbeitsbegriffs gibt Conze (1979).

7 Hausarbeit umfasst die „Gesamtheit der Arbeitsleistungen, die in der Familie und im Privathaushalt erbracht werden, um die langfristige physische und psychische Reproduktion des Menschen zu gewährleisten. Hausarbeit hat sowohl die Funktion materielle, soziale und emotionale Bedürfnisse zu befriedigen und dadurch Menschen lebens- und arbeitsfähig zu erhalten, als auch durch Geburt, Pflege und Erziehung das Heranwachsen der nächsten Generation zu sichern." (Diezinger u. a. 1982: S. 226, zit. nach Dörr 1996: S. 11).

8 Private Haushalte sind ein „Lebenszusammenhang von Individuen, der durch gemeinsames Wohnen und Wirtschaften gekennzeichnet ist. ... Es kann sich dabei um Kernfamilien (Eltern-Kind-Gemeinschaften), erweiterte Familien, Alleinerziehende, Alleinlebende, Ehepaare, Paare oder Wohngemeinschaften handeln." (Dörr 1996: S 14).

9 Den Einfluss der Technisierung der Haushalte auf die Haushaltsführung und die Hausarbeit analysieren ausführlich Wagner (1991); Dörr (1996) sowie die Beiträge in Meyer/Schulze (1993).

10 Zum Begriff der Haushaltsproduktion vgl. Dörr 1996: S.12 ff.

meist nicht gleichermaßen an der Familienarbeit beteiligen.[11] Dies führt inzwischen zu vielfältigen Arrangements zur Vereinbarkeit von Arbeit in Beruf und Familie.

Idealtypisch lassen sich nach Rosemary Crompton (2006) vier Arrangements der Bewältigung von Erwerbsarbeit und Care unterscheiden: neben dem traditionellen Modell (A) des männlichen (Vollzeit-)Familienernährers und der weiblichen Care-Arbeit etablierte sich das Modell (B) des männlichen (Vollzeit-)Familienernährers und der weiblichen, teilzeitarbeitenden Care-Arbeiterin, das Modell (C) des Doppelverdienerhaushalts unter Zuhilfenahme öffentlicher und privatwirtschaftlicher Care-Angebote (inklusive Familienmithilfe, Großmütter) und schließlich das Modell (D) des Doppelverdienerhaushalts mit geteilter Care. Vorherrschend ist bei allen Modellen (ausgenommen das idealtypische, aber kaum realisierte Modell D mit geteilter Care) die Erledigung von Care durch Frauen, sei es als erwerbslose Ehefrauen oder Partnerinnen und Familienmitglieder (die bisher genannten arbeiten unentgeltlich) oder durch Erzieherinnen in öffentlichen Einrichtungen, private Tagesmütter oder durch (illegale) Migrantinnen, die in besser verdienden Haushalten Putz- und Pflegedienste erledigen; zwar gegen Bezahlung, aber oft einer geringen (vgl. Lutz 2007, a, b, c). Neue Tendenzen zeichnen sich in privatwirtschaftlichen Alten-Care-Einrichtungen ab. Diese arbeiten zunehmend nach einer neoliberalen Logik der Gewinnmaximierung und der Rationalisierung der Pflege (vgl. Winkler 2008).[12]

Die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen ist nicht zuletzt eine Konsequenz europäischer (neoliberaler) Politik. Im Jahr 2000 wurde bei einem Sondergipfel der EU Staats- und Regierungschefs in Lissabon eine Strategie vereinbart, die die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt machen soll, ein Vorhaben, das 2005 vom europäischen Rat nochmals bestätigt wurde. Eine zentrale Zielsetzung dabei war, die Erwerbsbeteiligung auf 70 Prozent zu erhöhen, d.h. insbesondere die Erwerbsquote von Frauen zu steigern. Damit sollten mehrere Zielsetzungen parallel verfolgt werden: die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU insbesondere im Vergleich zu den USA, die Lösung

11 Die Mithilfe von Männern im Haushalt ist vielfach auf einige wenige Tätigkeiten beschränkt: „Vorliegende Untersuchungen verweisen auf eine stark ausgeprägte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Haushaltsproduktion: Frauen sind vor allem für die häuslichen Routinearbeiten zuständig. Kinderbetreuung und die häusliche Versorgung pflegebedürftiger Menschen werden ebenfalls in überwiegendem Maß von ihnen erbracht. Das Engagement der Männer konzentriert sich dagegen in erster Linie auf handwerkliche Arbeiten sowie die Wartung und Reparatur des Autos und anderer technischer Geräte im Haushalt.“ (Dörr 1995: S. 139) Bemerkenswerterweise änderte sich dies bis heute kaum (vgl. BMFSFJ/Statistisches Bundesamt, 2003; European Foundation, 2010).

12 Die avisierte Einsatz von Pflegerobotern in Japan weist eindeutig in diese Richtung (download Juni 2010: http://www.aerzteblatt-studieren.de/doc.asp?docid=110398).

der Finanzierungskrise der Systeme sozialer Sicherheit und es sollte ein Schritt in Richtung mehr Chancengleichheit gemacht werden.[13]

In den meisten der alten EU-Länder wurden deutliche Fortschritte in Hinblick auf die Erwerbsintegration von Frauen gemacht, allerdings gingen damit in einer Reihe von Ländern nicht intendierte negative Effekte auf die demografische Entwicklung sowie weitreichende Probleme bei der Organisation der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen einher (vgl. Hildebrandt/Littig 2006). Auf den Frühjahrstagungen in Stockholm (März 2001) und Barcelona (März 2002) wurden die Zielsetzungen für 2010 weiter konkretisiert. Angestrebt werden u.a. eine Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 50 Prozent sowie eine Betreuungsquote von 90 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und Schuleintritt bzw. 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren. All diese Zielsetzungen setzen voraus, dass die Vereinbarkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit nicht nur möglich, sondern auch angestrebt wird. Im 2005 zur Diskussion gestellten Grünbuch „Angesichts des demographischen Wandels – eine Solidarität zwischen den Generationen" wird dies explizit angesprochen: „Wenn Europa den Trend des demographischen Rückgangs umkehren will, so muss die Politik vorrangig die Familien ermutigen und Frauen wie Männern die Möglichkeit bieten, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren." (vgl. KOM 2005a: S. 2). Auch im Bericht der Europäischen Kommission zur Gleichstellung von Frau und Mann (vgl. KOM 2005b: S. 3) wird die Notwendigkeit von Work-Life-Balance-Politiken betont: „Fakt ist allerdings, dass Mitgliedstaaten mit umfassenden Strategien zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sowohl auf die Frauen als auch auf die Männer ausgerichtet sind, höhere Geburtenraten und eine stärkere Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt verzeichnen." Als Vorbilder gelten hierbei im EU Raum die skandinavischen Länder und Frankreich.

Gelangen also in den letzten Jahren – durchaus im Sinne feministischer Forderungen – einige Schritte in Richtung der Beseitigung sozialer Ungleichheiten durch eine erhöhte Frauenerwerbsbeteiligung, so werden aber gleichzeitig Ungleichheiten tradiert und es entstehen u.a. aufgrund fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen und der mangelnden Unterstützung für die Betreuung älterer Menschen neue Ungleichheiten entlang der Achsen Geschlecht, Klasse und Ethnie (vgl. Lutz 2007c; Aulenbacher/Riegraf 2009). Im Zuge der Transformation von Sozialstaatlichkeit, Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen (Altersvorsorge, Krankenversorgung) und der Auflösung des

13 Die Überarbeitung der Strategie für die Zeit nach 2010 ist im März 2010 vorgelegt worden unter dem Titel „Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum". Im Vordergrund steht die Erholung Europas von der Krise, Maßnahmen zur Beschleunigung der Entwicklung hin zu einer grünen, nachhaltigeren und innovativeren Wirtschaft, eine Beschäftigungsquote von 75 %, Senkung der Armutsgefährdung und Förderung von Forschung und Bildung. (download Juni 2010: http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf).

male-breadwinner-Modells entstand eine „Care-Lücke“, die teilweise kommodifiziert wurde, teilweise aber in der „privaten Zuarbeit“ – in der Regel von Frauen – verblieb.[14]

Teilzeitarbeit von Frauen bietet allerdings – so argumentieren Feministinnen schon seit langem – keine Lösung für dieses Problem. Sie ist vielmehr Ausdruck der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen in Frage gestellt wird. Die empirische Analyse der beruflichen Sozialisation von Frauen (als Grenzgängerinnen zwischen Beruf und Familie) werde „zur empirischen Kritik am repressiven Muster der ‚männlichen Normalbiographie‘, die ihre Normalität und gesellschaftliche Dominanz dadurch behauptet, dass sie nach Anpassung an die formal-rationalen Anforderungen des kapitalistischen Berufssystems strebt und die komplementären Unterstützungen und Zuarbeiten in der ‚weiblichen Normalbiographie‘ ausgegrenzt hat.” (Eckart 1990: S. 226; vgl. auch Beck 1986: S. 161 ff.)

Seitens der feministischen (Arbeits-)Forschung wird vielmehr ein neues Leitbild des Arbeitens und Wirtschaftens verlangt, das sich nicht einseitig an der Erwerbsarbeit orientiert und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben nicht nur als so genanntes Frauenproblem begreift: „Würde sich bspw. die reale Arbeitspolitik von dem mittlerweile auch für viele Männer erodierten Modell der absoluten Zentralität der Erwerbsarbeit lösen und würde sie sich bei der Suche nach alternativen Optionen an den vorrangig von Frauen repräsentierten und praktizierten Mustern der Gestaltung von Arbeit und Leben orientieren, so ergäbe sich daraus als eine der ersten und klarsten Konsequenzen eine Politik der sukzessiven Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Verallgemeinerbarkeit der heute noch so genannten Teilzeitarbeit als einer neuen Normalität eben nicht mehr nur der weiblichen, sondern auch der männlichen Berufstätigkeit.“ (Kurz-Scherf 2007: S. 283). Ingrid Kurz-Scherf und das um ihren Lehrstuhl angesiedelte feministische Forschungsnetzwerk GendA (für Gender und Arbeit) schlagen als neue, normative Leitidee für die Arbeitsforschung die Soziabilität von Arbeit vor. Gemeint ist damit ein Verständnis von Erwerbsarbeit unter Einbezug des Kontexts, der die Zusammenhänge zwischen dem Lebensbereich Arbeit und anderen Lebensbereichen umfasst. Zugleich ist Arbeit als politisches Feld zu betrachten, das durch unterschiedliche Kraftlinien und Machtfraktionen gekennzeichnet ist. Arbeitspolitische Alternativen im Kontext der aktuellen Debatten drehen sich vor dem Hintergrund der Soziabilität von Arbeit um bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um Modelle der Arbeitszeitgestaltung sowie um die Einführung eines Mindestlohns. Darüber hinaus geht es um die Realisierung von so genannter guter Arbeit, verstanden als sinnvolle, qualifizierte und existenzsichernde Erwerbsarbeit und der gleichberechtigten

14 Die Inanspruchnahme der bestehenden Einrichtung bedarf ausreichender finanzieller Mittel. Wer darüber nicht verfügt, muss sich mit qualitativ schlechteren Lösungen zufriedengeben oder mit Mehrfachbelastungen zurechtkommen. Zum Teil wird der Care-Bedarf mit Migrantinnen in prekären Arbeitsverhältnissen gedeckt, was über Ländergrenzen hinweg so genannte Care-Chains – d.h. Versorgungsketten von Migrantinnen, die im Ausland Care-Arbeit gegen Geld leisten, während die Versorgung ihrer Familien im Herkunftsland von anderen, meist weiblichen Familienangehörigen oder Migrantinnen aus ärmeren Herkunftsländern übernommen wird – nach sich zieht (Ehrenreich/Hochschild 2002; Haidinger 2008).

Erwerbsintegration von Frauen und Männern. Zur Realisierung dieser Ziele ist auch ein Wandel der Perspektive der anthropozentrischen industriesoziologischen Arbeitsforschung unabdingbar. Unterlag die Arbeitsforschung lange Zeit einem „male bias", so ist es zunehmend die Marginalisierung von Geschlechterperspektiven, die sich als generelle Blockade für die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsforschung erweisen könnte (vgl. Kurz-Scherf 2005; Aulenbacher et al 2007).

Es ist nicht Thema dieser Arbeit, die Hintergründe und Konsequenzen der Feminisierung der Erwerbsarbeit ausführlicher zu behandeln. Es sei aber darauf hingewiesen, dass sich die zwar einerseits begrüßenswerte Erwerbstätigkeit von Frauen, andererseits aber die Ungleichheit weiblicher Lebenslagen nicht nur im globalen, sondern auch im europäischen Maßstab verschärft hat. Dazu zusammenfassend einige Gedanken: Die steigende (aber länderspezifisch variierende) Erwerbsbeteiligung von Frauen, ist im Zusammenhang mit der Bildungsexpansion der 1970er und 1980er Jahre zu betrachten, die die Integration der Erwerbsorientierung in die Lebensplanung von Frauen förderte (vgl. Beck 1986). Im Zuge der postfordistischen Transformation ist die Erwerbsarbeit von Frauen einerseits eine ökonomische Notwendigkeit im Kontext des Übergangs zu einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft, die zur Deckung des Bedarf an qualifiziertem Humankapital auf Männer und Frauen angewiesen ist, andererseits aber emanzipatorische Notwendigkeit.

Festzustellen ist auch, dass es immerhin einer beschränkten Zahl von gut ausgebildeten Frauen gelungen ist, bislang männlich besetzte Karrierewege einzuschlagen. Die gestiegene Erwerbstätigkeit, die vielfach daraus resultierende Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt/Familie förderte den Bedarf an Pflege- und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie an hausarbeitsentlastenden Dienstleistungen. Dadurch wurden zum Teil qualifizierte Frauenarbeitsplätze geschaffen, zum größeren Teil aber auch schlecht bezahlte und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, z. B. für zumeist ausländische Haushaltshilfen (vgl. Odierna 1995; Lutz 2007a, b, c; Haidinger 2008). Die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen resultiert aber auch aus der Tatsache, dass in einkommensschwächeren Haushalten der (Zu-)Verdienst von Frauen eine pure Notwendigkeit ist (und schon immer war).

Erwerbstätigkeit findet spätestens seit den 1980er Jahren unter Bedingungen neoliberaler, wettbewerbsorientierter Politik statt, die auf die Deregulierung und Internationalisierung der Märkte und den Abbau sozialstaatlicher Leistungen und deren Reprivatisierung setzt. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise dürfte diese Tendenzen noch deutlich verstärken. Dass dadurch der gesellschaftliche Gender-Gap, aber auch die Spaltung der Lebenssituationen, Einkommens- und Arbeitsverhältnisse unter Frauen verschärft wird, ist jedenfalls von feministischer Seite thematisiert worden (vgl. z. B. Sauer 1999; Aulenbacher/Riegraf 2009). Eine (feministische) Analyse, die nicht

bei der Beschreibung nationaler Ungleichheiten stehen bleiben will, erfordert die Betrachtung der globalen Wirtschaft und ihrer Wirkung auf die Geschlechterverhältnisse. Die Zusammenhänge zwischen Globalisierung und Gender fanden bislang allerdings nur wenig öffentliche und wissenschaftliche Beachtung (vgl. Sassen 1998 sowie die anderen Beiträge im Heft Nr. 111 „Globalisierung und Gender" der Zeitschrift Prokla 1998; Altvater/Mahnkopf 1996, 2004; Lenz 2007; Wichterich 2009).

Bemerkenswerter Weise werden ökologische Fragen der Organisation von Arbeit von der feministisch orientierten Arbeitsforschung kaum thematisiert, auch wenn Fragen der Gerechtigkeit als Geschlechtergerechtigkeit zentral für diesen Forschungsstrang sind (vgl. Littig 2001, 2002).[15] Generationengerechtigkeit, wie sie im Kontext der Nachhaltigkeitsdiskussion mit Blick auf ökologische Ressourcen gefordert wird, wird nicht thematisiert. Festzuhalten ist auch, dass es innerhalb der feministisch orientierten Arbeitsforschung in erster Linie programmatische, aber kaum konkrete Forderungen nach einer Umverteilung von Arbeit finden lassen. Im Zentrum steht die problematische Trennung von produktiver und reproduktiver Arbeit und deren Überwindung durch die Neubewertung und geschlechtergerechte Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Arbeiten (vgl. dazu auch Kapitel 4.4).

Eine der wenigen Ausnahmen dabei ist in jüngster Zeit Adelheid Biesecker, die in einem Artikel von 2008 aus Umweltschutzgründen in Bezug auf Erwerbsarbeit für Arbeitszeitverkürzung sowie eine sozial-ökologische Qualitätsverbesserung von Arbeitsprozessen und Produkten eintritt (Biesecker 2008). Ihr geht es um eine qualitative Veränderung der Ökonomie, die Natur mit ihren zyklischen Re-Produktions-Prozessen explizit berücksichtigt. Darüber hinaus verlangt sie eine radikale Erweiterung des Arbeitsbegriffes in Richtung ihres Modells der so genannten ganzen Arbeit. Damit meint sie alle Arbeiten, die für den natürlichen Reproduktionsprozess notwendig sind, also neben der Erwerbsarbeit Familienarbeit, Eigenarbeit und ehrenamtliche Arbeit. Ziel ist nicht nur eine paritätische Verteilung dieser Arbeiten zwischen den Geschlechtern, sondern auch eine angemessene Berücksichtigung der Notwendigkeiten verschiedener Lebensphasen.

15 Anders ist dies bei den öko-feministischen Ansätzen und dem „Vorsorgenden Wirtschaften" (vgl. dazu das Kapitel zur Nachhaltigkeitsdiskussion).

4. Die Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft und die postfordistische Transformation

(Post-)Moderne Arbeitsgesellschaften lassen sich dadurch charakterisieren, dass die Erwerbsarbeit zentraler Orientierungspunkt für die soziale und ökonomische Entwicklung sowie für die individuellen Lebensentwürfe ist. Andere Lebensbereiche und Tätigkeiten sind der Erwerbsarbeit untergeordnet.[16] Vor der Krisenanfälligkeit dieses gesellschaftlichen Arrangements hat bereits Ende der 1950er Jahre Hannah Arendt vor dem Hintergrund der Rationalisierungsschübe in den USA gewarnt: „Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?" (Arendt 1981: S. 11–12). Spätestens seit den 1980er Jahren wird diese Warnung auch in Europa infolge wachsender Arbeitslosigkeit unter dem Schlagwort „Krise der Arbeitsgesellschaft" thematisiert (vgl. z. B. die Beiträge in Matthes 1983; Matzner et al 1987; Grausgruber et al. 2000). Zur Diskussion stehen seither tiefgreifende strukturelle Wandlungsprozesse der Erwerbsarbeit, steigende Arbeitslosenquoten seit Anfang der 1980er Jahre und Verarmungstendenzen, Wertewandel, Effektivitäts- und Finanzierungsprobleme des Sozialstaats, frauenpolitische Forderungen nach einer Neuordnung der Geschlechter-differenzierenden Arbeitsteilung und nicht zuletzt auch umweltpolitische Einwände gegen die herrschenden Produktions- und Konsumtionsweisen (vgl. Bosch 1998; Schmidt 1999; vgl. die Beiträge in Aulenbacher et al 2007). Präziser wäre es in diesem Zusammenhang, von der Krise der männlich-erwerbsarbeitszentrierten Gesellschaft zu sprechen, der eine „Feminisierung" im mehrfacher Hinsicht widerfährt: „Man kann gleichsam von einer ‚Feminisierung' der Arbeit im doppelten Sinn sprechen: Feminisierung bedeutet zum einen die steigende Zahl erwerbstätiger Frauen. Feminisierung bedeutet zum anderen eine Prekarisierung und Informalisierung von Arbeitsverhältnissen: der Anstieg diskontinuierlicher Erwerbskarrieren, ungeschützter Arbeitsverhältnisse, nicht-existenzsichernder Teilzeitarbeit und befristeter Arbeitsverträge." (Sauer 1999: S. 230; für Österreich vgl. Leitner/Wroblewski 2000; Kraemer 2008; Kadritzke 2009). An die Stelle der weitgehend regulierten Erwerbsarbeitsbedingungen (Gesetze und Tarifverträge) und quasi standardisierten Erwerbsarbeitsstrukturen (Normalarbeitszeit, Normalbiographie, Beruflichkeit) und relativ homogenen sozialen Großgruppen (ungelernte Arbeiter, Facharbeiter und Angestellte) ist die Ausdifferenzierung und Globalisierung der (Erwerbs-)Arbeit getreten. Diesen Differenzierungsprozess konstatiert Hildebrandt für folgende Bereiche:

- „den Branchenstrukturwandel, d. h. die Abnahme des gewerblichen Sektors zugunsten des Dienstleistungssektors;

16 Die moderne Arbeitsgesellschaft ist ein Produkt der Neuzeit. Polanyi (1978) hat den von Europa ausgehenden Prozess der marktförmigen Organisation der gesamten Gesellschaft als so genannte große Transformation beschrieben. Dieser Transformationsprozess löste die partielle ökonomische Eigenständigkeit (Subsistenzwirtschaft) der Menschen auf und machte sie als Arbeitende und Konsumenten abhängig vom Warenmarkt.

- die Verschiebung in den Betriebsgrößen, den Unterschieden in der internen Unternehmensorganisation, in den externen Verflechtungen und internationalen Kooperationen;
- die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses mit entsprechenden Spaltungstendenzen der Arbeitsbevölkerung in Überbeschäftigte, Teilzeitbeschäftigte, geringfügig Beschäftigte und Arbeitslose;
- die Destabilisierung der Erwerbsbiographien durch Phasen der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, der Weiterbildung und des Berufswechsels;
- Verschiebungen der Interessenvertretungsstrukturen weg von Großverbänden und flächendeckenden Regelungen hin zu Verbetrieblichung und Individualisierung;
- Verschiebungen in der individuellen Versorgung und sozialen Vorsorge zwischen Markt, Staat und Subsistenz." (Hildebrandt 1999: S. 27)

Diese Trends beschreiben die Auflösung des fordistischen Gesellschaftskonzepts, das die entwickelten kapitalistischen Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestimmte. In den kritischen Sozialwissenschaften wird der Auflösungsprozess des fordistischen Industriekapitalismus als Transformation hin zum Postfordismus gedeutet, ein Begriff, dessen genaue Konturierung (wie bei 'Post'-begriffen üblich, z. B. Postmoderne, Postfeminismus etc.) noch immer aussteht (vgl. Mayer 1999; Brand/Raza 2002; Beyon/Nichols 2006). Das fordistische Entwicklungsmodell beruht auf drei Säulen (vgl. Lipietz 1991: S. 680 ff.): Erstens, einer dominanten Arbeitsorganisation nach den „tayloristischen" Prinzipien, der Trennung von Planung und Ausführung, also einer beschränkten Einbindung der Produzenten in den intellektuellen Arbeitsprozess, zweitens, einem Akkumulationsregime auf der Basis von standardisierter Massenproduktion und Massenkonsum und drittens ein Ensemble von Regulationsformen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkollektiven, das beide Seiten auf dieses Modell verpflichtete; teilweise unter staatlicher Vermittlung. Störungen des solchermaßen bestimmten Verhältnisses zwischen Produktion, Konsumtion, Wachstum und Staat manifestierten sich zunehmend deutlicher in steigenden Arbeitslosenzahlen seit den 1970er Jahren: „Dieses Modell ist in der gesamten kapitalistischen Welt, in der es sich installiert hatte, in die Krise gekommen. Sicher, es handelt sich dabei um eine ökonomische Krise. Um eine Krise des industriellen Organisationsmodells, das auf der Parzellierung der Tätigkeiten, der Trennung von ‚Planern' und ‚Ausführenden' und der immer kostspieligeren Mechanisierung beruhte. Um die Krise eines ‚Wohlstands-Staates', der auf Umverteilung der zentral organisierten Kaufkraft beruhte. Um die Krise des Nationalstaates, der sich als unfähig erwies, eine zunehmend internationalisierte Ökonomie zu steuern." (Lipietz 1991: S. 681).[17] Die Ursachen der tiefgreifenden Wandlungsprozesse des fordistischen Industriekapitalismus, die sich in den letzten vierzig Jahren vollzogen haben, werden in den Sozialwissenschaften unterschiedlich verortet (vgl. Jessop/Sum 2006). In den achtziger und den frühen neunziger Jahren, wurden die

17 Anders ist dies bei den öko-feministischen Ansätzen und dem „Vorsorgenden Wirtschaften" (vgl. dazu das Kapitel zur Nachhaltigkeitsdiskussion.)

Dominanz des Neoliberalismus gegenüber sozialpolitischen Reformstrategien sowie neue politische und ökonomische Machtverhältnisse (Stichwort: Globalisierung) mit den Veränderungsprozessen in Zusammenhang gebracht (vgl. Tálos 1993; Altvater/ Mahnkopf 1996). Diese Entwicklungen galten als Ursachen für den Paradigmenwechsel staatlicher Politiken, weg von der nationalstaatlich orientierten keynesianischen Interventions- und Nachfragepolitik hin zu einer Angebotspolitik, die sich an dem Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit (Stichwort: Standortsicherung) orientiert: „War der KWS (keynesianische Wohlfahrtsstaat, B. L.) in der fordistischen Prosperitätsphase vornehmlich darauf bedacht, die Nachfrage im Interesse der Vollbeschäftigung zu regeln und soziale Rechte über Massenkonsumnormen auszuweiten, so verfolgt der von der Standortpolitik geleitete SLS (schumpeterianische Leistungsstaat, B.L./M.S.) hinsichtlich seiner Intervention in die Ökonomie eine Strategie der Förderung und Flexibilisierung der Angebotsseite, um Innovationen und das Streben nach economies of scope zu forcieren und Tempo und Zielrichtung des technologischen Wandels mitzubestimmen. Hinsichtlich der Wohlfahrtstätigkeit und der sozialen Intervention liegt sein Anliegen in einer Beförderung der Flexibilität der Arbeitskraft durch Arbeitsmarkt- und Arbeitskräftepolitiken, sowie einer flexibleren und innovativeren Vorsorge hinsichtlich des kollektiven Konsums.“ (Mayer 1999: S. 163)[18]

Seit den 1990er Jahren wird die Transformation des fordistischen Entwicklungsmodells, die neue Konstellation von Politik, Ökonomie und Technologie, auch als Folge der sich rapide verbreitenden Informationstechnologien und der Entwicklung einer Informationsgesellschaft interpretiert: „Mit der systematischen Erzeugung und Anwendung von Wissen durch forcierte Forschung und Entwicklung, mit der ‚Verwissenschaftlichung´ industrieller Produktion beruhen Nutzen und Gebrauchswert von Produkten und Leistungen ebenso wie die Effektivität und Effizienz der zugrunde liegenden Arbeitsprozesse selbst mehr und mehr auf dem in ihnen verkörperten Wissen. Dieser Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist mit weitreichenden Umwälzungen verbunden (…). Nicht Globalisierung ist folglich das Problem und die Ursache unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern der noch weitgehend unbewältigte Umbruch von der warenproduzierenden Industriegesellschaft zur problemlösenden Wissensgesellschaft.” (Brödner 1999: S. 148-149). Die wissenschaftliche Aufmerksamkeit und die Suche nach politischen Gestaltungsmöglichkeiten kreist seither um die Begriffe wissensbasierte Ökonomie, Innovation, Flexibilität u. a. m. (vgl. die so genannte Lissabon–Strategie der EU). Die Konsequenzen dieser neuen Entwicklungen werden als sehr weitreichend angesehen: „The informational economy, as with all historically distinctive forms of production, is characterised by its specific culture and institutions (…) of a common matrix of organisational forms in the processes of production, consumption, and distribution (…) by the development of a new

18 Die moderne Arbeitsgesellschaft ist ein Produkt der Neuzeit. Polanyi (1978) hat den von Europa ausgehenden Prozess der marktförmigen Organisation der gesamten Gesellschaft als „große Transformation” beschrieben. Dieser Transformationsprozess löste die partielle ökonomische Eigenständigkeit (Subsistenzwirtschaft) der Menschen auf und machte sie als Arbeitende und Konsumenten abhängig vom Warenmarkt.

organisational logic which is related to the current process of technological change, but not dependent on it." (Castells 1996: S. 151 f.). Die wissenschaftliche Arbeit über die Entwicklungen der wissensbasierten Ökonomie/Informationsgesellschaft konzentriert sich auf die Beschreibung der neuartigen Prozesse innerhalb und zwischen Unternehmen und Organisationen sowie daraus resultierenden neuen Anforderungen an deren Organisation und die Erwerbstätigen. Mit Blick auf politische Erfordernisse geht es in erster Linie um eine neue Technologie- und Innovationspolitik, Bildungs- und Lernpolitik.[19] In den neueren arbeitssoziologischen Arbeiten sind es vor allem zwei Begriffe, die bei der Analyse der Wandlungsprozesse in der postfordistischen Transformation hervorgehoben werden: die Subjektivierung von Arbeit und die Entgrenzung von Arbeit und Leben (vgl. Voß 2007). Subjektivierung der Arbeit beschreibt den Bruch mit gängigen tayloristischen Rationalisierungsprinzipien, weg von Fremdkontrolle durch Vorgesetze, Standardisierung und Arbeitsteilung hin zu Selbstorganisation und einem verstärkten Zugriff auf vorher weitgehend ungenutzte Fähigkeiten der Arbeitssubjekte wie Empathie, Kommunikation, Selbststeuerung und Flexibilität (vgl. Bröckling 2007; Geppert/Hartmann 2008). Entgrenzung bezeichnet zugleich betriebliche Reorganisations- und Rationalisierungsstrategien sowie die Erosion der so genannten Normalarbeit durch zeitliche, räumliche und inhaltliche Flexibilisierung von Arbeit: „Es geht um einen grundlegenden Wandel von Erwerbsarbeit, in dem Ökonomie und Gesellschaft, Betrieb und Markt, Unternehmen und Arbeitskraft, Arbeit und Leben – durch Prozesse der Entgrenzung – in neuartiger Weise aufeinander bezogen sind. Ökonomische Restaurierungsansätze, betriebliche Rationalisierungsleitbilder, Ab- und Umbau sozialer Sicherungssysteme und kulturelle Legitimationsmuster verdichten sich zu einem ineinander greifenden gesellschaftlichen Muster der Anpassung an die Krise des Fordismus. Dessen innerer Kern ist eine *‚forcierte Vermarktlichung'* der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit. Markt wird dabei als Metapher verwendet, die mehr meint, nämlich eine weitergehende Durchsetzung der kapitalistischen Verwertungslogik und des Konkurrenzprinzips oder ganz generell eine weitergehende Ökonomisierung." (Kratzer/Sauer, 2007: S. 239). Die Folgen einer weitgehend flexibilisierten Erwerbsarbeit (Zeitarbeit, Teleheimarbeit, Teilzeitarbeit, zeitweilige Arbeitslosigkeit usw.) für die private Lebensführung und Lebensqualität werden dabei besonders in den wissenschaftlichen Blick genommen (vgl. Sassen 1997; Hielscher/Hildebrandt 1999; Hildebrandt/Littig 2006). Die Transformation der fordistischen Arbeitsgesellschaft wird insgesamt aber nicht in die Richtung gedeutet, dass ihr die Arbeit ausgehen könnte, als vielmehr, dass sie neue Anforderungen an das Erwerbsarbeitsleben und seine Rahmenbedingungen, politisch, betriebswirtschaftlich wie persönlich, stellt (vgl. Bosch 1998; Schmidt 1999; Kocka 2001; Becker-Schmidt 2007; Bröckling 2007). Die Erwerbsarbeitsorientierung der (deutschen) Bevölkerung ist nach wie vor als hoch einzuschätzen:

19 Erwähnt werden soll auch, dass sich inzwischen eine breite politisch-intellektuelle Kultur etabliert hat (vom Papst über die Gewerkschaft bis zu Parteien, Verbänden und Attac), die Kritik am Neoliberalismus, seinen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Folgen, übt. (Lemke 2000).

„Deutschland bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Erwerbsbeteiligung ist für die große Mehrheit der Bevölkerung die Aktivität, die ihre Lebensweise bestimmt und über ihre soziale Sicherung entscheidet. Daran haben bislang weder demografische Trends noch veränderte Lebensweisen, noch gesamtwirtschaftliche Unterbeschäftigung etwas Grundlegendes geändert. (…) Zu Beginn des neuen Jahrhunderts liegen die Erwerbsquoten für Männer bei gut 80 %, für Frauen im Westen bei ca. 64 %, im Osten bei 73 %. Der Erwerbswunsch liegt noch deutlich höher: Berücksichtigt man die zusätzliche stille Reserve, so haben nur 10 % der Männer und nur 18 % der westdeutschen bzw. 15 % der ostdeutschen Frauen keine Erwerbsorientierung." (SOFI/IAB/ISF München/ INIFES 2005: S. 13-14)

Die Abkehr von der wohlfahrtsstaatlichen Industriegesellschaft und neoliberale Hinwendung zur postfordistischen, flexiblen, entgrenzten Wissensgesellschaft wird begleitet vom Leitbild eines neuen Sozialcharakters, des selbstverantwortlichen und selbstinitiativen „Arbeitskraftunternehmers" (vgl. Voß/Pongratz 1998); eines Individuums, das seiner gesamten Existenz eine unternehmerische, marktfähige Form geben soll (vgl. Deckstein/Felixberger 2000).[20] Als Idealtypus des Postfordismus wird er durch drei zentrale Merkmale charakterisiert: Selbstkontrolle, Selbstökonomisierung und Selbstrationalisierung (vgl. Voß, 2007). Für die Betroffenen sind die Auswirkungen von Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit, die sie als Arbeitskraftunternehmer zu bewältigen haben durchaus widersprüchlich: „Auf der einen Seite entstehen daraus die angedeuteten erweiterten Möglichkeiten *zur aktiven Gestaltung und Steuerung der eigenen Tätigkeit* und damit auch zur *erweiterten Selbstentfaltung* – was in den meisten Bereichen weithin positiv aufgenommen wird. Auf der andern Seite ergeben sich völlig *neuartige Risiken*, auf die viele Arbeitskräfte bisher kaum eingestellt sind: Sie unterliegen jetzt einem erheblichen Zwang zur aktiven Selbstorganisation ihrer Tätigkeit und der Notwendigkeit entsprechende Kompetenzen zu entwickeln und in die Tätigkeit einbringen zu müssen. Arbeitskräfte erleben in ganz neuer Quantität und vor allem Qualität eine Überlastung oder Überforderung, die hier nicht mehr aus körperlicher oder qualifikatorischer Überbeanspruchung entsteht, sondern aus der schier grenzenlosen Anforderung an eine kontinuierliche aktive Selbstregulierung." (Voß 2007: S. 104)

Was Voß und Pongratz als betriebliches Arbeitskraftunternehmertum beschrieben haben, hat sich längst über die Betriebspforten hinaus verbreitet.[21] In der bereits 1997 erschienenen Schrift der Zukunftskommission für Bayern und Sachsen klingt dies

20 Entsprechend setze die Benchmarking-group des deutschen „Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" im Jahr 2000 in einem Thesenpapier auf eine „aktivierende Arbeitsmarktpolitik", die die Aufgabe hat, die Eigenverantwortung zu stärken, zur selbständigen Anpassung an den Arbeitsmarkt zu befähigen und die Risikobereitschaft zu fördern (Benchmarking-group – Gerhard Fels, Rolf Heinze, Heide Pfarr, Günter Schmid, Wolfgang Streek – Berlin, 4.6.2000: 4 von 19). Begründet mit den Erfordernissen einer globalisierten und wissensbasierten Ökonomie wird die Verantwortung für die nationale und individuelle Wohlfahrt und die soziale Sicherung den individuellen Akteuren zugerechnet.

21 Boltanski, L. und Chiapello, E. haben dies umfänglich in ihrem Buch „Der neue Geist des Kapitalismus" (dt. 2003; frz. 1999) dargelegt. Vgl. auch Neckel (2010). Dass sich die stetige Selbstregulierung zunehmend in Depressionen niederschlägt, untersucht Ehrenberg, 2004.

etwa folgendermaßen: „Für Wirtschaft und Gesellschaft zunehmend wichtig sind hingegen unternehmerisch handelnde, schöpferische Menschen, die Willens und in der Lage sind, in höherem Maße als bisher auch in den Bereichen der Erwerbsarbeit und Daseinsfürsorge für sich und andere Verantwortung zu übernehmen." (Kommission 1997, Teil III: S. 8).[22] Das neue Unternehmertum machte auch vor dem Bereich der informellen Ökonomie nicht halt. Ulrich Beck, prominentes Mitglied der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission, integriert in sein Konzept der Bürgerarbeit die Idee eines koordinierenden engagierten Gemeinwohlunternehmers (Kommission 1997: 140 ff.). Als Bürgerarbeit definierte Beck freiwilliges soziales Engagement, das dem Gemeinwohl dienen soll. Dazu gehören Tätigkeiten der Selbsthilfe oder Nachbarschaftshilfe sowie ehrenamtliches Engagement (z. B. in Vereinen, Menschrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden usw.). Bürgerarbeit kann verschiedene Bereiche umfassen: Gesundheit und Soziales ebenso wie Umwelt, Bildung oder Notfalldienste. Das soziale Engagement soll in der Regel projektgebunden in kooperativen, selbstorganisierten Arbeitsformen unter der Leitung eines Gemeinwohl-Unternehmers und in Abstimmung mit einem kommunalen Ausschuss für Bürgerarbeit durchgeführt werden. Bürgerarbeit soll nicht entlohnt, aber belohnt werden. Diese Belohnung kann in sozialer Anerkennung, Ehrungen, dem Erwerb von Qualifikationen, der Anerkennung von Rentenansprüchen oder bestimmten Vergünstigungen, so genannte Favor Credits (z. B. die gebührenfreie Nutzung eines Kinderspielplatzes) bestehen. Für bedürftige Personen kann auch ein so genanntes Bürgergeld ausgezahlt werden, das der Sozialhilfe oder dem Arbeitslosengeld entspricht, ohne dass die Bezieher von Bürgergeld dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen müssen. (Kommission 1997: S. 140 ff.)[23]

Für die Frage nach der Konzeption eines erweiterten Arbeitsbegriffs ist die Entdeckung des bürgerschaftlichen Engagements als demokratiepolitisch relevantes und arbeitsförderndes Tätigkeitsfeld durchaus bedeutend (vgl. Corsten/Seidel 2009). In diesem Sinne wird das Thema auch im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen deutschen Regierung verhandelt. Insbesondere für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose wird Bürgerarbeit in sozialen und gemeinwohlrelevanten Bereichen als arbeitsmarktpolitisches Instrument eingesetzt (im Sinne der sog. 1-Euro-Jobs). Und kürzlich (9.3.2010) meldete die „Welt Online", dass der Hauptgeschäftsführer des Deutschen-Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, Bürgerarbeit für den richtigen Ansatz hält, um Arbeits-

22 Eine ausführliche kritische Stellungnahme zu dem Bericht der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission ist von der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen in Berlin (1998) herausgegeben worden. Dort wird auch das Bürgerarbeitskonzept der Kommission (von Ulrich Beck) in Frage gestellt, da es die Bedeutung der Erwerbsarbeit unterschätze und zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit kaum beitragen könne. Vielmehr sei durch die billige Bürgerarbeit eine Vernichtung von Arbeitsplätzen im Sozialbereich zu befürchten. Das Konzept dürfte auch in erster Linie Frauen treffen. Ehrenamt sei eher komplementär und weniger substitutiv zur Erwerbsarbeit zu sehen (ebd. S. 173 ff.).

23 Die Vorschläge der Kommission wurden in dieser Weise nicht realisiert. Stattdessen wurden mit der Harz IV Gesetzgebung u.a. verpflichtende so genannte 1-Euro-Jobs für gemeinnützige Tätigkeiten für Langzeitarbeitslose eingeführt.

plätze für ältere und wenig qualifizierte Arbeitslose zu schaffen.[24] Dagegen wendet sich laut des Artikels nicht nur die politische Opposition, sondern auch Otto Kentzler, der Präsident des Zentralverbands des deutschen Handwerks. Beide verweisen auf den geringen Erfolg der 1-Euro-Jobs bei der Arbeitsvermittlung in eine reguläre Beschäftigung. Zudem gefährde die Billigkonkurrenz Unternehmen und Arbeitsplätze des Ersten Arbeitsmarkts.[25]

Was die öffentliche und politische Wahrnehmung der beschriebenen „Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft" anbelangt, steht schon seit Jahren die zunehmende Arbeitslosigkeit im Zentrum. Das gilt umso mehr unter den Bedingungen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise. Es trifft auch immer noch zu, was Eva Senghaas-Knobloch bereits 1998 über die zwei möglichen Gegenstrategien zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit formuliert hat, die erwerbsarbeitszentrierten Strategien und diejenigen, die eine Neubewertung aller Tätigkeiten in den Blick nehmen: „Dominant in der politischen Arena sind nach wie vor erwerbsarbeitszentrierte Strategien. Und innerhalb dieser Gruppe sind es nach wie vor die auf Wachstum und Investitionsförderung ausgerichteten Strategien, die ganz anders als in Frankreich (das stimmt nicht mehr, Anm. Littig und Spitzer) immer noch die bundesdeutsche politische Diskussion beherrschen. Das Stichwort heißt hier Deregulierung verstanden als das beiseite räumen von Hemmnissen für Investitionen, von denen unterstellt wird, dass sie das Wirtschaftswachstum ankurbeln, auf deren Beschäftigungswirksamkeit gesetzt wird." (ebd.: 15) Im Zentrum stehen so genannte Arbeitsmarktrigiditäten, die durch die Hartz-Reformen behoben oder gemildert werden sollten. Dagegen werden makroökonomische Ursachen für Arbeitslosigkeit negiert, obwohl der negative Einfluss der Geld- und Fiskalpolitik auf die Arbeitsmarktsituation mehrfach nachgewiesen wurde (vgl. Schettkat 2009: 38, FN 5) und die Beschäftigungswirksamkeit von Arbeitszeitverkürzung schwer widerlegbar erscheint.

Die folgende Liste (Tabelle 1) stellt verschiedene Strategien der beiden Gruppen – unterschieden nach Problemdiagnose und Vorschlägen für Maßnahmen – im Überblick dar (zitiert nach Senghaas-Knobloch: 14):

24 Download Juni 2010: http://www.welt.de/politik/deutschland/article6706862/Buergerarbeit-soll-Langzeitarbeitslose-aktivieren.html

25 Doch das Aktivierungspotenzial, das in der Bürgerarbeit gesehen wird, ist nicht nur auf langzeitarbeitslose Personen beschränkt, sondern wird auch zur Förderung rückgängigen politischen (insbesondere bei Parteien und Gewerkschaften) und sozialen Engagements gesehen.

Tabelle 1: Übersicht über Strategien zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit (Senghaas-Knobloch 2008: 14)[26]

	Strategien	Problemdiagnose	Maßnahmen
Gruppe 1:	**Erwerbsarbeitszentrierte**		
Wachstums- und Investitionsförderliche	Deregulierung (z. B. U. Caritellieri) (Kapital- und Finanzpolitik)	Rezession, Strukturprobleme durch mangelnde Bedingungen für unternehmerische Flexibilität	Abbau von Überregulierungen z.B. im Bau-, Arbeitszeit-, Tarif-, Sozial- und Steuerrecht, Senkung des Sozialstandards
Umverteilende	Arbeitszeitverkürzungen verschiedenster Art	säkulares Sinken des Arbeitsvolumens	allgemeine Arbeitszeitreduktion, Förderung von Teilzeitarbeit
Wiedererschaffende	Negative Einkommensteuer (z. B. Scharpf)	Gesellschaftliche Desintegration durch Abspaltung am „unteren Ende“ des Arbeitsmarktes	Niedrig entlohnte Arbeitsplätze werden mit Hilfe staatlicher Mittel an die durchschnittliche Lohnentwicklung herangezogen
Preiskorrigierende	z. B. Energieeffizienzbeförderung (E. U. Weizsäcker)	Umweltverbrauch ist zu billig, Arbeit ist zu teuer	Energiesteuer im Rahmen eines Steuerumbaus
Übergänge sichernde	Übergänge und Übergangsmärkte zur Beschäftigungssicherung (z. B. G. Schmid)	Es fehlen genügend viele und stabile Brücken als Elastizitätspuffer	Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung, Lernen und Arbeiten, Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, Bildungs- und Beschäftigungssystemen, privatem Haushalt und Erwerbstätigkeit und zwischen Erwerbstätigkeit und Rente

26 Die in der Liste zitierten Autorinnen und Autoren sind: Cartellieri, U. 1994: Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Ansatzpunkte zur Behebung der Arbeitsmarktprobleme. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament B 12-13/94: S. 3-8; Scharpf, F. W. 1994: „Negative Einkommenssteuer“ – ein Programm gegen Ausgrenzung. In: Die Mitbestimmung, Heft 4, S.27-30; Weizäcker, E. U. v. 1993: Arbeit und Umwelt. Perspektiven für das 21. Jahrhundert. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9, S.1047-1060; Schmid, G. 1994: Übergänge in die Vollbeschäftigung. Perspektiven einer zukunftsgerechten Arbeitsmarktpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament B 12-13/94, S.9-23; Offe, C.1993: A non-productivist design for social policies. In: Coenen, H., Leisink, P., (Hrsg.): Work and Citizenship in the New Europe, Cambridge; Gorz, A. 1983: Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit. Berlin, Rotbuch Verlag; Perret, B. 1997: Beyond Unemployment. Systematic Social Issues of Work Transformations, Artec Paper Nr. 53, Universität Bremen; Bergmann, F. 1997: Die neue Arbeit. Skizze mit Vorschlag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 48, Heft 910, S.524-534; Zoll, R. 1994: Staatsbürgereinkommen für Sozialdienste. Vorschläge zur Schaffung eines zweiten, nicht marktförmig organisierten Sektors der Gesellschaft. In: Oskar Negt (Hrsg.) Die zweite Gesellschaftsreform, Göttingen, S.79-96.

	Strategien	Problemdiagnose	Maßnahmen
Gruppe 2	**Neubewertungsorientierte**		
Existenz-sichernde	Bürgergeld/Prämien für Arbeitsmarktaus-steiger (z. B. C. Offe)	Nationaler Souverä-nitäts-verlust in der Europäischen Union, Modernisierungsfalle	Aufwertung des Lebens außerhalb des Arbeitsmarkts, steuerfinanzierte Zu-wendung an Arbeits-markt-Aussteiger
Pluralitäts-fördernde	Neukombinationen verschiedener exi-stenzsichernder Tä-tigkeiten (z. B. Gorz, Perret, Bergmann, Senghaas-Knobloch, Zoll)	Minderbewertung vieler nützlicher und gemeinwesenorien-tierter Tätigkeiten; Modernisierungsfalle	Forderung unentgelt-licher Tätigkeiten als bürgerschaftliches Engagement durch die Bereitstellung einer entsprechen-den Infrastruktur und Grundsicherung

Bevor im folgenden Kapitel ausführlicher auf die erweiterten, das heißt auch neube-wertenden Arbeitskonzepte im Rahmen der Nachhaltigkeitsdiskussion ausführlicher eingegangen wird, soll Bergmanns „New Work“ noch in diesem Kapitel dargestellt werden. Das Konzept der „Neuen Arbeit“, hat inzwischen internationale Verbreitung gefunden und erfährt derzeit eine hohe Medienpräsenz[27]. Auch wenn inzwischen bis-weilen Verbindungen zur Nachhaltigkeitsdiskussion hergestellt werden, entstand es doch lange davor in einem spezifischen Kontext.

„New Work“ wird bereits seit den 1980er Jahren entwickelt, ausgehend davon, dass in Flint/Michigan eine Entlassungswelle in einem Automobilkonzern bevorstand (vgl. Bergmann 1997, 2004). Bergmann startete in Kooperation mit dem Konzern und der Belegschaft ein Projekt, bei dem es darum ging, für die Belegschaft neue Perspekti-ven über die entfremdete, Lohn- und Erwerbsarbeit hinaus zu erarbeiten. Die „neue Arbeit“ des postindustriellen Zeitalters gliedert sich in drei Elemente: ungefähr einem Drittel Erwerbsarbeit, einem Drittel durch Hightech unterstützte Selbstversorgung und einem Drittel der Arbeit, die man „wirklich, wirklich tun will“ (ebd.), zu der man sich berufen fühlt und deren Produkte sich möglichst auch noch vermarkten lassen. Die größte Herausforderung besteht nach Bergmann darin, diese Berufung zu entdecken und dann entsprechend umzusetzen. Unterstützt wird dieser Prozess von Vereinen und geschulten Mentorinnen und Mentoren, die inzwischen weltweit operieren (vgl. down-load Mai 2010: http://www.newwork-newculture.net).

Bergmanns „New Work” (1997, 1998a, 1998b, 2004), wie auch dem vergleichbaren „Mehrschichtenmodell von Arbeit”, das von Giarini/Liedtke (1998) für den Club of Rome ausgearbeitet wurde, liegt die Vorstellung zugrunde, dass Erwerbsarbeit der

27 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 9.7.2009: 20, Die Furche , Nr. 25/23.6.2005: 24 sowie: (download Mai 2010: www.newwork-newculture.net)

Ergänzung durch selbstbestimmte Arbeit bedarf. Beide Ansätze gehen von einem Grundstock an existenzsichernder Erwerbsarbeit aus, die durch eine Art freies selbstgewähltes Unternehmertum ergänzt wird, das für den einzelnen identitätsstiftend ist (Giarini/Liedtke) oder zu dem er sich berufen fühlt (bei Bergman als „calling" bezeichnet). Der dritte nicht-monetarisierte Bereich an Arbeitstätigkeiten umfasst Tätigkeiten zur Eigenversorgung, bei Giarini/Liedtke zusätzlich auch freiwillige Tätigkeiten.

Trotz der unterschiedlichen Akzentuierungen des Beziehungsgefüges zwischen informeller Eigenwirtschaft und formeller Erwerbsökonomie verbindet die meisten genannten Autoren eine zentrale Einschätzung: Unter industriegesellschaftlichen Bedingungen hat die informelle Ökonomie die Funktion, Leistungsdefizite der formellen Ökonomie (Arbeitslosigkeit, Versorgungslücken, Autonomie- und Identitätsverluste u.ä.) aufzufangen. Unstrittig in den skizzierten dualwirtschaftlichen Konzepten ist auch, dass sowohl in der informellen wie in der formellen Ökonomie gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wird. Beide Ökonomien sind komplementär zueinander. Ohne die informellen Wirtschaftsaktivitäten in Form von hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe u. dgl. m., wäre die formelle Ökonomie nicht funktionsfähig. In dieser Hinsicht, nämlich der Betrachtung der gesamten gesellschaftlichen Arbeitsleistungen, sind die beschriebenen Arbeitsmodelle mit den dargestellten feministischen Überlegungen durchaus verbindbar.

5. Beiträge zum Nachhaltigkeitsdiskurs und die neue Debatte um nachhaltiges Wachstum[28]

5.1 Konzeptionen zu einer nachhaltigen Arbeitsgesellschaft

In der Nachhaltigkeitsdebatte zu erweiterten Arbeitskonzepten lassen sich zwei Zugänge unterscheiden: Der erste verlangt, ausgehend von einer Art ökologischem Imperativ – der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen und der Grenzen der Absorptionsfähigkeit von Giften und Schadstoffen durch die Ökosysteme – eine Anpassung des Sozialen an das „ökologisch Gebotene“ (vgl. Senghaas-Knobloch 2008: 29). Das Soziale wird im Rahmen der ökologischen Möglichkeiten und Grenzen betrachtet. Damit wird der ökologischen Dimension eine Vorrangstellung zugesprochen. Der zweite Zugang betont, dass *„das Soziale in seiner Eigenwertigkeit und Eigengesetzlichkeit“* wahrgenommen wird (Senghaas-Knobloch, 2008: S. 29). „Soziale Nachhaltigkeit bedeutet hier, die Zukunftsfähigkeit sozialer Einheiten (Entitäten) vorrangig mit Blick auf die soziale Kohäsion in den Blick zu nehmen. Aus dieser Forschungsperspektive auf die soziale Welt wird nicht ein Modell der überwölbenden oder übergestülpten Systembetrachtung nahe gelegt, sondern ein Modell der Konfliktbearbeitung angesichts verschiedener Zielrichtungen“ (ebd.). Soziale Nachhaltigkeit kann in Konflikt stehen mit ökonomischer oder ökologischer Nachhaltigkeit. Im Verständnis von Senghaas–Knobloch bezieht sich soziale Nachhaltigkeit sowohl auf den schonenden Umgang mit der menschlichen Arbeitskraft als Ressource wie auch auf soziale Kohäsion in sozialen Systemen. Referenzpunkte sind dabei die Systemgrenzen. Unter den Bedingungen zunehmender Flexibilisierung sieht die Autorin Gesundheit und Sozialintegration als zentrale Probleme einer sozial nachhaltigen Gestaltung menschlicher Arbeit: „Nachhaltigkeit – so wurde argumentiert – ist ein Konzept für Dauerhaftigkeit im Wandel. (…) Gegenwärtig zeichnet sich eine Situation ab, in der normative Ansprüche auf Teilhabe und Miteinbeziehung auf neue Anforderungen aus der globalen Marktsphäre treffen. Entstandardisierungen als Deregulierungen im Bereich der Finanzökonomie haben zu Deregulierungen Anlass gegeben, die nicht nur neue Öffnungen für neue Gestaltungen schaffen, sondern negative Auswirkungen für den gesellschaftlichen Umgang mit der Arbeitskraft von Menschen, also in einer instrumentellen Sicht auch für notwendige personale und soziale Ressourcen haben. Es kommt darauf an, die ungeplanten und nicht bedachten Folgen solcher neuen Umgangsformen sowie ihre Kosten genau zu analysieren und Gestaltungsmöglichkeiten (…) aus der Perspektive sozialer Nachhaltigkeit auszuloten.” (ebd. 39)

Das Zitat stammt aus dem Tagungsband „Soziale Nachhaltigkeit in flexiblen Arbeitsstrukturen“ (Becke 2008). Die darin versammelten Beiträge nehmen die zitierte Anre-

28 Die im folgenden behandelten Ansätze und ihre wichtigsten Merkmale sind überblicksartig in Tabelle 2 (im Anhang) zusammengefasst.

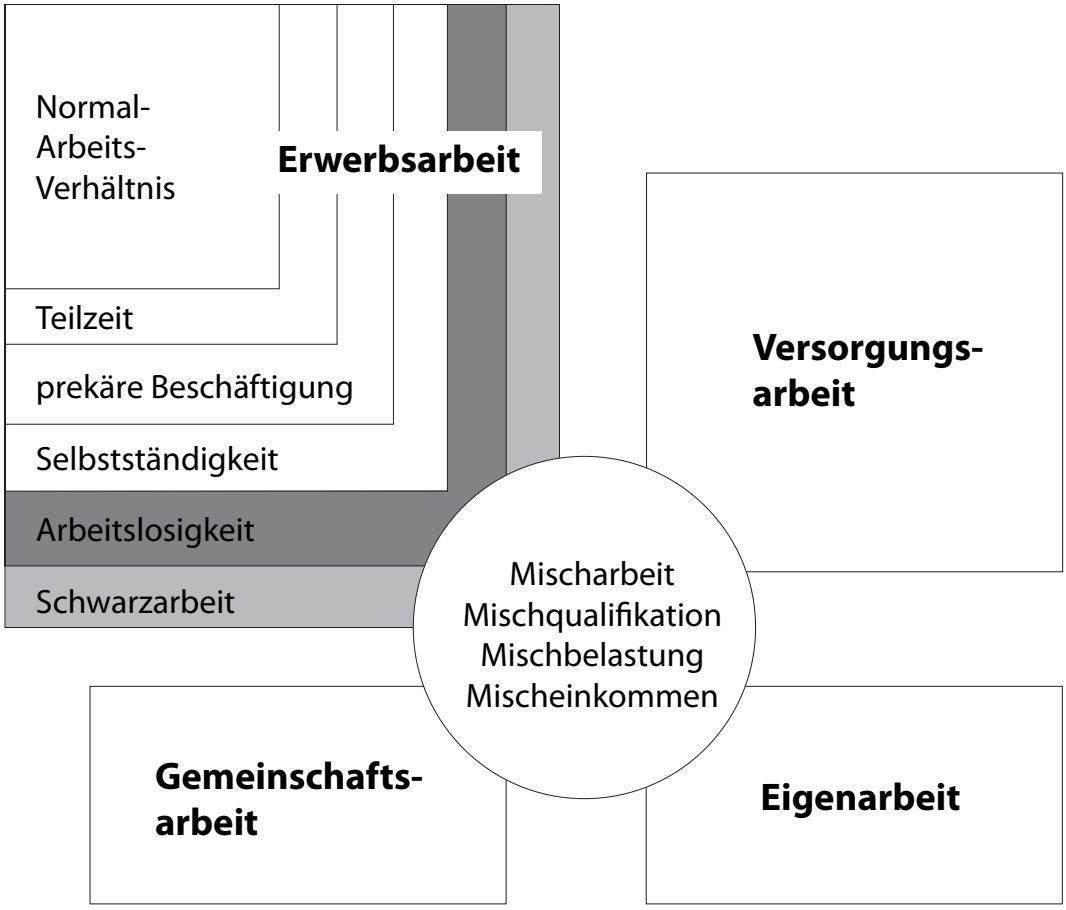
gung zum Anlass, um über die Problemfelder und arbeitsmarktpolitischen Gestaltungsperspektiven von Erwerbsarbeit unter deregulierten und flexibilisierten Bedingungen nachzudenken. Erweiterte Arbeitskonzepte spielen dabei keine Rolle. Vielmehr geht es um Fragen der Sozialintegration und Arbeitsqualität in flexiblen Arbeitsstrukturen und der arbeitsbezogenen Gesundheitspolitik.

Das Konzept der „Mischarbeit“

Ein anderes Verständnis sozialer Nachhaltigkeit und Arbeit liegt der HBS Studie „Arbeit und Ökologie“ (vgl. HBS 2000) zugrunde, auch wenn hier soziale Nachhaltigkeit in ihrer Eigenwertigkeit konzeptualisiert wird. Die Studie ist nach wie vor eine der wenigen Nachhaltigkeitsentwürfe, die das Thema Arbeit ins Zentrum der Konzeption von (sozialer) Nachhaltigkeit und von Nachhaltigkeitspolitik stellt (vgl. Brandl/Hildebrand 2002). Als analytisches Konzept gegenwärtiger Arbeitsverhältnisse, unter den Bedingungen einer zunehmenden Flexibilisierung und Subjektivierung von Arbeit und der weitergehenden Erosion des so genannten Normalarbeitsverhältnisses, entwickelte das Projektteam das Konzept der „Mischarbeit“. Dieses Konzept geht von einem erweiterten Arbeitsbegriff aus, der neben der Erwerbsarbeit auch andere gesellschaftlich akzeptierte Arbeits- und Tätigkeitsformen in Betracht zieht.[29]

29 Ähnliche Überlegungen finden sich bei Littig/Grießler (2005), nämlich Arbeit als zentrale Vermittlungskategorie zwischen Gesellschaft und Natur zu begreifen und zugleich als zentrale innergesellschaftliche Strukturierungskategorie. Vgl. auch Fischer-Kowalski/Schaffartzik (2008).

Abbildung 2: Erweiterter Arbeitsbegriff – Konzept der Mischarbeit (Hildebrandt 2003: 391)



„Mischarbeit" dient gleichzeitig dazu, gegenwärtige Trends der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse zu analysieren und Kriterien von sozialer Nachhaltigkeit im Sinne eines normativen Konzepts zu bestimmen.[30]

Für die Bestimmung von sozialer Nachhaltigkeit als normatives Konzept wurden folgende grundlegende Kriterien erarbeitet:

- Selbstbestimmte Lebensführung durch eigene Arbeit in verschiedenen Arbeitsformen
- Umweltverträgliche Grundbedürfnisbefriedigung, Gesundheit, lebenslange Lernprozesse; Persönliche Entfaltung und aktive Teilhabe
- Gesellschaftliches Sicherungssystem; Chancengleichheit durch gesellschaftliche Infrastruktur- und Beteiligungsmöglichkeiten

30 Zur Kritik an der Aufrechterhaltung der getrennten Sphären des Reproduktiven und des Produktiven beim Mischarbeitskonzept: Biesecker/Hofmeister (2003).

- Soziale Innovationen; Gestaltung aller Formen der Arbeit, ihrer Kombination und ihrer Übergänge
- Aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Bürgergesellschaft)

Mischarbeit ist zwar zunächst auf die Biographie und die alltägliche Lebensführung der/des Einzelnen bezogen. Darüber hinaus ist Mischarbeit aber auch als gesellschaftliche Verteilungsrelation zu sehen: „Mischarbeit ist gekennzeichnet durch die Kombination verschiedener Tätigkeiten mit unterschiedlichen Gestaltungsprinzipien und Anforderungen, aus denen sich Mischqualifikationen und Mischbelastungen ergeben. Schließlich entspricht der Mischung der Arbeiten eine Kombination verschiedener Einkommen (Mischeinkommen) und das heißt eine soziale Absicherung, die nicht allein auf Erwerbsarbeit beruht, sondern aus mehreren Quellen resultiert und deren Basis eine gesellschaftliche Grundsicherung sein könnte.“ (Hildebrandt 2003: 390). Der hohen Bedeutung von Erwerbsarbeit und seiner Transformationsprozesse für die alltägliche Lebensführung sollen bei dieser Konzeption Rechnung getragen werden. Die im Projekt erarbeiteten Strategiebündel zielen im Gegensatz zu den vorherrschenden Bereichspolitiken von Nachhaltigkeit auf eine Schwerpunktsetzung, nämlich der Realisierung nachhaltiger Arbeit und konsistenter Maßnahmen. Was die Realisierung des Konzepts angeht, so erachtet Hildebrandt einen entsprechenden Perspektivenwechsel aller wichtigen Akteurinnen und Akteure für unabdingbar. Diesen sah er 2003 aber erst in seinen Anfängen (ebd. 2003: S. 392).

Zukunftsfähiges Deutschland 1 und 2

Während die genannte Studie eher verhalten aufgenommen wurde, erregten im deutschsprachigen Raum zwei andere Studien deutlich mehr Aufsehen. Die Studien „Zukunftsfähiges Deutschland“ (1996) und „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ (2008) des Wuppertalinstituts für Klima, Umwelt, Energie sind jeweils mit einem eigenen Kapitel über die Zukunft der Arbeit ausgestattet. Die erste Wuppertalstudie (1996) kann als Grundlagenwerk für die Nachhaltigkeitsdebatte in Deutschland gesehen werden. Das Thema „Zukunftsfähige Arbeit“ ist darin breit vertreten und ist wohl das prominenteste Beispiel für den Eintritt von erweiterten Arbeitskonzepten in die Nachhaltigkeitsdebatte.

Vergleicht man beide Wuppertalstudien mit den feministischen Diskursen und jenen aus der traditionellen (arbeits- und industrie-)soziologischen Arbeitsforschung, so fällt auf, dass Erkenntnisse aus beiden Diskursen in die Analyse und Konzeption des erweiterten Arbeitskonzeptes, jedenfalls zum Teil, mit einfließen. Im Analyseteil der Studien finden sich die (arbeits- und industrie-)soziologischen Konzepte zu Massenarbeitslosigkeit, Niedergang der Normalarbeit und Prekarisierung. Zur Lösung der genannten Probleme wird ein von Helmut Spitzley geprägtes Konzept (vgl. Spitzley 2005) der kurzen Vollzeit von 30 Stunden pro Woche präsentiert.

In der zweiten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ (2008) sind die Ergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung stärker eingeflossen – nicht zuletzt deshalb, weil die erste Studie (1996) von Feministinnen heftig kritisiert wurde (vgl. Schultz 1999; Bernhard 1999). Arbeit umfasst in dieser Publikation explizit auch Sorgearbeit, Eigenarbeit und Gemeinwohlarbeit. Das Mischarbeitskonzept aus der HBS-Studie „Arbeit und Ökologie“ wurde als Leitvorstellung für die Zukunft der Arbeit aufgenommen. Damit werden zwei zentrale Ziele abgedeckt: Erstens wird eine Entlastung der angespannten Arbeitsmarktlage durch faire Verteilung der Erwerbsarbeit und Verringerung der Vollzeit auf 30 Stunden pro Woche und zweitens eine Tätigkeitspolitik, die dafür Sorge trägt, dass die gesamte gesellschaftlich geleistete Arbeit wahrgenommen wird und nicht nur die bezahlte Erwerbsarbeit (vgl. BUND/EED 2008: S. 445), gefordert. Beide Ziele sind untrennbar mit dem ökologischen Nachhaltigkeitsgedanken verbunden, weil sie die Vorrangstellung des Wirtschaftswachstums sowohl auf kollektiver als auch auf individuell-lebensstilspezifischer Ebene schwächen sollen.

Die zitierte 30 Stunden-Vollzeit-Woche ist keine aus der Luft gegriffene Forderung, sondern wird mit Zahlen belegt. Wie Helmut Spitzley zeigt (Spitzley 2005; BUND/EED 2008) ist die notwendige Arbeitszeit bei einer Gleichverteilung der Arbeit auf alle Erwerbsfähigen in Deutschland im Jahr 2005 bei 1250 Jahresarbeitsstunden pro Kopf angekommen. Diese Stunden wären nötig, um alle Produkte und Dienstleistungen, die in Deutschland hergestellt werden, zu erarbeiten. Gegenüber 1970 ist das eine starke Verringerung um 693 Jahresarbeitsstunden, die auf die Produktivitätssteigerungen der deutschen Wirtschaft zurückzuführen sind. Rechnet man die Jahresarbeitsstunden auf die Wochenarbeitszeit um, kommt man auf die vorgeschlagene 30 Stunden-Arbeitswoche bei Vollbeschäftigung und gleicher Teilhabe von Frauen auf dem Arbeitsmarkt (vgl. BUND/EED 2008: S. 432-434).

Mit diesen Berechnungen korrespondieren auch die Arbeitszeitwünsche der Europäerinnen und Europäer, wie eine EU-15 weite, repräsentative Umfrage ergab (vgl. Bielinski/Wagner 2002). Danach variieren die tatsächlichen Arbeitsstunden und die gewünschten Arbeitsstunden der Bevölkerung deutlich. Männer wünschen sich durchschnittlich 4,6 Arbeitsstunden weniger, Frauen um 2,5 Arbeitsstunden. Wenn das von der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit abgerechnet wird, kommt man auf 36,8 Stunden bei Männern und 30,4 Stunden bei Frauen (abhängig Beschäftigte, vgl.: ebd. 67). Deutschland liegt in dieser Studie recht nahe am EU-15 Mittelwert, während Österreich bei der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit der Männer mit 45,2 Stunden deutlich darüber liegt (vgl. ebd. 71). Bemerkenswert an der Studie ist der durchgehende Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung, der zwischen 2,2 Stunden (Niederlande) und 4,9 Stunden (Finnland) liegt, mit einem Mittelwert von 3,7 Stunden. Dieser Wunsch ist deshalb auffällig, weil nur 18 % der Vollzeitbeschäftigten angeben, dass sie und ihre Familien sich Teilzeitbeschäftigung ohne Probleme leisten, mit einem Spitzenwert in Griechenland bei 10 % (vgl. ebd. 89). Der Report 2009 zum DGB-Index „Gute Arbeit“ legt aktuellere Daten für Deutschland vor und bestätigt den Wunsch der Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmer nach Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitsbelastung von vollzeitbeschäftigten Männern in Deutschland liegt nach dieser Studie real bei 45 Stunden pro Woche während die gewünschte Arbeitszeit sechs Stunden darunter liegt. Vollzeitbeschäftigte Frauen arbeiten im Durchschnitt 43 Stunden und wünschen sich 36 (vgl. DGB-Index „Gute Arbeit“ 2009: 16).

Die der Studie zugrunde liegenden arbeits- und industriesoziologischen Zugänge sehen die positiven Auswirkungen der 30 Stunden-Vollzeit vor allem in der Möglichkeit die Arbeitszeit flexibler auf die neuen Lebenswelten (Patchworkfamilien, lebenslanges Lernen, Kindererziehungs- und Altenbetreuungszeiten, etc.) anzupassen, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Verringerung der Überbelastung durch extensive Arbeitszeiten und der Arbeitslosigkeit. Für die Nachhaltigkeitsdebatte ist zudem wichtig, dass eine kurze Vollzeit, Mechanismen, die Politik vom Wachstumsdruck lösen könnte, in Gang setzt. Als zentrale politische Aufgaben des kapitalistischen Wirtschaftswachstums gelten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der Steuerbasis. Allerdings ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der herkömmlichen Form nicht sehr vielversprechend (vgl. Scherhorn 2005: 240, Biesecker 2008). Wenn die Arbeitsproduktivität jährlich um 1,5 bis 2 % ansteigt, müsste das BIP über längere Zeiträume um drei, vier oder mehr Prozent wachsen, um Arbeitslosigkeit bei gleichbleibender Anzahl der Erwerbsfähigen nachhaltig zu senken (vgl. BUND/EED 2008: S. 439f). Solche Wachstumsraten sind nicht nur wirtschaftlich realitätsfern, sondern auch ökologisch zerstörerisch. Eine Arbeitszeitverkürzung würde den politischen Druck für mehr Wirtschaftswachstum verringern. Zusätzlich wird argumentiert, dass eine verringerte Arbeitszeit unter bestimmten Bedingungen mit einem nachhaltigeren Lebensstil einhergeht. Es werden Studien zitiert die zeigen, dass in Ländern mit geringerer Arbeitszeit der ökologische Fußabdruck kleiner ist, während in Staaten mit höherer Arbeitsintensität mehr Energie verbraucht und Umweltschäden verursacht werden (vgl. BUND/EED 2008: S. 440).

Als soziale Innovation wird von der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit auch eine grundsätzliche Neubewertung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit erwartet. Vollbeschäftigung stärkt die Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Vertreterinnen und Vertreter immens. Gleichzeitig nimmt sie den Druck von den Gewerkschaften, jeden Arbeitsplatz – koste es was es wolle – zu erhalten und Wirtschaftswachstum fordern zu müssen. Arbeitszeitverkürzung schafft Freiräume für ein Nachdenken über die Art und Weise, wie in Zukunft Wirtschaft gestaltet werden kann und stärkt gewerkschaftliche Initiativen wie jene der „Guten Arbeit“.

Aus feministischer Sicht sind an der 30-Stunden-Woche zwei gegenläufige Tendenzen kritisch anzumerken. Einerseits bedeutet die volle Eingliederung der Frauen in die Erwerbstätigkeit (bei gleichzeitigem Fokus auf die Verminderung der geschlechtlichen Segregation am Arbeitsmarkt), im Prinzip einen Gewinn an Selbstständigkeit, Freiheit und Verhandlungsmacht. Die Erwerbsarbeitszeitverringerung der Männer würde dazu führen, dass diese mehr Zeit für die Arbeit in Haushalt und Familie zur Verfügung

hätten und das geteilte Familieneinkommen die Verhandlungsposition der Frauen tendenziell stärken. Demgegenüber bedeutet die fair geteilte Erwerbsarbeit bei gleichzeitig unfair verteilter Nichterwerbsarbeit in erster Linie einmal eine weitere Erhöhung der Arbeitsbelastung von Frauen. Die durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit von Frauen in Deutschland zur Jahrtausendwende betrug 1150 Stunden pro Jahr, also ungefähr 27 Wochenstunden (vgl. BUND/EED 2008: S. 436). Die durchschnittliche Arbeitsbelastung von Frauen in Deutschland bei einer 30 Stundenwoche würde also um drei Stunden steigen, die persönliche Arbeitsbelastung bei einzelnen Frauen oft um vieles mehr. Diese Zahlen zeigen die Notwendigkeit von gleichstellungspolitischen Begleitmaßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung, um die Arbeitsbelastung von Frauen außerhalb der Erwerbsarbeit zu verringern, gesellschaftlich notwendige Arbeit außerhalb der Erwerbsarbeit aufzuwerten und eine gleiche Verteilung zwischen den Geschlechtern zu fördern. Eine automatische Emanzipation in Bezug auf eine geschlechtergerechte Aufteilung der Nichterwerbsarbeit werde es nicht geben (vgl. BMFSFJ/Statistisches Bundesamt 2003; European Foundation 2010) und negative Tendenzen für Frauen aus ihrer stärkeren Teilnahme am Erwerbsarbeitsmarkt sind bereits heute erkennbar (Stichwort „care chains“, vgl. Lutz 2007a, b).

Insgesamt ist festzustellen, dass die Debatte um Arbeitszeitverkürzung in den letzten beiden Jahren durch die Weltwirtschaftskrise, verstanden als Teil der multiplen Krise des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, einen Aufschwung erlebt hat (vgl. Brand 2009, Zimpelmann/Endl 2008). Der wissenschaftliche Beirat von Attac Deutschland hat dazu einen Reader verfasst, der Arbeitszeitverkürzung mit Mindestlohn und Grundeinkommen zusammendenkt und diese drei Elemente als ein gesammeltes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Krise einfordert (vgl. Krull/Massarrat/Steinrücke 2009). Zur Durchsetzung der Forderungen plädieren die Autorinnen und Autoren für ein politisches Projekt, „in dem Gewerkschaften, Sozialprotest-Initiativen, linke Strömungen in den Parteien, Kirchen und Attac“ (vgl. ebd. 12) sich vereinigen und an einem Strang ziehen.

Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche ist die erste politische Forderung, auf die weitere Verkürzungen folgen sollen. Ähnlich wie die Wuppertalstudie „Zukunftsfähiges Deutschland“ fordern die Autorinnen und Autoren der Attac-Studie einen partiellen Lohnausgleich (vgl. ebd. 9, BUND/EED 2008: S. 434 und 447f). Niedrigverdienerinnen und Niedrigverdiener sollen einen Lohnausgleich erhalten, damit ihre Armutsgefährdung nicht steigt. Der Lohnausgleich kann durch frei werdende Mittel aus der Arbeitslosenversicherung finanziert werden. Für Hochverdiener sei dagegen ein Tausch Geld gegen Zeitwohlstand vertretbar.

Gemeinsam ist beiden Studien, dass sie einen gesetzlichen Mindestlohn fordern, um Lohndumping zu unterbinden. Hinsichtlich der Durchsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommens (vgl. Krull/Massarrat/Steinrücke 2009) bzw. einer an Bedingungen geknüpften Grundsicherung (vgl. BUND/EED 2008: S. 448f), gehen die Meinungen auseinander.

Die Unterschiede beider Forderungen liegen, abgesehen von der politischen Durchsetzbarkeit, vor allem in verschiedenen Visionen zum gesellschaftlichen Wert der Erwerbsarbeit. Ein bedingungsloses Grundeinkommen[31] ist so konzipiert, dass es Einkommen von der Verpflichtung zur Erwerbsarbeit entkoppelt. Das soll zu einem Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit gegenüber anderer gesellschaftlich geleisteter Arbeit führen und den Weg in die Tätigkeitsgesellschaft und im Endeffekt aus der Erwerbsarbeit ebnen. Die Grundsicherung bleibt der Verpflichtung zur Erwerbsarbeit treu. Sie ist gebunden an die Bereitschaft einer Erwerbsarbeit oder einer als gesellschaftlich notwendig definierten Bürgerinnen- und Bürgerarbeit nachzugehen (vgl. BUND/EED 2008: S. 449). Laut Attac behindert ein solches Zwangssystem ein würdevolles Leben, da es staatlicher „Schnüffelei und demütigendes Einmischen in das Privatleben der Menschen" (Krull/Massarrat/Steinrücke 2009: 15) die Tore öffnet. Auch in Bezug auf die Höhe des Grundeinkommens bzw. der Grundsicherung sind sich beide Studien nicht einig. Attac fordert in Anlehnung an die Memo-Gruppe der Uni Bremen (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2008) mehr als das doppelte Grundeinkommen (940 Euro pro Person) als die Autorinnen und Autoren von „Zukunftsfähiges Deutschland" (420 Euro) (vgl. ebd. 15, bzw. BUND/EED 2008: S. 449, Fußnote 39).

Die Ursache für den großen Unterschied liegt in einer Grundannahme zur Armut, die von den Autorinnen und Autoren als normative Basis für ihre Forderungen gesehen wird. Auf dem gegenwärtigen Niveau der Produktivkräfte sei die Wirtschaft erstmals in der Geschichte der Menschheit potent genug, um die materiellen Grundbedürfnisse aller Menschen auf der Erde zu befriedigen. Es werde sogar genug Reichtum produziert, um zusätzlich Bedürfnisse wie Gesundheit, Sicherheit und Bildung in grundlegendem Maße sicherstellen zu können (vgl. Kasser 2002: ix). Wenn also genug Reichtum produziert wird, um Menschen die materielle Armut zu ersparen, sei Wachstum in Frage und Verteilung ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu stellen. Attac geht davon aus, dass es sich bei der Frage der Bekämpfung von Armut nicht um ein Problem der Finanzierbarkeit, sondern vielmehr des politökonomischen und soziokulturellen Willens handelt. In einer Gesellschaft, in der Armut materiell nicht notwendig ist, dürfe sie auch nicht sozial konstruiert werden. Eine Verringerung der Armut und eine leichte Verbesserung der Situation der Armen ist deshalb keine Strategie gegen die Armut. Das normative Ziel jeder Armutsbekämpfungsstrategie solle die Beseitigung der Armut sein. Ein bedingungsloses Grundeinkommen auf der Höhe der Armutsgefährdungsgrenze laut EU-SILC[32] Studie wäre dazu geeignet. Die Finanzierung solle von den im Überfluss lebenden Menschen kommen, die durch Vermögenssteuern, hö-

31 Zur Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen aus feministischer Sicht siehe: Worschech Susann (2008): Soziale Sicherheit neu denken. Bedingungsloses Grundeinkommen und bedarfsorientierte Grundsicherung aus feministischer Sicht. In: HBS (Hrsg.): Schriften des GUNDA-WERNER-INSTITUTS Band 4. In: (download Juli 2010: http://www.boell.de/downloads/demokratie/GWI-Soziale_Sicherheit-Endf.pdf)

32 EU-SILC: Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen: (download Juni 2010: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Wirtschaftsrechnungen-Zeitbudgets/LebenInEuropa/content75/EUSilcInfo,templateId=renderPrint.psml),

here Kapitaleinkommenssteuern, die Finanztransaktionssteuer und Verhinderung von Steuerhinterziehung zu einer Welt ohne Armut beitragen.

Trotz ähnlicher Argumentationslinien und sich stark überschneidender Forderungen sind beide Studien von unterschiedlichen Strategien und Zielvorstellungen geprägt. „Zukunftsfähiges Deutschland“ bemüht sich um einen Konsens zwischen den drei Nachhaltigkeitssphären, insbesondere zwischen Ökologie und Ökonomie. Der Attac-Reader dagegen ist als Teil einer Kampagne gegen die hegemoniale Vormachtstellung des Kapitals, bei der Durchsetzung von Lohn-, Arbeitsmarkt- und auch Klimapolitiken zu sehen. Die Autorinnen und Autoren fordern die Dreieirallianz von Arbeitszeitverkürzung, Mindesteinkommen und bedingungsloses Grundeinkommen, um damit die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken, negative demokratiepolitische und sozialpsychologische Auswirkungen von Massenarbeitslosigkeit rückgängig zu machen und die Spaltung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in solche mit Arbeit und andere ohne Arbeit zu beenden. Diese Strategie muss offensiv durch politische Kämpfe umgesetzt werden. Im Vergleich dazu, setzt die Wuppertalstudie auf die Kraft der Einsicht durch plausible Argumente und schenkt den machtpolitischen Interessen des politökonomischen Systems weniger Bedeutung.

Die Diskussionen um die „Halbtagsgesellschaft“

In der deutschsprachigen Nachhaltigkeitsdebatte wurden auch radikalere Arbeitszeitkonzepte entwickelt. Davon zeugt ein Wuppertalpaper, in dem drei Autoren (Stahmer, Scherhorn und Schettkat) das Konzept der „Halbtagsgesellschaft“ diskutieren. Dieses Konzept wird von Carsten Stahmer eingeführt. Er fordert eine Verringerung der Erwerbsarbeitszeit auf 20 Stunden pro Woche. In diesem Konzept müssten auch die „stillsten“ Reserven der arbeitsfähigen Bevölkerung in die Erwerbsarbeit eingegliedert werden, um das BIP annähernd auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten (vgl. Schaffer/Stahmer 2005: S. 234). Eine 20-Stunden-Woche bedeute, eine Verringerung der Erwerbsarbeitszeit der Männer um 42 % und der Frauen um 15 % bezogen auf das Jahr 2000. Wenn aber selbst die „stillsten“ Reserven der arbeitsfähigen Bevölkerung (also jene, die keine Arbeit suchen) zwischen 18 und 65 Jahren mit einbezogen werden, ist dies gleichzusetzen mit einer Erhöhung der Jahreserwerbsarbeitsstunden von Frauen um 15,7 % und einer Verringerung der von Männern geleisteten Stunden um 32,3 % (vgl. Stahmer 2009: S. 14f).

Gleichzeitig entstünde neuer Raum für die Erledigung gesellschaftlich wichtiger Arbeit. Eine „Halbtagsgesellschaft“ mache die Verwirklichung der „Tätigkeitsgesellschaft“ (vgl. Dahrendorf 1983: S. 89-100) und die Aufwertung und Gleichstellung von Nichterwerbsarbeit notwendig. Die soziale und gesellschaftliche Anerkennung der Nichterwerbsarbeit soll nach Carsten Stahmer nicht zu ihrer monetären Bewertung führen, sondern zur Einführung einer Komplementärwährung auf Basis einer Zeitwährung, wie sie schon heute in Tauschkreisen oder Zeitbanken realisiert ist (vgl.

Schaffer/Stahmer 2005: S. 235). Mit Hilfe der Zeitwährung können Arbeitsleistungen im Bereich von Kindererziehung, Altenbetreuung und ehrenamtlichen Tätigkeiten abgerechnet werden.

Zur Aufwertung von Nichterwerbsarbeit müssten Wissenschaft und Politik für ein neues Konzept der Messung gesellschaftlichen Wohlstands und der geleisteten Arbeit sorgen, d.h. neues statistisches Grundlagenwissen schaffen. Ohne neue Bemessungsgrundlagen blieben Politik, Wirtschaft und auch Wissenschaft weiter in den Kategorien und Denkmustern der monetär entlohnten Erwerbsarbeit stecken. Stahmer zeigt in seinen Sozioökonomischen Input-Output-Tabellen (SIOT) (vgl. Stahmer 2003, 2004; Schaffer/Stahmer 2005), dass die ganze geleistete Arbeit nicht monetär erfassbar ist, sondern nur mit Zeit als Rechnungseinheit. Damit könne die gesamte geleistete Arbeit statistisch erfasst und neue Rechenmodelle entwickelt werden. Dies würde zu neuen Bilanzen von Arbeitszeit führen, die die gesellschaftliche Realität besser abbilden als herkömmliche monetäre Bilanzen. Mit dem SIOT könne beispielsweise die gesamte gesellschaftlich verrichtete Arbeit auf ihren CO2 Output hin untersucht werden und neue Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche Arbeit ökologisch nachhaltig ist oder auch, welche Einsparungen im CO2 Ausstoß durch eine Verringerung der Arbeitszeit auf 20 Stunden pro Woche zu erwarten wären (vgl. Schaffer/Stahmer 2005).

In eine ähnliche Kerbe schlägt Gerhard Scherhorn, der für bürgerschaftliches Engagement[33], statt einer monetären Entschädigung, die soziale Anerkennung unter anderem durch erweiterte Wohlstandsparameter fordert. Das BIP dürfe auch nicht der einzige Wohlstandsindikator bleiben, an dem sich das politökonomische System zu orientieren hat, sondern soll durch die Leistungen von Bürgerinnen- und Bürgerarbeit und Eigenarbeit[34] ergänzt werden. Zur Sichtbarmachung sollen (Aus-)Bildungsangebote die Professionalität von Bürgerinnen- und Bürgerarbeit stärken (vgl. Scherhorn 2009: 66). Organisiert solle sie als Marktsystem werden, in dem die Politik Regeln vorgibt, aber keine Ziele definiert, sodass sich Bürgerinnen- und Bürgerarbeit auch bedarfsabhängig entwickeln kann (vgl. ebd. S. 64-66).

Als wichtige Bedingungen für die „Halbtagsgesellschaft“ im Sinne Stahmers sind eine höhere Qualifikation von Erwerbsfähigen durch eine Bildungsoffensive und die Stärkung des sozialen Engagements durch steuerliche Maßnahmen sowie ein staatlich herbeigeführter Zuwachs von gesellschaftlichem Prestige für Freiwilligenarbeit erforderlich (vgl. Schaffer/Stahmer 2005: S. 235). Die Bildungsoffensive ist notwendig, um die stille und „stillste“ Reserve am Arbeitsmarkt für die angebotene Erwerbsarbeit zu

33 Bürgerschaftliches Engagement bezeichnet die auf Gemeinschaftsgüter bezogene Eigenarbeit, also das nichtentlohnte, vielleicht aber durch Kostenersatz u. dgl. alimentierte Engagement für mitmenschliche, nachbarschaftliche, kommunale, regionale oder überregionale Angelegenheiten. (vgl. Scherhorn 2009: S. 59f).

34 Eigenarbeit ist ein von Christine und Ernst von Weizsäcker geprägter Begriff. Er gilt als Oberbegriff für die gern ausgeübte Familienarbeit, Eigenproduktion, Nachbarschaftshilfe usw. und ebenso für die unbeliebte „Schattenarbeit“ oder Versorgungsarbeit (vgl. Scherhorn 2009: S. 59).

qualifizieren, während die Stärkung des sozialen Engagements darauf abzielt, die erworbene Freiheit gesellschaftlich sinnvoll zu verwerten.

Bei der Entwicklung des Konzeptes der „Halbtagsgesellschaft“ von Stahmer stand als zentrale Frage im Vordergrund: „Wie können wir die Gesellschaft umgestalten, um eine gleichberechtigte Stellung von Frauen und Männern zu erreichen?“ (Stahmer 2007: S. 368). Die Grundlage des Konzeptes ist also ein emanzipatorisches Anliegen. Dies ist hervorzuheben, wenn man die Konzepte hinsichtlich ihrer Verortung im Nachhaltigkeitsdiskurs vergleicht. Ist es der ökologische Imperativ (vgl. Senghaas-Knobloch 2008: 28), der im Vordergrund steht, so erscheint eine kurze Vollzeit von 30 Stunden pro Woche angemessen, weil sie Massenarbeitslosigkeit verhindert und damit den Wachstumsdruck von den politisch Verantwortlichen und auch von Gewerkschaften nimmt. Geht es um die Betrachtung des Sozialen in seiner Eigenwertigkeit, so scheint eine 20 Stunden Erwerbsarbeitswoche (vgl. Stahmer 2004, 2005, 2009; Gorz 1994, 2000) oder noch weniger (vgl. Haug 2008, Bergmann 1997, 1998a, 1998b, 2004, von Nell-Breuning, zit.n. KAB 2005: S. 12) als Zielvorstellung naheliegender. Allerdings ist anzumerken, dass deutlich geringere Arbeitszeiten (kleiner/gleich 20 Stunden) für alle Erwerbsarbeitsfähigen einen Erwerbsarbeitszwang bedeuten würden, wenn das Produktionsniveau erhalten bleiben soll.

Sowohl der ökologische als auch der sozial orientierte Zugang zur Nachhaltigkeit stimmen darin überein, dass eine nachhaltige Entwicklung mit der bisherigen Prämisse von Politik und Wirtschaft: „Vollbeschäftigung bei Vollerwerbszeit“ unerreichbar ist. Die Strategien, die dazu führen, laufen auf eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Senkung der Lohneinkommen und dadurch verstärktes Wachstum hinaus, was weder sozial noch ökologisch nachhaltig sein kann. Aus den Entwicklungen der letzten Jahre ist bereits erkennbar, dass Vollbeschäftigung unter Vollerwerbszeit auf Basis von Wachstum nicht mehr erreichbar ist und Politikerinnen und Politiker, Wirtschaftsfachleute und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die das behaupten, wird unterstellt, sie täten dies wider der empirischen Evidenz (vgl. Scherhorn 2005: S. 240).

Carsten Stahmer geht in seinen Ausführungen zur „Halbtagsgesellschaft“ davon aus, dass die frei werdende Arbeitszeit bei entsprechenden Rahmenbedingungen für soziale Arbeit genutzt wird. Die Tauschmöglichkeit durch die Zeitwährung soll monetäre Einkommenseinbußen der Menschen aufwiegen, weil sie immateriellen Wohlstand schafft. Deshalb geht er nicht auf Fragen des Grundeinkommens, der negativen Einkommenssteuer und des Mindestlohns ein, die bei anderen Autorinnen und Autoren die Funktion der Abfederung der monetären Einkommenseinbußen sicherstellen soll. Stahmer fokussiert dagegen auf eine gesellschaftliche Aufwertung der sozialen Arbeit, sodass es am Ende für die Einzelnen eine Ehre sein soll, Kindererziehung oder Altenpflege zu leisten und diese freiwillige soziale Arbeit auch die beruflichen Aufstiegschancen erhöht. Die nicht-monetär sondern mit Zeitwährung belohnte gesellschaftlich wichtige Arbeit soll den gleichen Stellenwert haben, wie die Erwerbsarbeit bzw. diese aufgrund ihres ideellen Charakters vielleicht sogar in den Schatten stellen.

In diesem Zusammenhang wird ein Problem virulent, das auch seitens der Solidarischen Ökonomie (vgl. Kapitel 4.5) intensiv diskutiert wird: Inwieweit können und sollen Individuen oder kleine Gemeinschaften die Aufgabe des Staates einer universellen Grundversorgung übernehmen und wie weit sind sie dazu überhaupt in der Lage? Wie weit benutzt das politökonomische System die Individuen und Gemeinschaften am Ende dazu, Aufgaben abzuwälzen, anstatt eine gut funktionierende, allgemeine Grundversorgung durch entsprechende Maßnahmen zu verbessern? Die Solidarische Ökonomie sieht sehr enge Grenzen für die soziale Sicherung ihrer Mitglieder und fordert eine Erweiterung der sozialstaatlichen Leistungen (vgl. Embshoff/Giegold 2008: S. 20), wodurch die Bedingungen für den großflächigen Ausbau der Solidarischen Ökonomie überhaupt erst geschaffen werden. Ein Ersetzen sozialstaatlicher Leistungen durch Individuen und kleine Gemeinschaften, wie bei Carsten Stahmer vorgesehen (vgl. Schaffer/Stahmer 2005: S. 234; Stahmer 2009: S. 25ff), bedeutet für die Solidarische Ökonomie eine Individualisierung von Risiken und folgt damit einer neoliberalen Logik (vgl. Embshoff/Giegold 2008: S. 20). Stahmer negiert die oben von Attac genannte Finanzierungsmöglichkeit für soziale Sicherungssysteme aus Vermögenssteuern, also aus der Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, nicht. Er meint, dass die unbezahlte Arbeit im Bereich des sozialen Engagements in der frei gewordenen Zeit einer „Halbtagsgesellschaft“ die vielleicht einzige tragfähige Lösung ist, wie Staaten langfristig aus der Schuldenfalle kommen können (vgl. Stahmer 2006: S. 7).

Egal welcher Seite man anhängt, scheint es, dass die Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung am Ende auch zu Kämpfen um die Organisation der sozialen Sicherheit und um die Neubewertung von Privatheit und Öffentlichkeit werden, denn diese Fragen bedingen einander gegenseitig (vgl. Petersen 2002: S. 642; KAB 2005).

Auch von wirtschaftsliberaler Seite werden die Thesen Stahmers angegriffen und dabei vor allem die geringere Effizienz von individueller sozialer Arbeit gegenüber marktbasierten Lösungen angeprangert. Historisch gesehen sei die Professionalisierung und Kommodifizierung marktferner Bereiche die effizienteste Form der Organisation. Deshalb seien die Probleme der Vollbeschäftigung nicht durch radikale Arbeitszeitverkürzung lösbar, da sie ineffiziente Strukturen der Hausarbeit fördern. Der einzig ökonomisch sinnvolle Weg sei also die Kommodifizierung und Professionalisierung der Hausarbeit und die dadurch bewirkte Schaffung neuer Erwerbsarbeitsplätze (vgl. Schettkat 2009: S. 47f). Nur die dadurch angeregten Produktivitätsfortschritte würden neuen Zeitwohlstand schaffen, weil Gesellschaften nur durch die Erhöhung der Produktivität ihren Wohlstand steigern können (vgl. ebd. S. 43).

Gerhard Scherhorn zeigt in seiner Replik an Stahmer und Schettkat, dass weder das eine noch das andere als Allheilmittel gesehen werden kann. Weitere Kommodifizierung sei in gewissen Bereichen möglich und bringe auch Vorteile, in anderen jedoch nicht. Vor allem solle Kommodifizierung nicht mit Professionalisierung gleichgesetzt werden, weil auch außerhalb der Marktzwänge effiziente Strukturen geschaffen werden können. Kommodifizierung bringt vor allem dann nichts, wenn die entstehenden

Dienstleistungen für einen Großteil der Bevölkerung zu teuer sind oder an Qualität verlieren, weil sie nur durch das Einsparen von Zeit und Aufmerksamkeit effizienter werden können: z.B. bei der Kindererziehung (vgl. Scherhorn 2009: S. 61-64). Hierbei kommt auch die grundsätzliche Kritik von Scherhorn an beiden Konzepten zu tragen: Nach seiner Ansicht lassen beide Autoren (Stahmer und Schettkat) die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen völlig außer Acht, was die Finanzierung von Alternativen stark einschränke. Die Unfinanzierbarkeit des wohlfahrtsstaatlichen Systems sei dann obsolet, wenn privates Eigentum nicht mehr diskussionslos als Wert anerkannt werde. Scherhorn schlägt stattdessen die Sozialbindung des Kapitals vor. Das Prinzip der Sozialbindung des Eigentums beruht auf der Erkenntnis, dass die natürliche und die soziale Mitwelt weitgehend aus Gemeingütern bestehen, deren Nutzung allen zusteht. Wenn aus diesen Gemeingütern Gewinn lukriert wird, so ist dieser Gewinn vollständig an die Allgemeinheit umzuverteilen (vgl. Scherhorn 2009: S. 70). Mit dieser Regelung würde die Ungleichverteilung bekämpft und die Erträge könnten für soziale Sicherung und die Beendigung von Armut ausgegeben werden.

Auch Schettkat sieht die Verlagerung von staatlichen Sozialleistungen auf kleine Gemeinschaften und Individuen kritisch. Hierbei stimmt er mit der Solidarischen Ökonomie überein, wenn er vermutet, dass kleine Gemeinschaften bei dauerhafter Hilfsbedürftigkeit schnell an ihre Grenzen stoßen (vgl. Schettkat 2009: S. 52). Eine ausreichend starke und universelle staatliche Grundversorgung schlägt er im Gegenzug jedoch nicht vor. Auch den Vorschlag der Einführung einer Zeitwährung lehnt Schettkat aus Effizienzgründen ab (vgl. ebd. S. 50f).

Das Plädoyer für die Verkürzung der Arbeitszeit wird in den erweiterten Arbeitskonzepten jedenfalls teilweise durch statistische Berechnungen untermauert. So sind Fragen, wie und ob eine 30- oder 20-Stunden-Woche die Produktionskapazitäten der (deutschen) Wirtschaft beeinflusst oder nicht, quantitativ ausgearbeitet worden. Die Lücken der Konzepte zeigen sich dort, wo die Forscherinnen und Forscher über eine Gesellschaft spekulieren, in der Menschen generell deutlich weniger arbeiten müssen.

Die Diskussion um die Tätigkeitsgesellschaft und der Begriff selbst, werden ursprünglich Ralf Dahrendorf (1983) zugeschrieben und sind erst in letzter Zeit in die Nachhaltigkeitsdebatte aufgenommen worden. Bei Dahrendorf umfasst Tätigkeitsgesellschaft im Gegensatz zu Begriffen wie „Dienstleistungsgesellschaft“, „Arbeitsgesellschaft“, „Leistungsgesellschaft“, „Wissensgesellschaft“ dezidiert alle Arbeitsbereiche und gibt der Nicht-Erwerbsarbeit dadurch gleichen Wert wie der Erwerbsarbeit (vgl. Dahrendorf 1983).

Seit Dahrendorfs Vorstoß wird mit diesem Begriff auch die Frage thematisiert, ob eine Tätigkeitsgesellschaft ohne die nachdrücklichen Anreizmechanismen der Arbeits- oder Leistungsgesellschaft nicht zur Untätigkeitsgesellschaft wird (vgl. Dahrendorf 1983: S. 96f). Dahrendorf selbst gab darauf keine befriedigende Antwort. Bei der Sichtung der

Nachhaltigkeitsliteratur (in die wir hier auch Vertreterinnen und Vertreter der Politischen Ökologie einschließen), lassen sich verschiedene Antworten erkennen:

Für die Politische Ökologie bedeutet Tätigkeitsgesellschaft, den Fokus auf selbst gewählte autonome Tätigkeiten (im Sinne Kants) zu richten und nicht auf fremdbestimmtes heteronomes Tun (vgl. Dahrendorf 1983: S. 90). Mit Rekurs auf Marx wird das verdeutlicht, wenn er meint, dass „das Reich der Freiheit ... in der Tat erst da [beginnt], wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion." (vgl. MEW, Bd. 25: S. 828, zit.n. Petersen 2002: S. 643).

Die Tätigkeitsgesellschaft ist demnach ein wichtiger Schritt hin zur Überwindung von fremdbestimmter Lohnarbeit und Kapitalherrschaft. In einer Tätigkeitsgesellschaft sei Arbeit so organisiert, dass sie keinen externen Anreiz benötigt (vgl. Bergmann 2004). Vielmehr sei es erst die Unterordnung der Arbeit unter die Ausbeutungsbedingungen des Kapitals gewesen, die eine derartige Entfremdung von der Arbeit erforderte, dass sie ohne Anreize nicht mehr ausgeführt würde. Die Rückführung in die selbstbestimmte Tätigkeit hebe die Notwendigkeit des Zwangs auf und mache die Arbeit zu dem, was sie sei, wenn sie zwanglos erlernt wird, nämlich ein „Weg zur Entfaltung der Sinne, zur Macht über sich und die Dinge und als Bindung an die anderen." (Gorz 2000: S. 142). Diese Sicht der Tätigkeitsgesellschaft zeichnet das Idealbild einer nachhaltigen Gesellschaft, die Erwerbsarbeit nur mehr zur Befriedigung der Grundbedürfnisse eines guten Lebens basierend auf Hochtechnologie benötigt, während sie ihr kreatives Potenzial überwiegend in der zwangslosen Tätigkeit auslebt. Der Weg von der konsumorientierten kapitalistischen Arbeitsgesellschaft hin zu dieser ideellen Tätigkeitsgesellschaft geht für die politische Ökologie über die schrittweise Loslösung von Einkommen und Arbeit, also über Arbeitszeitverkürzung und bedingungsloses Grundeinkommen.

Die zweite Strömung ist weniger radikal, setzt an der gesellschaftlichen Wirklichkeit an und befasst sich mit dem Problem, das bereits John Maynard Keynes (1928) geäußert hat. „Wir sind zu lange trainiert worden, zu streben statt zu genießen." (Keynes 1928: zit.n. Reuter 2007: S. 142). Es soll also gesellschaftlich wie auch individuell die Bereitschaft zur freien und selbständigen Nutzung von Lebenszeit erzeugt werden. Das Problem für den Einzelnen ist, dass sowohl Einkommen als auch gesellschaftliche Identität hauptsächlich durch Erwerbsarbeit bestimmt werden (vgl. Dahrendorf 1983: S. 93). Das führt dazu, dass mehr Freizeit für den Einzelnen oft gar nicht erwünscht ist, weil damit keine gesellschaftliche Anerkennung einhergeht. Wie kann also gesellschaftlich ein Zustand hergestellt werden, in dem Menschen mehr Freizeit für ihre persönliche Weiterentwicklung fordern? Die daran anschließende Frage lautet: Wer hat daran Interesse, dass Menschen den starken Leistungsbezug aufgeben?

Carsten Stahmers Ansatz vertritt die Stärkung des sozialen Engagements durch steuerliche Maßnahmen und einen staatlich herbeigeführten Zuwachs von gesellschaftlichem Prestige (vgl. Schaffer/Stahmer 2005: S. 235). „Der Staat" soll der Hauptakteur dieses

gesellschaftlichen Wandels sein. Wo die Kräfte im Staat zu finden sind, die diesen Wandel vorantreiben können, erläutert Stahmer nicht näher. Der Weg dorthin ist dagegen klarer. Er geht über die gesellschaftliche (oder staatliche) Anerkennung von Bürgerinnen- und Bürgerarbeit (bzw. gesellschaftlich wichtiger Arbeit) durch den Einbezug in soziale Sicherungssysteme (z.B. Anspruch auf Grundsicherung, Pensionszeiten, etc.) und soziokulturell durch Maßnahmen, die dazu führen, dass Nichterwerbsarbeit für die Karriere in der Erwerbsarbeit entscheidend wird. So genannte Soft Skills, die durch Bürgerinnen- und Bürgerarbeit erworben werden, sollen für Personalentwickler zentral werden. Gleichzeitig soll das Ganze der Arbeit gesellschaftlich sichtbar werden und in die Wohlstandsindikatoren gleichberechtigt einfließen. Dadurch wird ein Zustand hergestellt, bei dem Menschen nicht mehr nur auf das Wachstum des BIP schauen, wenn sie die Wirtschaftskompetenz von Parteien messen, sondern auch auf Indikatoren der allgemeinen Zufriedenheit, des Glückszuwachses oder der Verringerung der Gesamtarbeitsbelastung. So würde eine Partei möglicherweise wiedergewählt, wenn sie während der Legislaturperiode kein Wirtschaftswachstum aufzuweisen hat, dafür aber ein Wachstum an Glück.

Bei der in der zweiten Wuppertalstudie geforderten „Tätigkeitspolitik“ (BUND/EED 2008: S. 444-452) geht es neben der Stärkung des sozialen Engagements oder der Bürgerinnen- und Bürgerarbeit grundlegend darum, das Lohnarbeitsverhältnis zu verändern. Ansatzpunkt wäre eine Tarifpolitik, die wichtige soziale Lebenswirklichkeiten, wie lebenslanges Lernen, Sabbaticals, Bildungszeiten, Kindererziehungs- und Altenbetreuungszeiten etc. ins Zentrum stellt. Dazu wären vor allem die Gewerkschaften aufgerufen, die solchen Politiken bis jetzt keine allzu große Aufmerksamkeit geschenkt haben. In Summe können diese Ansätze als Strategien zur Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit gesehen werden. Die möglichen negativen Folgen der bisherigen Flexicurity-Modelle sind bereits bekannt (vgl. Fischer-Kowalski/Schaffartzik 2008) und machen eine offensive gewerkschaftliche Strategie erforderlich, um eine Flexibilisierung zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vermeiden (vgl. KAB 2005; Hildebrandt/Littig 2006; Hilscher/Hildebrandt 1999).

Ein in diesem Zusammenhang wichtiger Punkt ist die Beschäftigung mit dem Problem der geringeren Einkommen aufgrund geringerer Erwerbsarbeitsstunden. Lösungsvorschläge reichen von der Erweiterung der Basis des Einkommens („Mischeinkommen“, HBS 2000) bis zur Absicherung der Einkommen der Erwerbstätigen, die von vollständigem bis zu gar keinem Lohnausgleich ausgehen. Dazwischen liegende Vorschläge fordern Lohnausgleich für Niedrigverdienende und einen Tausch von Geld gegen Freizeit bei Besserverdienenden (vgl. Krull/Massarat/Steinrücke 2009: 9; BUND/EED 2008: S. 434 und 447f). Die Belastungen durch den teilweisen Lohnausgleich könnten von staatlichen Stellen und Unternehmen gemeinsam getragen werden; auf staatlicher Seite durch Umschichtungen infolge des Wegfalls der Kosten der Arbeitslosigkeit.

Dieser Punkt führt direkt zur Debatte über einen Mindestlohn, der einzuführen wäre, weil sonst das Problem besteht, dass Niedriglohnarbeit mit staatlich gestützten Löhnen

gefördert wird. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ fordert dazu einen branchenunabhängigen Mindestlohn, der durch einen paritätisch besetzten Mindestlohnrat festgelegt wird, um obiges Szenario zu verhindern (vgl. BUND/EED 2008: S. 448). Eine Lösung des Problems der 1-Euro-Jobs, die durch den Fokus auf BürgerInnenarbeit oder die Aufwertung sozialer Arbeit entstehen, ist in keiner der reviewten Studien bedacht worden.

Abschließend stellt sich die Frage der Anreizmechanismen für Menschen, die 20 Stunden arbeiten und dafür weniger verdienen als Menschen, die Sozialhilfe bekommen. Um dieses Problem dreht sich die Debatte um eine negative Einkommenssteuer, eine Grundsicherung (BUND/EED 2008: S. 448f) oder ein Grundeinkommen (vgl. Scharpf 1994; Krull/Massarat/Steinrücke 2009; Exner/Rätz/Zenker 2007; Exner 2010; Vobruba 2006; KAB 2005: S. 15). Die negative Einkommenssteuer unterstützt Menschen, die einer Arbeit nachgehen, deren Einkommen aber nicht zur Existenzsicherung reicht. Die negative Einkommenssteuer steht allen Erwerbstätigen zu und wird erst dann vom Erwerbseinkommen abgezogen, wenn ein fixer Betrag, der weit über der Grundsicherung liegt, erreicht wird. So wird sichergestellt, dass sich Erwerbsarbeit auch finanziell lohnt.

5.2 Wachstumskritik und erweiterte Arbeitskonzepte

Rund um das Thema Wachstumskritik entwickelte sich in den letzten Jahren aus der Nachhaltigkeitsdebatte eine Diskussion, die erweiterte Arbeitskonzepte mit der Auseinandersetzung um nachhaltiges Wachstum verbindet. Die Proponenten dieses Ansatzes, versuchen explizit direkten Einfluss auf wichtige EntscheidungsträgerInnen zu nehmen. Eine wesentliche Grundlage für diese Diskussion ist Tim Jacksons Studie: „Prosperity without growth“ (2009). Der Auftraggeber der Studie ist die „Sustainable Development Commission (SDC)“, das unabhängige Beratungsunternehmen der britischen Regierung zum Thema Nachhaltige Entwicklung. Tim Jacksons Beitrag baut auf vorangehenden Projekten der SDC, vor allem auf der Studie „Redefining Prosperity“ (vgl. SDC 2003; Victor 2008), auf.

„Redefining Prosperity“ adressiert in ihren Policy-Empfehlungen die Kernpunkte des nachhaltigen Entwicklungsdiskurses: Ressourceneffizienz, höhere ökologische Standards für Industrie und lebensstilrelevante Bereiche, Ausrichtung der Ökonomie auf nachhaltiges Wachstum und die Ausweitung der Messung ökonomischen Wohlstands auf nicht materielle Werte (Glück, saubere Umwelt, etc.). Nachhaltiges Wachstum ist bereits in dieser Studie ein zentrales Thema, die Policy-Vorschläge bleiben dabei recht allgemein. Tim Jackson geht in seinen Ausführungen weiter und adressiert zwei Kernthemen für nachhaltiges Wachstum, die er mit erweiterten Arbeitskonzepten verbindet. Ökonomisches Wachstum, so die Argumentation Jacksons, beruht auf zwei treibenden Faktoren des Konsumwachstums: Dem individuellen Faktor einer Konsumgesellschaft, in der jeder Einzelne nach mehr materiellem Wohlstand strebt und dem

makroökonomischen Faktor, der über die Gewinnmaximierung zu immer mehr und billigeren Produkten führt (vgl. Jackson 2009: S. 60; Jackson 2009a). Damit ergeben sich zwei Handlungsstränge für die Durchsetzung von nachhaltigem Wachstum. Einerseits der Fokus auf nachhaltigen Konsum bzw. nachhaltige Lebensstile auf Ebene der Individuen und andererseits eine makroökonomische Strategie oder Theorie, die eine stabile Entwicklung der Wirtschaft, die nicht auf Wachstum beruht, ermöglicht. Für beide Handlungsstränge sind Arbeitszeitverkürzung, Work-Life Balance, faire Verteilung von Arbeit und die Ausweitung des Arbeitsbegriffes auf Nichterwerbsarbeit von zentraler Bedeutung.

Eine Nullwachstumsstrategie bedeutet im Endeffekt auch eine Nulllohnwachstumsstrategie, weil wachsende Löhne zu mehr Konsum führen. Eine solche Ökonomie ist mit dem heutigen Stand der Wirtschaftswissenschaften nicht stabil vorstellbar. Nullwachstum bedeutet Krise der Investitionen, Krise der Nachfrage, Krise der Arbeit. Um diesen Krisen entgegenzuwirken müssten Produktivitätsgewinne in einer nicht wachsenden Wirtschaft in Freizeit umgetauscht werden. Arbeitszeitverkürzung und die faire Verteilung von Arbeit sorgen einerseits für eine stabile makroökonomische Entwicklung und andererseits für die Sicherung von individuellen Verwirklichungschancen durch die Teilhabe an der Erwerbsarbeit (vgl. Jackson 2009: S. 80f).

Das neue an der Arbeit von Jackson ist nicht das eigentliche Thema Arbeit in Verbindung mit einer wachstumsfreien Wirtschaft. Diese beiden Themen führte bereits John Maynard Keynes 1943 in seiner Abhandlung „Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung“ zusammen (vgl. Reuter 2007: S. 162f; Eversmann 2002: S. 246f). Keynes Stadientheorie bezeichnete das dritte Stadium als „goldenes Zeitalter“, weil die Ökonomien derart produktiv sein werden, dass sie mehr produzieren als konsumiert werden kann, weshalb zur Stabilisierung der Wirtschaft die Arbeitszeit verkürzt werden kann und die Bürgerinnen und Bürger ihren hohen Lebensstandard in der Freizeit genießen können. Keynes war sich dessen bewusst, dass diese Vision den soziokulturellen Leistungsvorstellungen der 1930er Jahre widersprach. „Die emsigen und zielbewussten Geschäftsmänner mögen uns alle mit sich in den Schoß des wirtschaftlichen Überflusses ziehen. Aber es werden nur solche Menschen sein, die am Leben bleiben können und eine höhere Perfektion der Lebenskunst kultivieren, sich nicht für die bloßen Mittel des Lebens verkaufen, die in der Lage sein werden, den Überfluss zu genießen, wenn er kommt.“ (Keynes in Reuter 2007: S. 142).

Keynes ökonomische Vorhersagen scheinen im Grunde eingetroffen zu sein. Die kapitalistische Wirtschaft hatte einen derartigen Erfolg bei der Steigerung der Produktivität, dass weltweit heute mehr materielle Dinge produziert werden als zur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse benötigt werden. Die von Keynes erdachten soziokulturellen und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen in Richtung Tätigkeitsgesellschaft sind freilich nicht eingetreten. Hier lässt Keynes außer Acht, dass von den Konsum- und Produktionsverhältnissen profitiert wird und die dahinterstehenden Interessen diese Profite nicht einfach loslassen werden. Die wissenschaftlich logischen Schritte, auch

gegen die Interessen der profitierenden Minderheit durchzusetzen, ist in der Vergangenheit nur durch politische Kämpfe und institutionalisierte Interessensausgleiche möglich gewesen und nicht durch intellektuelle Einsicht. Somit ist das Neue an Jacksons Bericht eher die Emanzipation des Themas über die wissenschaftliche Community hinaus in ein einflussreiches Beratungsunternehmen, das den direkten Zugang zu politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern pflegt. Die Einsicht, dass hoch entwickelte und hoch produktive Ökonomien ein strukturelles Problem mit Vollbeschäftigung haben, das durch Arbeitszeitverkürzung gelöst werden könnte, bekommt dadurch eine höhere politische Relevanz. Dies zeigt sich etwa darin, dass die Forderungen aus dem Bericht Jacksons in das Abschlussdokument eines hochrangigen Workshops der UN Division for Sustainable Development zur Rio+20 Konferenz übernommen wurden. Mit diesem Dokument wurde eine alternative Agenda für die Rio+20 Konferenz vorgelegt, in der Arbeitszeitverkürzung als Hauptmittel gegen Massenarbeitslosigkeit in einer nicht wachsenden Wirtschaft empfohlen wird (vgl. Marglin 2010).

Jackson geht in seinen Empfehlungen deutlich weiter als die vorliegenden staatlichen und supranationalen Strategien, wie zum Beispiel die Strategie Europa 2020. Diese Strategie löst den Vertrag von Lissabon ab, der die EU bis 2010 zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum hätte machen sollen. Die neue Wachstumsstrategie enthält qualitative Elemente, auch wenn sie weiter grundlegend auf Wirtschaftswachstum zur Sicherstellung von Jobs und sozialer Sicherheit beruht. Arbeitszeitpolitiken sind in dieser Strategie nicht mit bedacht. Mit herkömmlichen Mitteln, wie Bildung, Ausbildung und Flexibilität, finanziert durch die staatlichen Einnahmen aus Wirtschaftswachstum, sollen hohe Erwerbsquoten sichergestellt werden. Der daraus entstehende erhöhte Wachstumsdruck wird weiterhin nicht adressiert (vgl. KOM(2010) 2020: S. 12f; Berger und Gjoksi 2010: S. 10f).

Dennoch lässt sich Bewegung in den Denkmustern von Spitzenpolitikerinnen und -politiker erkennen, auch wenn diese noch nicht in verbindlichen Verträgen zu finden ist. „Das 21. Jahrhundert wird von uns verlangen, dass wir in neuer Form über Wachstum nachdenken. Es geht nicht nur um die klassischen, ökonomischen Wachstumsgrößen, sondern es geht um ein Wachstum, das nachhaltigen Wohlstand sichert. Dazu werden Größen wie die Sicherheit, die Lebensqualität, die Gesundheit und der nachhaltige Umgang mit Rohstoffen eine entscheidende Rolle spielen. Wir müssen lernen, den Wachstumsbegriff für das 21. Jahrhundert neu zu definieren. Ich wünsche mir – genauso wie der französische Präsident –, dass wir mit unserer Initiative die Diskussion über eine Wirtschaftsstrategie für das Jahr 2020 damit verbreitern.“[35] Nachhaltiges Wachstum scheint in die politischen Spitzengremien Eingang zu finden und die Leistung von Tim Jacksons Bericht ist, genau in diesem Moment, ein einflussreiches Statement zu liefern, nachhaltiges Wachstum mit dem Thema Arbeit zu verbinden und damit eine neue

35 Videopodcast Nr. 4/10 von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 6. Februar 2010 (download im Juni 2010: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Podcast/2010/2010-02-06-Video-Podcast/links/2010-02-06-text,property=publicationFile.pdf)

Tür, die möglicherweise direkteren Zugang zu Entscheidungsträgerinnen und -trägern und Umsetzungsmöglichkeiten findet als bisherige Strategien, aufzustoßen.

Zusätzlich zur europäischen Wachstumsstrategie gibt es bereits mehrere staatliche Projekte und Strategiepapiere in europäischen Ländern, die sich mit qualitativem Wachstum beschäftigen. Die Wachstumsstrategie der irischen Regierung („Smart Economy Strategy") geht den Weg Jacksons und der SDC nicht mit und beruft sich, wie die Strategie Europa 2020, auf herkömmliche Policyinstrumente. Darunter fallen die Weiterentwicklung des Human- und Sozialkapitals mittels Bildung, hochqualifizierten Arbeitsplätzen, Investitionen in „green economy", hochentwickelte öffentliche Infrastruktur und vieles mehr (vgl. Department of the Taoiseach 2008). Das österreichische Projekt „Wachstum im Wandel" hat Arbeitszeitverkürzung und faire Verteilung von Arbeit im Blick (vgl. Wachstum im Wandel 2010a: S. 40f) und fußt auf einer Analyse der Ausgangssituation, die jener von Jackson und der SDC recht ähnlich ist. Ideen zur Arbeitszeitverkürzung sind grundlegender Bestandteil der Diskussionen. Es bringt Stakeholder aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft an einen Tisch, um über die Nachhaltigkeit von Wachstum nachzudenken. Das Projekt ist gekennzeichnet durch die transdisziplinäre Zusammenarbeit des Lebensministeriums mit dem Forschungsinstitut SERI (Sustainable Europe Research Institute) und Karuna Consult. Die Zusammenarbeit mündete allerdings noch nicht in einer Verlängerung des Projektes oder einer Institutionalisierung etwa in einer Strategie des beteiligten Ministeriums zur Verfolgung nachhaltigen Wachstums.

Das Thema nachhaltiges Wachstum, scheint sich in den letzten Jahren den Weg von wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Sphären in die Politik zu bahnen. Das ist nicht nur durch die oben genannten Strategien und Initiativen der verschiedenen Regierungen und der EU zu erkennen, sondern auch an Parteiprogrammen, die „Green Growth" oder einen „Green New Deal"[36] in den Mittelpunkt stellen. Erweiterte Arbeitskonzepte sind aber auch in den Green New Deal Parteiprogrammen der Grünen kein Thema. Arbeit soll durch die zukünftigen Wachstumssektoren, wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz, grüner Verkehr oder Recycling geschaffen werden.[37] Vergleicht man all diese Projekte, Studien und Programme, die auf ein nachhaltiges Wachstum zielen, fällt auf, dass Studien die keine verbindlichen Richtlinien für die Politik vorgeben, radikale Arbeitszeitpolitiken einfordern, während staatliche und supranationale Programme herkömmliche Instrumente benutzen, um nachhaltiges Wachstum und Vollbeschäftigung unter einen Hut zu bringen. Diese Bruchlinien bieten Reibungsflächen für politische Betätigung und scheinen geeignet, Adressaten für die mit erweiterten Arbeitskonzepten verbundenen politischen Forderungen zu finden.

---

36 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Krisen bewältigen – für einen grünen New Deal. 28. Bundesdelegiertenkonferenz Erfurt, 14.-16. November 2008. (download Juni 2010: www.gruene-partei.de/cms/default/.../258004.gruener_new_deal.pdf)

37 French Hillary, Renner Michael, Gardner Gary (Heinrich Böll Stiftung) (2009): Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderung. In: Schriften zur Ökologie Band 3. (download Juni 2010: www.boell.eu/downloads/green_new_deal_oeko_band3.pdf)

5.3 Neue Sinnstiftung

Mit der problematischen Entwicklung des Wirtschaftswachstums und seinen gesellschaftspolitischen Zusammenhängen befasst sich auch die 2007 gegründete Stiftung „Denkwerk Zukunft“ unter Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers Meinhard Miegel. Neben einer Geschäftsstelle unterhält das „Denkwerk Zukunft“ „ein Netzwerk von Experten aus unterschiedlichen Bereichen und unabhängigen Persönlichkeiten, deren Stimmen in der Öffentlichkeit gehört werden. Ihre Gemeinsamkeit: Sie alle wollen zu einer grundlegenden Erneuerung unserer Kultur beitragen. Sie identifizieren geeignete Themen, Personen und Institutionen für Denkkreise, Symposien und sonstige Aktivitäten des Denkwerks Zukunft und stellen ihren Sachverstand für dessen inhaltliche Arbeit zur Verfügung. Darüber hinaus verbreiten sie die Ergebnisse des Denkwerks Zukunft in der Öffentlichkeit.“[38] Die zentrale Fragestellung um die die Aktivitäten der Stiftung kreisen ist, wie sich die (deutsche) Gesellschaft auf einen stagnierenden oder sinkenden materiellen Wohlstand einstellen kann? Da die Wohlstandvorstellungen der westlichen, früh industrialisierten Gesellschaften eng an ein stetig steigendes Wirtschaftswachstum gebunden ist, dieses in Zukunft – nicht zuletzt aus ökologischen Gründen – aber nicht mehr zu erwarten sei, sei mit einer Stagnation oder gar Verlusten an Einkommen und Vermögen breiter Bevölkerungsgruppen zu rechnen.[39] Diese Entwicklung wird von den Vertreterinnen und Vertretern des „Denkwerks Zukunft“ als äußerst riskant für die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens und für den Bestand der freiheitlich demokratischen Ordnung angesehen (vgl. Miegel 2010). Deshalb hat sich die Organisation zum Ziel gesetzt, über die riskanten Zusammenhänge von Wirtschaftswachstum und materiellem Wohlstand aufzuklären sowie nach Abkoppelungsmöglichkeiten und Möglichkeiten zur Förderung nicht-materiellen Wohlstands zu suchen. In Vernetzung mit ähnlich ausgerichteten Initiativen sollen Lösungen für die beschriebene Problematik gesucht werden. Das Memorandum „Zufrieden trotz sinkenden materiellen Wohlstands“ (März 2010) der Denkwerk-Arbeitsgruppe „Zufriedenheit“-, befasst sich unter Rückgriff auf Ergebnisse der empirischen Glücksforschung mit den Bedingungsfaktoren von „Zufriedenheit“[40]. Die Arbeitsgruppe benennt sieben – wenn auch schwer zu realisierende – Bedingungen dafür, dass die subjektive Zufriedenheit trotz sinkenden materiellen Wohlstands aufrechterhalten werden kann:

- Der materielle Wohlstand sinkt langsam und gleichmäßig, so, dass individuell wie kollektiv Anpassungsleistungen vollzogen werden können.
- Mindestniveaus werden nicht unterschritten.
- Finanzielle Sicherheit und Stabilität bleiben gewährleistet.
- Verluste werden gerecht verteilt.

38 (download: Juni 2010: http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/stiftung/index/mitwirkende)
39 (download Juni 2010: http://www.ernst-freiberger-stiftung.de/de/engagement/files/memorandum_arbeitsgruppe_03052010.pdf)
40 (download Juni 2010: http://www.ernst-freiberger-stiftung.de/de/engagement/files/memorandum_arbeitsgruppe_03052010.pdf)

- Sozialer Aufstieg ist möglich.
- Beschäftigung ist gesichert.
- Immaterielle Zufriedenheitsquellen werden gestärkt.

Die Arbeitsgruppe benannte auch eine Reihe von Maßnahmen, die zu ergreifen sind, damit das Zufriedenheitsempfinden der Bevölkerung nicht nachhaltig beeinträchtigt wird. Neben der Aufklärung der Bevölkerung über die zu erwartende sinkende Wohlstandsentwicklung, der Anpassung der institutionellen Rahmenbedingungen (ausgeglichene Finanz- und Wirtschaftspolitik, Mindestsicherung, etc.) geht es um ein verbreitertes Wohlstandsverständnis, einen aktiven individuellen Beitrag für die eigene Zufriedenheit (z.B. positive Grundhaltungen, aktive Lebensgestaltung statt Konsumismus) und um die Stärkung immaterieller Zufriedenheitsquellen (Familie, Freunde, zivilgesellschaftliches Engagement und dergleichen mehr). Für die vorliegende Arbeit bedeutsam ist auch, dass das Thema eines erweiterten Arbeitsverständnisses unter der Überschrift „Hohen Beschäftigungsstand sichern" zumindest vage gestreift wird (vgl. ebd. S. 33/45): „Sollte der Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise voranschreiten und dadurch der Preis für Energie entsprechend ihres tatsächlichen Wertschöpfungsbeitrags, ihrer Umweltkosten und künftigen Knappheiten spürbar steigen, würde die Wirtschaft deutlich arbeitsintensiver produzieren. Allerdings müssten sich die meisten Arbeitskräfte – auch in qualifizierten Tätigkeiten – damit abfinden, geringer entlohnt zu werden als heute. Dies hätte auch erhebliche Auswirkungen auf die lohnbezogenen sozialen Sicherungssysteme unter anderem auf die Pensionsversicherungen. Gegen Altersarmut könnten Mindestsicherungen in das soziale Sicherungssystem integriert werden. Darüber hinaus sollten die Rahmenbedingungen so flexibel gestaltet werden, dass sich neue Beschäftigungsformen und Möglichkeiten entwickeln können. Ferner sollten sinn- und identitätsstiftende Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit stärker erschlossen und aufgewertet werden. Hierbei müssen Politik und Zivilgesellschaft zusammenwirken." Teilhabe an Erwerbsarbeit und eine rasche Wiedereingliederung im Falle von Arbeitslosigkeit, insbesondere auch von sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen, deren Arbeitsmarktchancen deutlich erhöht werden müssten, halten die Autorinnen und Autoren für wichtige Mittel, um materielle Einbußen auf alle zu verteilen: „Zwar wird es sich bei sinkender Wirtschaftskraft auch künftig nicht vermeiden lassen, dass gering qualifizierte und folglich einkommensschwache Erwerbspersonen aufgrund ihrer höheren Arbeitsmarktrisiken häufiger arbeitslos sind. Entscheidend ist jedoch, dass sie durch eine effiziente Arbeitsvermittlung sowie beschäftigungsfördernde Maßnahmen möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden und ihre Existenz aus eigener Kraft sichern können. Die Diskussion um Mindestlöhne, die Arbeitspflicht von Hartz-IV-Empfängern und die Anhebung von Hinzuverdienstgrenzen zeigt, dass die bestehenden Regelungen verbesserungsbedürftig sind." (ebd. S. 30/45).[41]

41 Als „beschäftigungsfördernde Maßnahmen" gelten – so gibt die Fußnote 34 Auskunft – z.B. Kombilöhne oder workfare-Programme, die „erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger zu gemeinnütziger Arbeit bei unverändertem Niveau der staatlichen Transferleistungen verpflichtet." (ebd.: S. 30/45)

5.4 Feministisch orientierte Beiträge zum Thema nachhaltiges Arbeiten: „Vorsorgendes Wirtschaften“ und „Subsistenzperspektive“

Grundlegende Kritik am Nachhaltigkeitsdiskurs üben die Vertreterinnen des Ansatzes „Vorsorgendes Wirtschaften“, einem Konzept, das von den Proponentinnen selbst als work in progress bezeichnet wird. Den Titel des Ansatzes hat eine Gruppe von deutschsprachigen feministischen (Wirtschafts-)Wissenschaftlerinnen gleichsam antithetisch zum vorherrschenden Wirtschaftsverständnis geprägt. Wie andere feministische Kritikerinnen der Ökonomie werfen die Vertreterinnen des „Vorsorgenden Wirtschaftens“ der Wirtschaftswissenschaft den Ausschluss der reproduktiven Tätigkeiten im Privatbereich aus der Ökonomie vor (vgl. Biesecker 1997; Hofmeister 1999; Diskussionskreis „Frau und Wissenschaft“ 1997; Jochimsen/Knobloch/Seidl 1994; Ferber/Nelson 1993): Die wirtschaftswissenschaftliche Betrachtung von Ökonomie konzentriert sich auf die marktvermittelte Geldökonomie und erfasst nicht „das Ganze des Wirtschaftens“ (Hofmeister 1999: 85, Biesecker 2008). Sie scheint gleichsam autonom zu sein gegenüber der natürlichen Mitwelt und der sozialen Lebenswelt (vgl. Biesecker 1997; Biesecker /Hofmeister 2003). Die Marktökonomie ist entsprechend der vorherrschenden ökonomischen Rationalität nur auf abstrakte Wertschöpfung ausgerichtet und nicht auf die Befriedigung von Bedürfnissen. Insofern haben sich Zweck und Mittel des Wirtschaftens verkehrt. Dagegen ist „Vorsorgendes Wirtschaften“ auf die Realisierung der Gebrauchs- und Naturwerte gerichtet (vgl. ebd.). Die geldlich vermittelten Austauschprozesse sollen in diesem Wirtschaftskonzept Mittel zur Realisierung von Lebenszwecken und nicht von abstrakter Wertschöpfung sein (vgl. ebd.). „Vorsorgendes Wirtschaften“ orientiert sich auch an anderen Handlungsprinzipien als die herrschende Geldökonomie (vgl. Jochimsen/Knobloch/Seidl 1994; Hofmeister 1999); nämlich an:

- Kooperation (statt Konkurrenz),
- Vorsorge (statt Nachsorge),
- Orientierung am Lebensnotwendigen (statt an abstrakten monetären Größen).

Die Realisierung dieser Prinzipien halten die Vertreterinnen des „Vorsorgenden Wirtschaftens“ nicht für utopisch. Vielmehr sehen sie diese bereits heute in vielen Lebensbereichen in der Erwerbsarbeit, insbesondere aber in der reproduktiven Sphäre der Haus- und Gartenwirtschaft (jedenfalls in Ansätzen), verwirklicht (vgl. Hofmeister 1999).

Für die Konzeption und Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung sind nach Einschätzung der Vertreterinnen die Ökonomie-kritischen Analysen und die Leitprinzipien des „Vorsorgenden Wirtschaftens“ eine wichtige Voraussetzung (vgl. Hofmeister 1999; Biesecker 1997). Erst eine Sichtweise auf das „Ganze des Wirtschaftens“, also ein erweitertes Ökonomieverständnis, das wirtschaftliches Handeln in die natürliche Mitwelt und die soziale Lebenswelt einbettet, ermöglicht die Entwicklung eines erweiterten, nachhaltigen Arbeitsbegriffes, der an Kooperation, Vorsorge und der

Orientierung am Lebensnotwendigen ausgerichtet ist und die gängige Trennung von produktiver und reproduktiver Arbeit kritisch hinterfragt (vgl. Hofmeister 1999; Biesecker 1997, Hofmeister/Biesecker 2003). Damit werden die Prinzipien „Vorsorgenden Wirtschaftens“ auch zum Bezugspunkt für eine Ökologisierung der bestehenden Erwerbsarbeit.

Während der Ansatz des „Vorsorgenden Wirtschaftens“ stärker an der Lösung der ökologischen Probleme interessiert ist, ist die so genannte Subsistenzperspektive dezidiert feministisch, entwicklungskritisch und global angelegt (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies/v. Werlhof 1988; Mies/Shiva 1993; Bennholdt-Thomsen/Mies 1997; Werlhof 2010). Konzeptionelle Überlegungen zum Begriff der „Subsistenz“ wurden ab Ende der 70er Jahre von einer Reihe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, u. a. von Entwicklungssoziologinnen und -soziologen an der Universität Bielefeld in Deutschland entwickelt (vgl. Hasenjürgen 1993: S. 12 ff). Empirische Studien in verschiedenen Ländern der so genannten Dritten Welt ergaben, dass die gebrauchswertorientierte Produktion für den eigenen Bedarf (Subsistenzwirtschaft), für große Teile der dort lebenden Bevölkerung, den wichtigsten Teil ihrer Reproduktion ausmacht. Diese Befunde widersprachen den Vorstellungen eines kapitalistischen Entwicklungsmodells nachholender Modernisierung, das die so genannten Entwicklungsländer dem technologischen und sozialen Stand der westlichen Industriegesellschaften angleichen sollte (vgl. Wehling 1992; zum informellen Sektor in Weltwirtschaft vgl. die Beiträge in Komlosy et al. 1997). In diesem Modell gelten alle „nicht-kapitalistischen“ Lebens- und Arbeitsverhältnisse als unterentwickelt, traditionell oder zurückgeblieben. Demgegenüber weist die so genannte Subsistenzperspektive darauf hin, dass die kapitalistische Entwicklung subsistenzwirtschaftliche Aktivitäten nicht zur Gänze durch Lohnarbeit ersetzt. Vielmehr, so die These des Subsistenzansatzes, trägt die nicht-kapitalisierte, eigenbedarfsorientierte Arbeit im Privatbereich maßgeblich zur Reproduktion der Arbeitskraft bei und ist damit notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Entwicklung (vgl. Hasenjürgen 1993). Zugleich bringt der Subsistenzansatz die gesellschaftliche Arbeitsteilung mit den Geschlechterverhältnissen in Verbindung: Dass die subsistenzwirtschaftliche Arbeit maßgeblich von Frauen geleistet wird, gehört aus dieser Sicht zu den Grundstrukturen kapitalistischer Gesellschaften.

Eine wesentliche Radikalisierung erfuhr die so genannte Subsistenzperspektive in der feministischen Subsistenzdebatte durch die Verknüpfung patriarchaler Herrschaftsstrukturen und kapitalistischer Warenproduktion. Die Verfechterinnen dieses so genannten Bielefelder Ansatzes – Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thompson und Claudia von Werlhof – führten in verschiedenen Ländern der so genannten Dritten Welt Studien über die Arbeits- und Lebensbedingungen, insbesondere von Frauen, durch (vgl. dies. z. B. 1988; Werlhof 2010). Die Autorinnen gehen davon aus, dass der weltweite Verwertungsprozess der kapitalistischen Warenökonomie alle lokalen, regionalen, nationalen Produktionsbedingungen und Gesellschaftsverhältnisse, auch Armut und die so genannte Unterentwicklung, bestimmt. Die kapitalistische

Verwertungslogik umfasst aber nicht nur die bezahlte Lohnarbeit, sondern auch die meistens von Frauen geleistete unbezahlte Reproduktionsarbeit. Sie ist notwendiger Bestandteil des kapitalistischen Systems. Dies gilt nicht nur für die so genannte erste Welt, sondern auch für die existenzsichernde Subsistenzproduktion der marginalisierten Bevölkerungsgruppen in der so genannten Dritten Welt. Diese unbezahlten reproduktiven wie subsistenzwirtschaftlichen Arbeitsleistungen sichern den Erhalt der Arbeitskraft und werden so dem Kapital einverleibt. Sie tragen zur Akkumulation des Kapitals bei und sind letztlich funktional in die kapitalistischen Verwertungsprozesse eingebunden. Die kapitalistische Aneignung der unbezahlten (Frauen-) Arbeit nennen die Autorinnen Raub, in Ergänzung zur Ausbeutung der Lohnarbeit als die zweite Aneignungsstrategie des Kapitals. Die Nicht-Bezahlung der in erster Linie weiblichen Reproduktion- und Subsistenzarbeit stellt aber eine strukturelle Abwertung von Frauen- und Subsistenzarbeit dar. Indem sie gleichsam außerhalb der gesellschaftlichen Produktionssphäre stattfindet, wird die unbezahlte Arbeit vor dem Hintergrund eines dualistischen Gesellschaft-Natur-Konzepts quasi zu einer „natürlichen Produktivität" degradiert, wird gleichsam zu einer ausraubbaren „Naturressource". Diese Naturalisierung von Produktivität ermöglicht den Analogieschluss zwischen dem kapitalistischen Raubverhältnis zur Natur, die lediglich eine Gratis-Reserve für die kapitalistische Verwertungslogik darstellt. In Sinne der Analogie zwischen der „Natursphäre" und der „natürlichen Produktivität" von Frauen- und Subsistenzarbeit in den so genannten Dritte-Welt-Ländern stellen „Frauen die letzte Kolonie" – so der Titel eines berühmten Buches der Autorinnen (1988) – des Kapitals dar. Chancen für einen feministischen Befreiungskampf und für die Neugestaltung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses sehen die Bielefelderinnen konsequenterweise bis heute einzig im Abbau des Warenkonsums zugunsten des Aufbaus einer autonomen Subsistenzproduktion (vgl. Mies/Shiva 1993; Bennholdt-Thomsen/Mies 1997; Bennholdt-Thomsen 2006).

Diese Sichtweise löste immer wieder heftige Debatten und permanente Distanzierungen, insbesondere im Kontext der westdeutschen Frauenbewegung und Frauenforschung aus (vgl. Wichterich 1993; Braidotti et al 1994; Bennholdt-Thomsen/Mies 1997). Sowohl der geforderte Verzicht auf die Annehmlichkeiten des Konsums als auch die (Wieder-) Herstellung subsistenzwirtschaftlicher Lebensweisen halten viele der Kritikerinnen des Ansatzes jedenfalls unter industriegesellschaftlichen Bedingungen für nicht durchsetzbar. Die Darstellung der traditionellen bäuerlichen Lebensweisen, insbesondere im Hinblick auf die gesellschaftliche Stellung der Frauen erscheinen Kritikerinnen idealisiert und stereotyp (vgl. Hasenjürgen 1993). Weder wird bei dem Ansatz zwischen Frauen unterschiedlicher sozialer Lagen und Herkunft differenziert, noch wird die kulturelle Bedingtheit des weiblichen Rollenstereotyps thematisiert. Grundlegende Zweifel wurden auch gegenüber der unterstellten und positiv bewerteten Naturnähe von Frauen geäußert, die den meisten öko-feministischen Ansätzen gemeinsam ist (vgl. Braidotti et al 1994; Mellor 1997). Der grundlegende Einwand aus konstruktivistischer Sicht richtet sich gegen die Vorstellung einer naturgegebenen Zweigeschlechtlichkeit, die die voraussetzungsvolle alltagspraktische Unterscheidung von Männern und Frauen

lediglich reproduziert und für unproblematisch hält (vgl. Gildemeister/Wetterer 1992). Die Problematik wird darin gesehen, dass diese Sichtweise die Geschlechterdifferenz universalisiert und essenzialisiert und die geschlechterdifferenzierende Arbeitsteilung festschreibt, statt sie als soziale Konstruktion zu erkennen (vgl. Gildemeister 2000).

Einige dieser Kritikpunkte werden auch gegenüber dem Ansatz des „vorsorgenden Wirtschaftens“ erhoben (vgl. Knapp 1997). Auch beim „vorsorgenden Wirtschaften“ wird Frauen eine besondere Nähe zu subsistenzwirtschaftlichem Handeln und Wissen zugeschrieben. Das zentrale moralische Prinzip des Ansatzes, die Vorsorge, die die herrschende Ökonomie erneuern soll, wird aus primär weiblichen Fähigkeiten des Versorgens und Vorsorgens (caring) abgeleitet (vgl. Biesecker 1997; Jochimsen/Knobloch/Seidl 1994; Hofmeister 1999; Hofmeister/Biesecker 2003). In der Auseinandersetzung mit dieser Kritik weist eine der Vertreterinnen des Ansatzes darauf hin, dass damit keineswegs essentialistische Vorstellungen eines weiblichen sorgenden Seins verbunden sind (vgl. Hofmeister 1999: S. 91). Vielmehr findet das Erlernen und Einüben von Handlungsweisen und Kompetenzen im Sinne einer vorsorgenden Ökonomie, insbesondere im Versorgungsbereich, dem primären Verantwortungsbereich von Frauen, statt. Deshalb sei Vorsorge aber nicht an sich „weiblich“ (vgl. ebd.: S. 91). Vielmehr gelte es, bei den Geschlechtern den Zugang sowohl zu erwerbs–, wie versorgungswirtschaftlichen Tätigkeiten in gleichem Umfang zu ermöglichen (ebd.). Denn letztlich gehe es darum, diese beiden getrennten Ökonomien und ihre jeweils gültigen Handlungsprinzipien im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens zu einem Ganzen zu verbinden (vgl. Hofmeister 1999; Biesecker /Hofmeister 2003; Notz 2003). Ein weiterer Kritikpunkt wirft dem Ansatz realitätsfernes Denken vor, da er von einem harmonischen Nebeneinander zweier Ökonomien ausgehe, statt deren strukturelle Abhängigkeit und asymmetrische Stellung zueinander zu erkennen (vgl. Knapp 1997; Peters 1998). Dabei wird die Wirksamkeit moralischer Forderungen für eine Veränderung der herrschenden Ökonomie und der Ausbeutung von Natur und Frauen grundsätzlich infrage gestellt (vgl. Peters 1998). Dem entgegnet etwa Sabine Hofmeister, dass das Konzept des „Vorsorgenden Wirtschaftens“ bewusst parteilich und normativ sei und dass es das Hauptanliegen sei, explizit auf die Bedeutung von Ethik und Moral für das Wirtschaften, zumal für ein nachhaltiges Wirtschaften, hinzuweisen (vgl. Hofmeister 1999: S. 91).

5.5 Solidarische Ökonomie

So wie der Debatte um „Vorsorgendes Wirtschaften“ ein normatives Konzept, nämlich das der Vorsorge zugrunde liegt, gründet die Solidarische Ökonomie auf einem anderen normativen Konzept, der Solidarität. „Solidarische Ökonomie (SÖ) bezeichnet Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen.“ (Ripess 1997, zit.n. Embshoff/Giegold 2007: S. 12). Solidarität in der Wirtschaft bedeutet, sich an den Bedürfnissen der Kooperationspartnerinnen und -partner zu orientieren, was in dia-

metralem Gegensatz zum Konkurrenzprinzip der so genannten freien Marktwirtschaft steht (vgl. Embshoff/Giegold 2008: S. 12f). Die Solidarische Ökonomie entwickelt sich auch aus der Kraft des Gegensatzes zu einer als ausbeuterisch, egoistisch und maßlos wahrgenommenen, freien Marktwirtschaft.

Eine trennscharfe Abgrenzung zu kapitalistischen oder staatlich organisierten Wirtschaftsformen ist nicht immer möglich. Gehört eine pseudodemokratische Genossenschaft eher zu solidarischer Ökonomie als ein Familienbetrieb mit stark ausgeprägter Mitbestimmungskultur? Sollen auch wirtschaftliche Akteure zur Solidarischen Ökonomie gezählt werden, die nicht selbst organisiert und kooperativ tätig sind, aber soziale Ziele verfolgen (vgl. ebd. S. 14)? Solidarische Ökonomie reicht von lokalen Betrieben (ElektrizitätsWerke Schönau, Wohngenossenschaften, etc.) bis zu international agierenden Konzernen (Corporación MONDRAGON, Fair Trade, etc.). Auch die gemeinschaftliche Produktion von freiem Wissen (Linux, Wikipedia, patentfreies Saatgut, etc.) wird zur Solidarischen Ökonomie gezählt (vgl. ebd. S. 13). Die Diversität der solidarökonomisch arbeitenden Betriebe, Institutionen, Organisationen und sozialen Bewegungen erschwert die klare Begrenzung des Begriffes.

Solidarische Ökonomie ist Teil der Alternativen zur neoliberalen Globalisierung, schreiben Embshoff und Giegold in ihrem Sammelband „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ (vgl. Embshoff/Giegold 2008: S. 15). „Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Verarmung und prekäre Beschäftigung einerseits und massive Überforderung, Leistungsdruck, Zeitarmut und Stress auf der anderen Seite prägen das Erwerbsarbeitsleben immer größerer Teile der Bevölkerung.“ (ebd. S. 15). Die Solidarische Ökonomie sieht sich als andere Form des Wirtschaftens, die ein gutes (Arbeits-) Leben mit politischen und ökologischen Zielen in Einklang bringen will.

Die Grundsätze der Solidarischen Ökonomie waren bereits in den Genossenschaftsbewegungen vor mehr als einem Jahrhundert verankert. Solidarische Ökonomie ist somit kein neues Phänomen, aber ein eine lange Zeit marginalisiertes. Doch seit dem Kongress: „Wie sollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ in Deutschland im Jahr 2006, bekam die Solidarische Ökonomie im deutschsprachigen Raum neuen Aufschwung und eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit.

Solidarische Ökonomie kann als Grundlage für eine Neuorganisation der polit-ökonomischen Beziehungen gesehen werden, die den Kapitalismus mit seinen Gewinn- und Konkurrenzstrukturen ersetzt oder aber als neben dem Kapitalismus und staatlichem Wirtschaften entstehende dritte Form der Wirtschaftsorganisation.[42] Wird Solidarische Ökonomie aus dem Blickwinkel der Überwindung des Kapitalismus gesehen, so hat die Diskussion um „Neue Arbeit“ einen völlig anderen Stellenwert. Überwindung des Kapitalismus bedeutet auch Überwindung der Lohnarbeit und ein Ende der Aneignung

42 Zur Diskussion über Solidarische Ökonomie als Gesellschaftsform vs. Solidarische Ökonomie als Selbsthilfe siehe auch Auinger Markus (2009).

des Mehrwertes der Lohnarbeit durch Kapitaleigner. Deshalb geht es den VertreterInnen Solidarischer Ökonomie nicht einfach um die Gleichstellung von Nichtlohnarbeit mit Lohnarbeit und Erwerbsarbeitszeitverkürzung, sondern um den Kampf gegen die entfremdete Lohnarbeit überhaupt (vgl. Exner 2010: S. 26).

Im Fokus dieses Kampfes steht schon seit den 1960er Jahren auch die soziale Sicherung durch Vollbeschäftigung, weil Lohnarbeit fremdbestimmt und tayloristisch in anonymen Fabriken ausgeführt werden musste (vgl. Rätz 2007: S. 272). Selbstbestimmte, emanzipatorische und sinnvolle Tätigkeiten, so der Schluss, seien in einem Wirtschaftssystem, das auf abhängige Beschäftigung beruht, nicht durchzusetzen. Beim Umbau des Wirtschaftssystems hin zur Solidarischen Ökonomie und zu einer Orientierung der Gesellschaft an Gemeingütern statt privatem Eigentum bekommt das bedingungslose Grundeinkommen eine herausragende Stellung. Es soll die Abhängigkeit der Menschen von Lohnarbeit beenden und Freiräume schaffen, die zu einer Überwindung der Lohnarbeit notwendig sind. Das bedingungslose Grundeinkommen wird nicht als Ziel einer neuen kapitalistischen Gesellschaftsordnung gesehen, sondern als Instrument um den Übergang zu einer Solidarischen Ökonomie sicherzustellen, in der ein Grundeinkommen nicht mehr nötig sein wird. Das Grundeinkommen würde dann durch ein Grundauskommen (vgl. Exner 2010: 26) ersetzt, das keine Bezahlung darstellt aber die volle Entwicklung des Individuums ermöglichen soll (vgl. Gorz 2007: S. 76) und es zugleich der Instrumentalisierung für rein ökonomische Zwecke entzieht.

Aus dieser Sicht hat Solidarische Ökonomie nicht nur die Aufgabe, die Ausbeutungsstruktur der Erwerbsarbeit zu durchbrechen, sondern auch das Ziel „die patriarchale Spaltung zwischen ‚wichtiger' und ‚unwichtiger Arbeit' praktisch (zu) überwinden" (Exner 2010: S. 26). Hier geht es nicht um „männlich" kodierte Erwerbsarbeit mit Familieneinkommen nach dem klassischen 40h Muster gegenüber „weiblich" kodierter Arbeit im häuslichen Bereich oder in der prekären Beschäftigung. In einer Marktwirtschaft wird es immer „unwichtige" und „wichtige" Arbeit geben, meint Exner, je nachdem ob sie den Verkaufs- und Konkurrenzbeziehungen des Marktes entspricht oder nicht (vgl. ebd. S. 2). Dabei ist es am Ende egal, ob „dies nun biologischen Frauen oder Männern sozial eingeschrieben wird." (ebd. S. 3). Solidarische Ökonomie hat somit die Aufgabe, die klassische Spaltung zwischen Hausarbeit und Erwerbsarbeit aufzuheben und einen neuen integrativen Ansatz zu finden.

Die befreiende Wirkung der Solidarischen Ökonomie kann sich erst in Verbindung mit bedingungsloser sozialer Sicherheit vollständig entfalten. Ohne diese Sicherheit und unter der Bedingung gegenwärtiger Konkurrenzverhältnisse, kann Solidarische Ökonomie genauso in Selbstausbeutung münden (vgl. ebd. S. 3). Das Scheitern vieler Projekte Solidarischer Ökonomie innerhalb der Konkurrenzökonomie des Kapitalismus zeigt demnach nicht unbedingt die Unterlegenheit dieser Ideen, sondern eine grundsätzliche Unvereinbarkeit mit den Prinzipien der ökonomischen Verwertbarkeit. Das bedingungslose Grundeinkommen würde zumindest die Zwänge der Existenzsicherung abbauen und damit der solidarischen Ökonomie neue Entfaltungschancen bieten

und gleichzeitig die Attraktivität und Akzeptanz dieser Wirtschaftsform tendenziell erhöhen. Abschließend muss angemerkt werden, dass viele Initiativen der Solidarischen Ökonomie nicht an den Bedingungen des Kapitalismus scheitern, sondern an ganz profanen Kommunikations- und Gruppenprozessen (vgl. Embshoff/Giegold 2008: S. 19). Insofern ist die soziokulturelle Ebene eines Umstieges auf Solidarische Ökonomie nicht zu vergessen. Solidarischer Umgang miteinander will gelernt sein und benötigt professionelle Begleitung und Ausbildung im Bereich von gruppendynamischen und gemeinschaftsbildenden Prozessen.

Solidarische Ökonomie als genereller Ersatz kapitalistischer Ökonomie ist in modernen, technologisierten Gesellschaften nirgends verwirklicht und möglicherweise auch nicht verwirklichbar. Aber sie kann als konkrete Utopie zu bewertet werden, die gesellschaftliche Relevanz im Sinne eines Leitbildes bekommen könnte. Die Proponenten und Publikationen aus diesem Bereich stammen aus dem Umfeld sozialer Bewegungen bzw. deren wissenschaftlicher Beiräte (vgl. Altvater/Sehler 2006) und aus dem Umfeld alternativer und unabhängiger Gewerkschaften (vgl. Exner 2010). Eine Übernahme dieser Diskussion in die Tagespolitik durch Gewerkschaften oder Parteien ist allerdings derzeit nicht zu erkennen, obwohl die Linke in Deutschland Grundeinkommensmodelle diskutiert. Solidarische Ökonomie spielt dabei allerdings keine Rolle, genau so wenig wie Arbeitskonzepte, die über Erwerbsarbeit hinausgehen (vgl. Programmentwurf der Partei DIE LINKE, 21.06.2010). Die Durchsetzung dieser Forderungen kann und soll aber auch nicht top down erwartet werden, meinen Vertreterinnen und Vertreter der Solidarischen Ökonomie. Solche Erwartungen würden die Funktion des Staates und seine Interessen im gegenwärtigen System verklären. Ein derart massiver Umbau der ökonomischen Grundstrukturen der Gesellschaft, würde jedenfalls politische Dynamiken erfordern, die nur von interessierten Menschen und deren Gemeinschaften bzw. Zusammenschlüssen in Bewegung gesetzt werden können (vgl. Rätz 2007: S. 276).

Solidarische Ökonomie kann – wie schon erwähnt – auch in einem komplementären Verhältnis zu staatlich reguliertem, kapitalistischem Wirtschaften gesehen werden. Die real existierenden Projekte Solidarischer Ökonomie sind im Grunde genommen alle innerhalb dieser Sparte anzusiedeln, auch wenn sie langfristig andere Verhältnisse herbeiführen wollen. Real existierende solidarökonomische Projekte können lokal durchgeführt werden und vor Ort den Wandel sichtbar und erfahrbar machen. Wenn sie erfolgreich sind (wie etwa gemeinschaftlich-genossenschaftliche Wohnprojekte, Energiegenossenschaften, Bürgersolarprojekte, Ethische Genossenschaftsbanken, etc.), sich als lernfähig erweisen und langfristig funktionieren, können sie im Sinne sozialer Experimente durchaus beispielhafte Wirkung haben. Sie zeigen auf, dass Wirtschaften auch anders denkbar und realisierbar ist. Als Orte gelebter Solidarität und Demokratie haben diese Unternehmungen „eine eigene Bedeutung im Kampf gegen die Politik des Neoliberalismus." (Embshoff/Giegold 2008: S. 22). „Solidarität funktioniert", ist ihre Kernaussage und sie ermöglichen reale Alternativen zum kapitalistischen Konkurrenz- und Gewinnmaximierungsprinzip.

Eine grundlegende Problematik der Solidarischen Ökonomie innerhalb kapitalistischer Produktionsstrukturen ist die Gefahr der Kooption durch konservative und neoliberale Politiken. „Die Rede von »Selbsthilfe« …, »Eigenverantwortung« … und »freiwillige Solidarität« gehören (sic!) seit jeher zu den neoliberalen Rezepten." (Embshoff/Giegold 2008: S. 20). Insofern kann Solidarische Ökonomie dazu beitragen, sozialstaatliche Sicherungssysteme zu untergraben. Hier sei eine klare Abgrenzung zu neoliberalen Initiativen individualisierter Sicherungssysteme zu schaffen. Solidarische Ökonomie könne die Aufgaben universeller Sicherungssysteme nicht übernehmen, zum einen, weil nicht alle Menschen sich gegenseitig helfen wollen und zum anderen, weil sie über keine Umverteilungsmechanismen verfügt. Solidarische Ökonomie strebt nicht den Ersatz von sozialstaatlichen Sicherungssystemen an, sondern deren Ausbau und kann durch das Vorleben von solidarischen Alternativen auch neue, allgemein verbindliche Standards setzen.

Das vorrangige Anliegen der Vertreterinnen und Vertreter dieser Strömung innerhalb der Solidarischen Ökonomie ist der Kampf gegen den Neoliberalismus und nicht die Ersetzung des kapitalistischen Systems als Ganzes. Deshalb ist die Weiterentwicklung der Solidarischen Ökonomie in den letzten Jahren auch stark mit der Ausbreitung der globalisierungskritischen und sozialen Bewegungen verbunden. Jede progressive Bewegung braucht eine „ökonomische Infrastruktur", meinen Embshoff/Giegold (vgl.: S. 20). Die Solidarische Ökonomie könne diese Infrastruktur für die globalisierungskritischen und sozialen Bewegungen darstellen. In diesem Sinne könne die Solidarische Ökonomie auch Impulse für neue Gewerkschaftspolitiken geben, wenn es darum geht, sich über die tagespolitischen Themen hinaus neue Horizonte zu erarbeiten.

5.6 Transition Town Initiative (TTI)

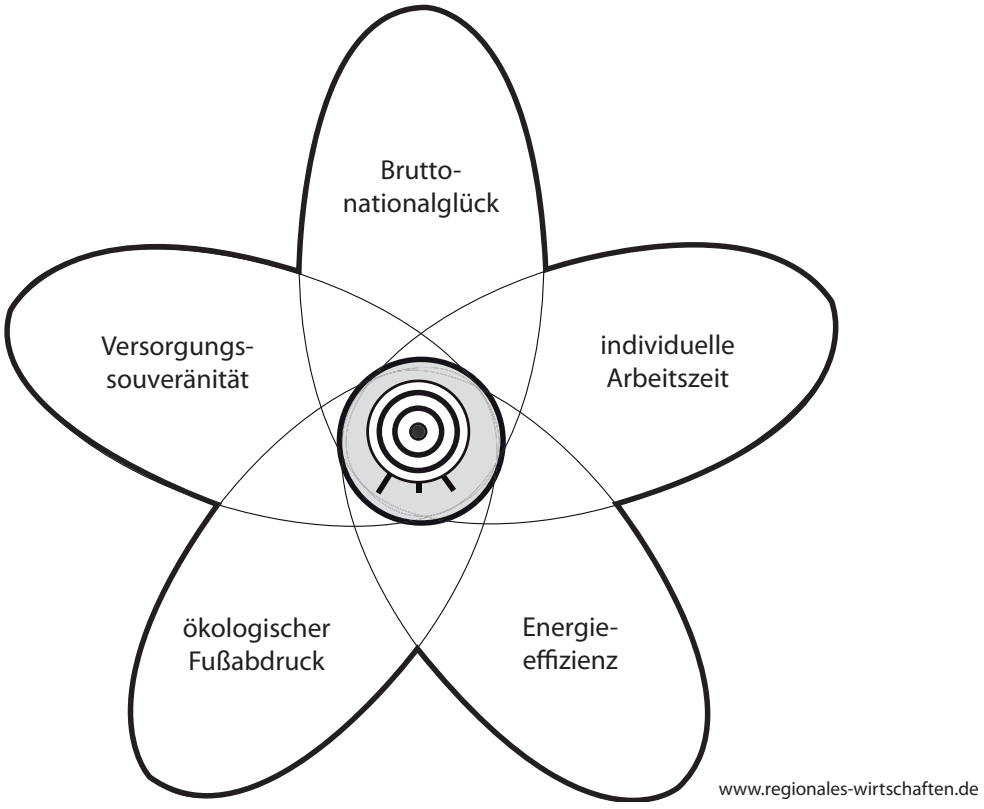
Eine Nachhaltigkeitsinitiative, die in den letzten Jahren großen Zulauf gefunden hat, ist die so genannte „Transition Town Initiative" (TTI). Ihr Hauptanliegen ist das Zusammendenken von Klimawandel und dem so genannten „Peak Oil". Der Klimawandel macht ein Umdenken erforderlich, das die Menschheit mittelfristig aus der von fossilen Brennstoffen abhängigen Wirtschaft führt. „Peak Oil" mache dieses Umdenken noch dringlicher und die Realisierung von regionalen „grassroot" Initiativen zum vorrangigen Ziel. Inzwischen gibt es weltweit circa 1000 TTI, 17 davon in Deutschland.[43] Die Hauptfrage, die sich die TTI stellt ist: „Wie können wir für alles, was die Gemeinde braucht, um sich zu erhalten und zu gedeihen, die energetische und ökonomische Autonomie deutlich erhöhen (um den Peak Oil Schock abzufedern) und die Kohlendioxidemissionen drastisch reduzieren (um den Klima-Schock zu verringern)?"[44]

43 Vgl. TTI Website: (download Juli 2010: http://www.transitiontowns.org),.

44 Vgl. download Juli 2010: http://transitionaustria.ning.com/group/transitionklagenfurt

Energetische Autonomie dürfte einfacher erreichbar sein als ökonomische. Es gibt bereits eine Reihe energieautarker Regionen, Städte und Gemeinden, die als Vorbilder dienen und demonstrieren, dass diese Vision realisierbar ist. Dagegen ist die ökonomische Autonomie schwieriger umzusetzen, weil sie der derzeitigen Wirtschaftsform diametral entgegensteht, denn sie setzt auf regionales, kleinstrukturiertes Wirtschaften, anstatt globalisierter „Economies of scale". Sie baut auf solidarisches und kooperatives Miteinander, statt auf Gewinn und Konkurrenz. Sie überlegt sich regionale Tauschwährungen, statt Großwährungsräume mit handelbaren Währungen. Sie stellt derzeitige politökonomische Machtkonstellationen in Frage und erfindet neue Organisationsformen, die hegemonialen Machtstrukturen außer Kraft setzen (vgl. im Überblick Abbildung 3).

Abbildung 3: Integrierte Sichtweise auf Wirtschaft von Transition Town Initive (TTI) (download Juli 2010: http://www.peak-oil.com/suffizienz.php)



Ökonomische Autonomie bedeutet also Gesellschaftsveränderung in radikaler Form, damit wird auch die Position klarer, die die TTI zum Thema erweiterte Arbeitskonzepte impliziert. Eine autonome Ökonomie ist mit den derzeitigen Arbeitsverhältnissen, mit Vollerwerbsarbeit und Massenarbeitslosigkeit genau so wenig vereinbar, wie mit der Entfremdung von Arbeit. Auch wenn die TTI keine eigenen theoretischen Zugänge zum Thema Arbeit entwickelt haben, gibt es doch Anklänge zu neuen Arbeits-

konzepten, wie jenes von Frithjof Bergmann.[45] „Was will ich wirklich wirklich?“ – wie es Frithjof Bergmann (2004) ausdrückte – ist die Frage, die sich die TTI stellt, wenn es darum geht, über die Effizienzebene hinauszudenken und sich über Suffizienz Gedanken zu machen. Dort wird neu verhandelt, was Wohlstand und Glück bedeuten und wie sie zu erreichen sind und dort hat die Diskussion über Zeitwohlstand, die aus der Debatte über erweiterte Arbeitskonzepte stammt, ihren Platz. Den Autorinnen und Autoren dieser Studie sind keine TTI bekannt, die erweiterte Arbeitskonzepte oder Ansätze einer Tätigkeitsgesellschaft explizit zum Ziel gemacht hätten. Trotzdem scheinen diese Initiativen Raum zu bieten, in dem solche Konzepte reifen könnten. Projekte wie „Community Gardening“, Bürgerinnen- und Bürgersolarprojekt oder die gemeinschaftliche Errichtung von Windrädern bieten für die beteiligten Akteurinnen und Akteure Erfahrungsmöglichkeiten, auch im Hinblick auf neue Arbeitsformen.

45 Vgl. (download Juli 2010: http://www.peak-oil.com/suffizienz.php)

6. Resümee: Von der (Erwerbs-)Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft?

Die vorliegende Studie stellte Konzepte und Initiativen zur Durchsetzung eines erweiterten Arbeitsbegriffs vor. Es wurde festgestellt, dass diese insbesondere im aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurs Beachtung finden. In der abschließenden Diskussion sollen die vorgestellten Entwürfe hinsichtlich folgender Fragen betrachtet werden: Inwieweit können die Ansätze und Initiativen den Wandel von einer Erwerbsarbeitsgesellschaft hin zu einer Tätigkeitsgesellschaft wirklich fördern? Wer sind mögliche Akteure? Mögliche Risiken und offenen Fragen? Generell ist zu bedenken, ob sie die Komplexität des fordistischen Transformationsprozesses hinreichend berücksichtigen; inwieweit sie Genderfragen, Fragen der sozialstaatlichen Sicherung, Fragen nach der ökologischen Verträglichkeit und solche nach der hohen Bedeutung von Erwerbsarbeit (vgl. Senghaas/Knobloch 1998: S. 13ff) angemessen integrieren.

Die Antworten auf den fordistischen Transformationsprozess beziehen sich in den hier behandelten Studien vor allem auf die Krise des Sozialsystems. Das Sozialsystem, jedenfalls konservativer Wohlfahrtsstaaten, beruht noch immer in erster Linie auf dem fordistischen Normalarbeitsverhältnis und der dazugehörenden Lebensweise mit Kleinfamilie, Familienernährer und Hausfrau. Fraglich ist, wie das Sozialsystem an die Anforderungen flexibler, prekärer, destabilisierter und ungeschützter Arbeit anpasst werden kann und gleichzeitig neue Lebensentwürfe jenseits der Kleinfamilie berücksichtigt werden können? Feministische Zugänge und auch solche, die die soziale Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen, gehen hier mit ihren Forderungen weiter als andere Konzepte. Sie fordern eine Loslösung der sozialen Sicherung von der Erwerbsarbeit. Dies kann in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens erfolgen, beinhaltet aber auch andere Bereiche wie Bildungs- und Fortbildungsrechte außerhalb der Erwerbsarbeitsverhältnisse. Selbst weniger radikale Konzepte verlangen eine Stärkung des Sozialsystems, stellen aber die Verbindung mit der Erwerbsarbeit nicht grundsätzlich in Frage. In diesen Konzepten geht es mehr um eine bessere Absicherung mittels höherer Grundsicherung und um die Anpassung des staatlichen Sozialsystems sowie gewerkschaftlich ausgehandelter Leistungen an neue Lebens- und Familienentwürfe, lebenslanges Lernen, Kinder- und Altenbetreuungszeiten, etc..

Von feministischer Seite gibt es aber Kritik an der fortwährenden Trennung von reproduktiver und produktiver Arbeit (vgl. Biesecker/Hofmeister 2003), weil diese gedankliche Trennung automatisch Hierarchien schaffe. Dagegen soll die Produktivität des Reproduktiven in den Vordergrund gestellt werden (vgl. ebd.), Arbeit als Gesamtarbeit gesehen werden und Wirtschaft auch den Bereich umfassen, der nicht monetär bewertet ist. Kritik wird im Weiteren an Konzepten geübt, die eine automatisierte Gleichstellung zwischen Männern und Frauen allein durch die faire Verteilung der Erwerbsarbeit erwarten. Erwerbstätige Frauen müssen Mehrfachbelastungen durch Erwerbs-, Haus-

und Versorgungsarbeit bewältigen. Eine automatische Gleichverteilung der reproduktiven Nichterwerbsarbeit, durch eine erhöhte Erwerbsintegration von Frauen ist nicht zu erwartet, denn letztlich basiert die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur auf formale, gesetzliche Gleichstellung, sondern realisiert sich in sozialer Praxis. Wenn neue Arbeitskonzepte diese sozialen Praxen (Routinen, Zuschreibungen) sowie Herrschaftsverhältnisse nicht berücksichtigen, werden neue Ungleichheiten entstehen bzw. alte fortgeschrieben (Klinger/Knapp/Sauer 2005, Knapp/Wetterer 2001).

Unklar bleibt bei allen vorgestellten Ansätzen die Frage nach der Bedeutung von Erwerbsarbeit in einer Tätigkeitsgesellschaft. Die nach wie vor zentrale Bedeutung von Erwerbsarbeit in allen ihren Funktionen spiegelt sich in den erweiterten Arbeitskonzepten nur zum Teil wider (vgl. SOFI/IAB/ISF München/INIFES 2005). Nach Senghaas-Knobloch sind vier Funktionen der Erwerbsarbeit zu unterscheiden (Senghaas-Knobloch 1998: S. 13 ff):

- Erwerbsarbeit als Quelle der individuellen Einkommenssicherung:

Insbesondere aufgrund der steigenden Erwerbsquote der Frauen in den Industrieländern folgert Senghaas-Knobloch: „Gesamtgesellschaftlich drückt sich eine Tendenz zur Individualisierung, d. h. zur Relativierung tradierter Einschränkungen, Bindungen und Verpflichtungen zugunsten selbstverantwortlicher Lebensplanung aus. Eigene Erwerbsarbeit als Chance zur individuellen ökonomischen Existenzsicherung mit Hilfe eines individuell erworbenen Einkommens hat an Bedeutung zugenommen: Mehr Menschen als je zuvor melden in den Industrieländern einen Anspruch auf Erwerbsarbeit als Zugang zu einem unmittelbar selbst erworbenen eigenen materiellen Einkommen an." (ebd. 1998: S. 11).

- Psychosoziale Funktionen von Erwerbsarbeit:

Erwerbsarbeit ist ein zentrales Moment der personalen Identität und trägt zur psychischen Gesundheit und zur sozialen Anerkennung bei. Sie dient der Zeitstrukturierung, erweitert den Horizont und ist Antrieb zu Aktivität. Die Bedeutsamkeit dieser Funktionen wird insbesondere beim Verlust von Erwerbsarbeit, in der Arbeitslosigkeit klar. In den meisten Fällen ist dieser Verlust nicht durch das Engagement außerhalb der Erwerbsarbeit wettzumachen. Jedenfalls sind es statistisch betrachtet in erster Linie Erwerbstätige, die sich z. B. ehrenamtlich engagieren (vgl. Heinze/Keupp 1997).

- Erwerbsarbeit als Grundlage der wohlfahrtstaatlichen Arrangements:

Bei aller Verschiedenheit ist in den einzelnen Industriegesellschaften die soziale Sicherung (Rente, Arbeitslosenunterstützung, etc.) in der Regel an Erwerbsarbeitszeiten gebunden. Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten oder Pflegetätigkeiten sowie die Privilegierung der ehelichen Lebensform ändern nichts an diesem Grundprinzip.

- Erwerbsarbeit als Voraussetzung bürgerschaftlicher Integration:

Bürgerschaftliche Integration meint die gleichberechtigte Einbeziehung und die soziale Anerkennung von Menschen als Mitglieder eines Sozialwesens. Sie ist an die kulturelle und soziale Bewertung von Tätigkeiten gebunden und erfolgt heute in erster Linie über Erwerbsarbeit. Erwerbsarbeit wird als Quelle der Versorgung mit notwendigen Gütern/Dienstleistungen und der gesellschaftlichen Wertschöpfung gesellschaftlich höher bewertet als andere gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten (Hausarbeit, Familienarbeit, Ehrenamt, freiwilliges Engagement, etc.).

Während die Frage der Einkommenssicherung und des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements von den meisten dargestellten Ansätzen relativ ausführlich behandelt werden, werden die psychosozialen Funktionen der Erwerbsarbeit und ihre Bedeutung für die bürgerschaftliche Integration weitaus weniger kommentiert. Wenn Erwerbsarbeit quasi als alleinige Quelle für diese Funktionen immer mehr versiegt und demgegenüber diese Funktionen aus der Nichterwerbsarbeit geschöpft werden sollen, ist ein grundlegender soziokultureller Wandel notwendig.[46] Wie dieser Wandel in Gang gesetzt werden soll und wer die Träger dessen sein sollen, wird in den meisten Studien nicht konkretisiert. Einzig das deutsche „Denkwerk Zukunft" sieht diese Fragestellung als zentral an und bemüht sich in einem Netzwerk von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mögliche Ansatzpunkte zu finden. Auch F. Bergmann weist immer wieder darauf hin, dass Sinnstiftung jenseits der Erwerbsarbeit, herauszufinden „was man wirklich, wirklich will" (Bergmann 2004), eine schwierige und mitunter langwierige Aufgabe ist. Zur Unterstützung bei diesem individuellen Selbstfindungsprozess verweist er auf die Einrichtung von Arbeitsgruppen.

Festzuhalten ist auch, dass die meisten Autorinnen und Autoren eine monetäre Inwertsetzung der Nichterwerbsarbeit und damit die Kommodifizierung von Bürgerinnen- und Bürger-, Haus-, und Care-Arbeit ablehnen. Daher ist nicht nur die Frage, wie die Existenz- und Teilhabesicherung von Erwerbsarbeit abgekoppelt werden kann, bedeutsam, sondern auch die, ob die Abhängigkeit der Existenz- und Teilhabesicherung überhaupt von monetären Werten getrennt werden kann. Es ist zu vermuten, dass so lange die Gleichberechtigung aller Tätigkeiten in der Gesellschaft soziokulturell und materiell nicht verankert ist, die Realisierung eines erweiterten Arbeitsverständnisses, also einer Neubewertung von Arbeit zu neuen Konfliktlinien zwischen Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten führen wird. Zur Diskussion stehen etwa die Fragen wie Erwerbsarbeit mit anderen Tätigkeiten verschränkt werden soll und welche neuen Grenzen gezogen werden können? Die gegenwärtigen Diskussionen um 1-Euro-Jobs oder Kombilohn markieren erst den Anfang dieser Debatte. Egal welche Lösungen angeboten werden – seien es Mindestlohn, negative Einkommenssteuer, bedingungsloses Grund-

46 Zur Frage, was es für die Einzelnen persönlich bedeutet, die eigenen Werte auf eine Tätigkeitsgesellschaft mit erwerbsarbeitslosen Einkommen zu ändern siehe: Lieger (2006): Von Arbeit und Leistung zu Freiwilligkeit und Füllebewußtsein: Gedanken zu Wertewandel und Grundeinkommen. In: (download: Juli 2010: http://homepage.univie.ac.at/nicole.lieger/aw/arb.pdf)

einkommen und/oder eine eigene (Zeit)Währung für soziale bzw. gesellschaftlich wichtige Arbeit – es bleiben auf jeden Fall die grundlegenden Konfliktlinien erhalten, solange es keine befriedigenden und gesellschaftliche akzeptierten Alternativen zur Erfüllung der oben genannten vier Funktionen der Erwerbsarbeit gibt. Anzumerken ist auch, dass seitens der Frauen- und Geschlechterforschung durchaus Argumente für die Kommodifizierung der überwiegend von Frauen geleisteten Care-Arbeit als probates Mittel zur Sichtbarmachung dieser Arbeitsleistungen und Neubewertung von Arbeit vorgebracht werden (im Überblick Kreimer 2009).

Auf die eingangs gestellte Frage nach den möglichen sozialen Innovationen erweiterter Arbeitskonzepte, fällt die Bewertung auf der Basis der vorliegenden Literatur eher skeptisch aus. Die Erweiterung des vorherrschenden erwerbsarbeitszentrierten Arbeitskonzeptes ist weit davon entfernt, gesellschaftlich akzeptiert zu sein. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in der Berechnung der Kennzahlen der gesellschaftlichen Wirtschaftsleitungen (BIP, BSP etc.) wider, die nur auf dem formellen Sektor beruhen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der gesamten gesellschaftlichen Arbeit bzw. an allen Tätigkeiten, die Loslösung sozialer Sicherungssysteme von der Erwerbsarbeit, die Anerkennung sozialer Rechte wie Pensionsansprüche oder Bürgerinnen- und Bürgergeld aufgrund erwerbsarbeitsferner Tätigkeiten, die Integration neuer Lebensentwürfe in Lebensarbeitszeit und andere Ideen der hier behandelten Autorinnen und Autoren, können zu sozialen Innovationen führen, wenn sie sich in der Praxis bewähren. Geht man von einem Verständnis sozialer Innovationen aus, das bereits realisierte und erfolgreiche Ideen ins Zentrum stellt, lassen sich allenfalls erste Umsetzungsversuche etwa in einzelnen Projekten der Solidarischen Ökonomie, der Transition Town Initiatives etc. erkennen.[47] Inwieweit diese strukturelle Veränderungen bewirken können, ist schwer abschätzbar. Verfolgt man aber die Tagespresse, so ist immerhin festzustellen, dass einige der dargelegten Vorschläge inzwischen eine erhöhte Medienpräsenz erfahren (z.B. Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzung, neue Indikatoren für die Messung der gesellschaftlichen Wohlfahrt).

Diese Überlegungen führen zur Frage nach den Akteuren, die die Umsetzung der vorgestellten Konzepte befördern sollen. In vielen der untersuchten Ansätze wird der Staat als regulierender Akteur, wenn nicht explizit so doch implizit, auf den Plan gerufen (vgl. BUND/Misereor 1996; BUND/EED 2008; Miegel 2010; Stahmer 2006, 2007, 2009). Mit Scherhorn lässt sich argumentieren, dass es zurzeit von den traditionell zuständigen Akteuren wenig Interesse an erweiterten Arbeitskonzepten gibt. Nach seiner

47 „Auf soziale Entwicklungen zielende Ideen werden zu sozialen Innovationen, wenn sie besser funktionieren als ältere oder andere neue Konzepte, daher akzeptiert, in Gebrauch genommen und dadurch wirksam werden. Es kann sich dabei um neue Beteiligungs- oder Entscheidungsregeln in sozialen Prozessen, kommerziell oder unentgeltlich angebotene Dienstleistungen mit Einfluss auf die soziale Lage bestimmter Bevölkerungsgruppen, um veränderte Verhaltensmuster oder soziale Vorsorgekonzepte handeln. Wenn durch Anwendung und Verbreitung aus einer sozialen Idee eine soziale Innovation wird, trägt diese zur Bewältigung konkreter Problemstellungen und zur Befriedigung eines in der Gesellschaft vorhandenen Bedürfnisses bei, welches selbst neu sein oder schon lange bestehen kann. Soziale Innovationen sind Teil kultureller Veränderungen und des sozialen Wandels, den sie graduell beeinflussen können.“ (Hochgerner 2008: 1f, vgl. auch Kesselring/Leitner 2008: S. 11-30)

Einschätzung kämpfen die Gewerkschaften aus einer geschwächten Position in erster Linie gegen die Verringerung von Einkommen und den Erhalt von Arbeitsplätzen (vgl. Scherhorn 2005: S. 240). Da Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich utopisch erscheint, wird diese allenfalls als zeitlich beschränkte Krisenintervention eingesetzt (z.B. bei Kurzarbeit). Innovative Ansätze wie die Strategie des DGB für eine „Gute Arbeit", die Arbeitszeitverkürzung und die Erweiterung des Arbeitskonzeptes zwar theoretisch in Betracht zieht, lässt das Thema dann aber praktisch außer Acht. Dennoch gibt es vereinzelt Strömungen innerhalb der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbewegung, wie etwa die Katholische Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbewegung Deutschland, die Diskussionen hin zu einer Tätigkeitsgesellschaft anregen und sich aktiv dafür einsetzen (vgl. KAB 2005).

Der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspolitik geht seit den letzten 20 Jahren einhellig in Richtung Senkung der Arbeitskosten und plädiert für eine Verlängerung der Arbeitszeit zur Ankurbelung der Konsumnachfrage (vgl. Scherhorn 2005: S. 240). Politik und Staat setzen primär auf Wirtschaftswachstum als Strategie gegen Arbeitslosigkeit. Dies wird auch in der gegenwärtigen Krise als Allheilmittel propagiert. Das Thema Arbeitszeitverkürzung erscheint als eine Art Joker, den man konjunkturabhängig aus dem Hut zaubert und bei Bedarf wieder verschwinden lässt.

Entgegen diesem eklektischen Umgang mit dem Thema Umverteilung von Arbeit plädiert Attac für ein „politisches Projekt, in dem Gewerkschaften, Sozialprotest-Initiativen, linke Strömungen in den Parteien, Kirchen und Attac motiviert werden" zusammen für ein Projekt von Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und Grundeinkommen zu kämpfen (Krull/Massarrat/Steinrücke 2009: 12 in dem Reader der Gruppe „Arbeit-FairTeilen"). Erweitert werden könne die Allianz von der Frauenbewegung (vgl. ebd. S. 9) und aufgeschlossenen Teilen der Mittelschicht (vgl. ebd. 24). Attac setzt sich für einen Zusammenschluss der Zivilgesellschaft mit einzelnen Sympathisanten in den Parteien ein, um so den Druck zu erhöhen und erweiterte Arbeitskonzepte umsetzen zu können. Diese Forderung liest sich recht unbestimmt; dementsprechend ist diese Allianz auch noch nicht in Sicht und scheint weder bei Attac noch bei den Gewerkschaften oder Kirche Priorität zu haben.

Insgesamt lässt sich dennoch in den letzten zehn Jahren, dem Betrachtungszeitraum, durchaus ein Diskursfortschritt erkennen, jedenfalls im Umfeld der Nachhaltigkeitsdiskussion. Setzt man den Beginn der Debatte um eine nachhaltige Entwicklung 1987 mit dem Erscheinen des sog. Brundtlandreports an, so hat es gut dreizehn Jahre gedauert bis (nachhaltige) Arbeit überhaupt thematisiert wurde (im Überblick Littig 2001, 2002). In der Zwischenzeit wird die HBS-Studie „Ökologie und Arbeit" aus dem Jahr 2000, die als Pionierstudie gelten kann, über die Grenzen Deutschlands hinaus und auch von einem breiteren Publikum rezipiert. Das zeigen jedenfalls die Referenzen in den entsprechenden Literaturlisten. Auch auf rezenten einschlägigen, politikrelevanten Tagungen und Konferenzen wird das Thema nachhaltige Arbeit und die Neu-

bewertung von Arbeit verstärkt aufgegriffen (z.B. DGB Kapitalismus-Kongress 2009, Denkwerk Zukunft 2009[48], Forum Alpbach 2010[49]).

Trotz der dargelegten skeptischen Einschätzungen könnten erweiterte Arbeitskonzepte, auch wenn sie oftmals normativ und programmatisch ausgerichtet und wenig konkret sind, eine stärkere öffentliche Beachtung über wissenschaftliche, feministische und Insider-Fachkreise hinaus erfahren. Unterstreichen soll diese Vermutung die Beobachtung, dass Initiativen zum Thema „ArbeitFairTeilen" (Attac; Bündnis 90/Die Grünen) sehr um Öffentlichkeit bemüht sind, dass die Katholische ArbeitnehmerInnen Deutschlands in einem Diskussionspapier für eine „Tätigkeitsgesellschaft" plädiert, auch das österreichische Lebensministerium sich mit seiner Reihe Zukunftsdossiers (2010a und b) dieser Themen annimmt und international wissenschaftlich ausgewiesene Akteure mit ihrer Expertise (z.B. Tim Jackson, Reinhard Miegel) einen nicht unwesentlichen Einfluss auf politische Entscheidungsträger geltend machen können.

Wie weit diese Einflussnahme geht oder allgemeiner, wie es um die Rezeption erweiterter Arbeitskonzepte bei maßgebenden politischen Akteuren (Entscheidungsträgerinnen und -träger, Meinungsbildnerinnen und -bildner, Gewerkschaftsfunktionäre, NGOs) bestellt ist, wäre eine interessante empirisch zu untersuchende Fragestellung.

48 (download im August 2010: http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/aktivitaeten/index/Konferenz)
49 (download im August 2010: http://alpbach.org/index.php?id=1006)

7. Literatur

Angelo, S./Grisold, A. (1999): Zur Verteilung von Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern - eine internationale Betrachtung. In: Kurswechsel, 4, S. 65-78.

Altvater, E./Mahnkopf, B. (1996): Grenzen der Globalisierung, Münster.

Altvater, E./Mahnkopf, B. (2004): Globalisierung der Unsicherheit: Arbeit im Schatten. Schwarzes Geld und informelle Politik, Münster.

Altvater, E./Sekler N. (2006) (Hrsg.): Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, Hamburg.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2008): MEMORANDUM 2008. Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht. Alternativen zur Bedienung der Oberschicht. In: (download Juni 2010: http://www.memo.uni-bremen.de/docs/memo08-kurz.pdf)

Arendt, H. (1981): Vita activa oder Vom tätigen Leben, München.

Auinger, M. (2009): Introduction: Solidarity Economics – emancipatory social change or self-help? In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik (Hg.) Solidarische Ökonomie zwischen Markt und Staat. Gesellschaftsveränderung oder Selbsthilfe? [JEP (Journal für Entwicklungspolitik) XXV 3(2009)], Wien.

Aulenbacher, B./Funder, M./Jacobsen, H./Völker, S. (2007): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog, Wiesbaden.

Aulenbacher, B./Riegraf, B. (2009): Markteffizienz und Ungleichheit – zwei Seiten einer Medaille? Klasse/Schicht, Geschlecht und Ethnie im Übergang zur postfordistischen Arbeitsgesellschaft. In: Aulenbacher, B./Wetterer, A. (Hrsg.): Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung, Münster, S. 230-248.

Beck, U. (1986): Risikogesellschaft, Frankfurt.

Becke, G. (Hrsg.) (1998): Soziale Nachhaltigkeit in flexiblen Arbeitsstrukturen. Problemfelder und arbeitspolitische Gestaltungsperspektiven, Münster.

Becker, I. (1998): Vergleich und Bewertung alternativer Grundsicherungskonzepte. In: WSI Mitteilungen, 11, S. 747-757.

Becker-Schmidt, R. (2007): Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse in Bewegung. In: Aulenbacher et al., S. 250–268.

Beckmann, S. (2008): Geteilte Arbeit? Männer und Care-Regime in Schweden, Frankreich und Deutschland, Münster.

Behning, U. (Hrsg.) (1997): Das Private ist ökonomisch. Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien- und Dienstleistungen, Berlin.

Bennholdt-Thomsen, V. (2006): Subsistenzwirtschaft, Globalwirtschaft, Regionalwirtschaft. In: Jochimsen, M.A./Knobloch, U. (Hg.): Lebensweltökonomie in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung, Bielefeld, S. 65-88.

Bennholdt Thomsen, V./Mies, M. (1997): Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive, München.

Bennholdt-Thompson, V. /Mies, M./Werlhof, C. v. (1988): Women: the Last Colony, Zed Press, London.

Berger G./Gjoksi N. (2010): Linking economic growth and sustainable development: Strategies, initiatives and activities on the international, EU and national level. ESDN Case Study No. 1. In: (download Juni 2010: www.esdn.eu/pdf/.../01_Case%20Study_Growth%20_SD_FINAL.pdf)

Bergmann, F. (1997): Die neue Arbeit. Skizze mit Vorschlag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 48, 910, S. 524-534.

Bergmann, F. (1998a): New Work. Neue Arbeitszeitmodelle für die Zukunft. In: Zukünfte, 23, S. 18-19.

Bergmann, F. (1998b): Raum der Möglichkeiten. In Zentren für Neue Arbeit zukunftsfähige Lebensstile ausprobieren. In: Politische Ökologie, Heft 54, S. 55-58.

Bergmann, F. (2004): Neue Arbeit, neue Kultur, Freiamt/Schwarzwald.

Beyon, H./Nichols, T. (Hrsg.) (2006): Patterns of Work in the Post-Fordist Era. Fordism and Post-Fordism, Vol. II, Cheltenham.

Bielinsky H./Wagner A. (2002): Wie die Europäer arbeiten wollen. Erwerbs- und Arbeitszeitwünsche in 16 Ländern, Frankfurt am Main.

Biesecker, A. (1997): Für eine vorsorgende Wirtschaftsweise notwendige (neue?) Institutionen. In: Diskussionskreis "Frau und Wissenschaft" (Hrsg.), S.53-77.

Biesecker, A./Hofmeister (2003): (Re)Produktivität: Der „blinde" Fleck im Diskurs zu Nachhaltiger Entwicklung. In: Hofmeister, S./Karsten, M.-E./Mölders, T. (Hrsg.) (2003): Zwischentöne gestalten. Dialoge zur Verbindung von Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit, Opladen, S.38-56.

Biesecker, A. 2008: Kürzer Arbeiten – besser für die Umwelt. Arbeitszeitverkürzung und Ökologie, S.55-76. In: Zimpelmann, B./Endl, Hans-L. (2008): Zeit ist Geld. Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung, Hamburg.

BMFSFJ/Statistisches Bundesamt (2003): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02.

Boltanski, L./Chiapello, E. (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.

Bontrup H.-J./Niggemeyer L./Melz J. (2007): Arbeitfairteilen. Massenarbeitslosigkeit überwinden. In: AttacBasisTexte 27, Hamburg.

Bosch, G. (Hg.) (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt, Frankfurt am Main/New York.

Braidotti, R./Charkiewicz, E./Häusler, S./Wieringa, S. (1994): Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis, London (Zed Books in association with INSTRAW).

Brand, U./Raza, W. (Hrsg.) (2002): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster.

Brand, U. (2009): Die multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Anforderungen an progressive Politik, Heinrich Böllstiftung (Hrsg.). (download Juni 2010: http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/multiple_krisen_u_brand_1.pdf)

Brandl, S./Hildebrandt, E. (2002): Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit, Opladen.

Brödner P. 1999: Innovationsfähigkeit – unternehmerische Grundlage der Vorauswirtschaft. In: Brödner P., Helmstädter E., Widmaier B. (Hrsg.): Wissensteilung. Zur Dynamik von Innovation und kollektivem Lernen, München und Mehring.

Bröckling, U. (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt am Main.

BUND/Misereor (Hg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel/Boston/Berlin.

(BUND) Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) „Brot für die Welt" (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Frankfurt am Main.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Krisen bewältigen – für einen grünen New Deal, 28. Bundesdelegiertenkonferenz Erfurt, 14.-16. November 2008. In: (download Juni 2010: www.gruene-partei.de/cms/default/.../258004.gruener_new_deal.pdf).

Castells, M. (1996): The Rise of the Network Society, Vol.I, The Information Age. Economy, Society, and Culture, Blackwell.

Conze, W. (1979): Arbeit. In: Brunner, O./Conze, W./Kosselleck, R. (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon der politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart, S. 154-215.

Corsten, M./Seidel, R. (2009): Re-Aktiviert Bürgerschaftliches Engagement? In: WSI-Mitteilungen 10/2009, S. 567-572.

Crompton, R. (2006): Employment and the Family. The Reconfiguration of Work and Familiy Life in Contemporary Societies. Cambridge University Press.

Dahrendorf R. (1983): Die Tätigkeitsgesellschaft. In: Dahrendorf Ralf: Die Chancen der Krise, Stuttgart, S. 88-00.

Deckstein, D./Felixberger, P. (2000): Arbeit neu denken. Wie wir die Chancen der New Economy nutzen können, Frankfurt am Main/New York.

Department of the Taoiseach (2008): Building Ireland´s Smart Economy. A Framework for Sustainable Economic Renewal. Dublin. In: (download Juni 2010: www.taoiseach.gov.ie/attached_files/BuildingIrelandsSmartEconomy.pdf).

DGB-Index „Gute Arbeit“ (2007): (download Juni 2010: http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen/data/Der%20Report%202007).

DGB-Index „Gute Arbeit” (2009): Der Report 2009. Wie die Beschäftigten die Arbeitswelt in Deutschland beurteilen. In: (download Juli 2010: http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen/data/diga_report_09.pdf).

Dingeldey, I./Gottschall, K. (2001): Alte Leitbilder und neue Herausforderungen: Arbeitsmarktpolitik im konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B21/2001, S. 31-38.

Diskussionskreis „Frau und Wissenschaft” (Hrsg.) (1997): Ökonomie weiterdenken! Beiträge von Frauen zu einer Erweiterung von Gegenstand und Methode. Frankfurt am Main und New York, Campus.

Dörr, G. (1995): Der Begriff der Haushaltsproduktion in der Umweltdebatte. In: Schultz, I./Weller, I. (Hrsg.) (1995): Gender and Environment: Ökologie und Gestaltungsmacht der Frauen, Forschungstexte des Instituts für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt am Main, S. 133-152.

Dörr, G. (1996): Der technisierte Rückzug ins Private. Zum Wandel der Hausarbeit, Frankfurt am Main/New York.

Eckart, C. (1990): Der Preis der Zeit. Eine Untersuchung der Interessen von Frauen an Teilzeitarbeit, Frankfurt am Main/New York.

Ehlers, K. (2007): Regionales Wirtschaften durch Grundeinkommen? In: Exner A./ Rätz W./Zenker B.(2007): Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien.

Ehrenberg, A. (2004): Das erschöpfte Selbst, Frankfurt am Main.

Ehrenreich, B./Hochschild, A. R. (Hrsg.) (2002): Global Women. Nannies, Maids, and Sex Workers in the New Economy, New York.

Embshoff D./Giegold S. (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, Hamburg.

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2010): Second European Quality of Life Survey. Family life and work (download: Juni 2010: http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef1002.htm).

Eversmann L.(2002): Wirtschaftsinformatik der langen Frist. Perspektiven für Menschen, Automaten und Arbeit in einer lebensdienlichen Ökonomie.

Exner A.(2010): Antikapitalismus mit 2 Beinen. Solidarische Ökonomie und Grundeinkommen. In: Die Alternative 2(2010)24-27. In: (download: Juni 2010: http://www.auge.or.at/_TCgi_Images/ug/20100315145957_Alternative_2010.03-04_1.pdf).

Exner A./Rätz W./Zenker B. (2007): Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien.

Ferber M. A./Nelson, J. A. (Hrsg.) (1993): Beyond Economic Man, Chicago.

Fischer-Kowalski, M./Schaffartzik, A. (2008): Arbeit, gesellschaftlicher Stoffwechsel und nachhaltige Entwicklung. In: Füllsack, M. (Hg.): Verwerfungen moderner Arbeit. Zum Formwandel des Produktiven, Bielefeld, S. 65–82.

Fraser, N. (1996): Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Nagl-Docekal, H./Pauer-Studer, H. (Hrsg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität, Frankfurt am Main, S. 469-498.

French, H./Renner, M./Gardner, G. (Heinrich Böll Stiftung) (2009): Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderung. In: Schriften zur Ökologie Band 3. In: (download Juni 2010: www.boell.eu/downloads/green_new_deal_oeko_band3.pdf).

Geppert, G./Hartmann, D. (2008): Cluster: Die neue Etappe des Kapitalismus. Assoziation A, Berlin/Hamburg, 2006.

Giarini, O./Liedtke, P. M. (1998): Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Köln.

Gildemeister, R. (2000): Geschlechterforschung. In: Flick U./Kardorff, E.v./Steinke, I. (Hrsg.) Handbuch der qualitativen Sozialforschung, Reinbek b. Hamburg, S. 213-223.

Gildemeister, R./Wetterer, A. (1992): Wie Geschlechter gemacht werden. In: Knapp, G.-A./Wetterer, A. (Hg.) TraditionenBrüche, Freiburg, S. 201-254.

Gildemeister, R./Robert, G. (1999): Vergeschlechtlichung-Entgrenzung-Revergeschlecht-lichung. Geschlechterdifferenzierende Arbeitsteilung zwischen Rationalisierung der Arbeitswelt und „postindustriellem Haushaltssektor". In: Honneger, C./Hradil, S./Traxler, F. (Hrsg.) Grenzenlose Gesellschaft? Verhandlungen des Kongresses für Soziologie in Freiburg i.Br., 1998, Opladen, Teil 2, S. 110-126.

Gorz A.(1994): Kritik der ökonomischen Vernunft, Hamburg.

Gorz A.(2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie. In: Ulrich Beck: Edition Zweite Moderne, Frankfurt am Main.

Gorz A. (2007): Seid realistisch – verlangt das Unmögliche. In: Exner, W./Rätz, W./ Zenker, B. (Hg.): Grundeinkommen. Soziale Sicherung ohne Arbeit, Wien, S. 70-78.

Grausgruber, A./Holley, H./Kern, R./ Richter,R. (2000): Die Debatte über die Zukunft der Arbeit. Im Auftrag der österreichischen Unescokommission, Linz und Wien.

Grießler, E./Littig B. (2005): Social Sustainability. A catchword between political pragmatism and social theory. In: Spangenberg, J./Giljum, S. (eds.): Special Issue „Governance for Sustainable Development". International Journal for Sustainable Development. Vol. 8 (2), S. 65-79.

Haidinger, B. (2008): Prekarität mit Geschichte: Die Care-Ökonomie der Privathaushalte. In: FORBA Schriftenreihe Nr. 04/2008, Wien, (download: im Juni 2010 http://www.forba.at/data/downloads/file/306-SR%2004-08.pdf).

Hasenjürgen, B. (1993): Von der „Subsistenzdebatte" zur Geschlechterforschung" – Frauen und Arbeit im Diskurs der westdeutschen Frauenforschung. In: Hasenjürgen, Brigitte und Sabine Preuß (Hrsg.) Frauenarbeit Frauenpolitik in Afrika, Asien, Lateinamerika, Osteuropa. Internationale Diskussionen, Münster, S. 11-32.

Haug F. (2008): Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg..

HBS (Hans-Böckler-Stiftung) (Hrsg.) (2000): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf.

Heinze, R. G., H. Keupp, 1997: Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Anlageband. Band 3: Zukunft der Arbeit sowie Entkopplung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung, Bonn, S. 107-241.

Heinze, R. G./Offe, C. (Hrsg.) (1990): Formen der Eigenarbeit. Theorie, Empirie, Vorschläge, Opladen.

Hielscher, V./Hildebrandt, E. (1999): Zeit für Lebensqualität. Auswirkungen verkürzter und flexibilisierter Arbeitszeiten auf die Lebensführung, Berlin.

Hildebrandt, E. (1999): Arbeit und Nachhaltigkeit. Discussion Paper Nr. P99-502 des Wissenschaftszentrums Berlin.

Hildebrandt, E. (2003): Arbeit und Nachhaltigkeit. Wie geht das zusammen? In: Linne/ Schwarz (Hrsg.), S 381-393.

Hildebrandt, E./Littig, B. (Hrsg.) (2006): Concepts, Approaches and Problems of Work-Life-Balance, Sonderheft (Special Issue) der European Societies, Journal der European Sociological Association (ESA), Vol. 8, Nr 2, 2006.

Himmelweit, Susan (2002): Making Visible the Hidden Economy: The Case for a Gender-Impact Analysis of Econmic Policy. In: Feminist Economics 8(1) 2002, S. 49-70.

Hochgerner, J. (2008): Kurzinformation. Soziale Innovation in Unternehmen. In: (download Juli 2010: http://www.zsi.at/attach/1Kurzinformation_Soziale-Innovation-in-Unternehmen_3S.pdf).

Hofmeister, S. (1994): Ist nachhaltiges Wirtschaften weiblich? Zur Bedeutung der physischen Einheit vom Produktion und Reproduktion für die Ökonomie. In: Buchen, Judith et al (Hrsg.) Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral. Feministische Perspektiven, München, S. 134–150.

Hofmeister, S. (1999): Über die Produktivität des Reproduktiven. Der Beitrag des Konzepts „Vorsorgendes Wirtschaften“ zum Nachhaltigkeitsdiskurs. In: Weller, I./ Hoffmann, E./Hofmeister, S. (Hrsg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven - Alte Blockaden, Bielefeld, S. 73–98.

Jackson T. (2009): Prosperity without growth? The transition to a sustainable economy. In: (download Juni 2010: www.sdcommission.org.uk/.../prosperity_without_growth_report.pdf).

Jackson T. (2009a): Recovery without growth? In: Renewal 17/3(2009). In: (download Mai 2010: http://www.lwbooks.co.uk/journals/renewal/articles/Renewal-17-3-05-jackson.pdf).

Jessop, B./Sum Ngai-Ling (2006): Beyond the Regulation Approach. Putting Capitalist Economies in their Place, Cheltenham.

Jochimsen, M./Knobloch, U./Seidl, I. (1994): Vorsorgendes Wirtschaften. Konturenskizze zu Inhalt und Methode einer ökologischen und sozialverträglichen Ökonomie. In: Busch-Lüty, C., M. Jochimsen, U. Knobloch, I. Seidl (Hrsg.): Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit, Politische Ökologie, Sonderheft 6, S. 6-11.

Kadritzke, U. (2009): Die Krise, die längst da war – Finanzkrise und soziale Ungleichheiten. In: WSI-Mitteilungen12/2009, S. 659–666.

Kasser T. (2002): The High Price of Materialism, Cambridge, London.

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) (2005): Arbeitszeit ist Lebenszeit – Arbeitszeitoffensive zur Durchsetzung der „Tätigkeitsgesellschaft". Diskussionspapier. In: (download: Juni 2010: http://www.kab.de/mm/Diskussionspapier_arbeitszeit.pdf).

Kesselring, A./Leitner, M. (2008): Soziale Innovation in Unternehmen. In: (download Juli 2010: http://www.zsi.at/attach/1Soziale_Innovation_in_Unternehmen_ENDBERICHT.pdf).

Kettschau, I. (1989): Zur Theorie und gesellschaftlichen Bedeutung der Hausarbeit. In: G., Thornieport, Arbeitsplatz Haushalt. Zur Theorie und Ökologie der Hausarbeit. Bonn, S. 98-114.

Kettschau, I. (1990): Zur Bedeutung und Nutzung von Zeitbudgetdaten in der Diskussion über Hausarbeit in Haushaltswissenschaften und Frauenforschung. In: von Schweitzer, R./Ehling, M./Schäfer, D. u. a.: Zeitbudgeterhebungen. Ziele, Methoden und neue Konzepte, Stuttgart, S. 107-128.

Klinger, C./Knapp, G.-A./Sauer, B. (2005) (Hrsg.): Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität, Frankfurt/New York.

Knapp, U. (1997): Ökofeministisch Wirtschaften? Eine Polemik gegen den Haushalt als Ausgangspunkt allgemeiner Richtlinien. In: Ökologisch Wirtschaften, 3/4 1997, Spezial Nachhaltiges Wirtschaften – eine feministische Perspektive, S. 9-12.

Kocka, J. (2001): Thesen zur Geschichte und Zukunft der Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B21/2001, S. 8-13.

Komlosy, A., C. Parnreiter, I. Stacher, S. Zimmermann (Hrsg.) 1997: Ungeregelt und Unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft, Frankfurt am Main.

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005a): Grünbuch Angesichts des demographischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen, Brüssel, KOM(2005)94.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005b): Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zur Gleichstellung von Frau und Mann 2005, KOM (2005) 44.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2010): Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM(2010)2020 endgültig.

Kraemer, K. (2008): Prekarität – was ist das? In: Arbeit, Jg. 17/Heft 1, S. 77-90.

Kreimer, M (2009): Ökonomie der Geschlechterdifferenz. Zur Persistenz von Gender Gaps, Wiesbaden.

Kratzer, N./Sauer, D. (2007): Entgrenzte Arbeit-gefährdete Reproduktion. Genderfragen in der Arbeitsforschung. In: Aulenbacher et al., S. 235-249.

Krull S./Massarrat M./Steinrücke M. (Hrsg.) (2009): Schritte aus der Krise. Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, Grundeinkommen: Drei Projekte, die zusammengehören, Reader der Attac AG ArbeitFairTeilen, Hamburg.

Kurz-Scherf, I. (2005): „Arbeit neu denken, erforschen, gestalten“ - ein feministisches Projekt. In: dies./Correll, Lena/Janczyk, Stefanie (Hrsg.): In Arbeit: Zukunft: Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel, Münster, S. 15-37.

Kurz-Scherf, I./Lepperhoff, J./Rudolph, C. (2003): Geschlechterperspektiven auf den Wandel von Arbeit. In: WSI-Mitteilungen, 56. Jg. ,Heft 10, S. 585-590.

Kurz-Scherf, I./Lepperhoff, J./Scheele, A. (2010): Arbeit und Geschlecht im Wandel: Kontinuitäten, Brüche und Perspektiven für Wissenschaft und Politik Dezember 2006 (download Juni 2010: http://web.fu-berlin.de/gpo/kurzscherf_lepperhoff_scheele.htm).

Kurz-Scherf, I. (2006): Kooperative Demokratie. Kritik der Arbeit und Arbeitslosigkeit, Münster.

Kurz-Scherf, I. (2007): Soziabilität – auf der Suche nach neuen Leitbildern der Arbeits- und Geschlechterpolitik. In: Aulenbacher et al., S. 269-284.

Leitner, A./Wroblewski A. (2000): Chancengleichheit und Gender Mainstreaming. Ergebnisse der begleitenden Evaluierung des österreichischen NAP. IHS: Beitrag in der Reihe Soziologie, Nr. 41, Wien.

Lemke, T. (2000): Eine neue Ökonomie der Macht. Das Konzept der „Gouvernementalität" ermöglicht die kritische Analyse neoliberaler Politik. In: Frankfurter Rundschau vom 29.08.2000.

Lenz, I. (2007): Inklusionen und Exklusionen in der Globalisierung der Arbeit. Einige Überlegungen. In: Aulenbacher et al, S. 185-200.

Lieger, N. (2006): Von Arbeit und Leistung zu Freiwilligkeit und Füllebewußtsein: Gedanken zu Wertewandel und Grundeinkommen. In: (download Juli 2010: http://homepage.univie.ac.at/nicole.lieger/aw/arb.pdf).

Linne, G./Schwarz, M. (Hrsg.) (2003): Handbuch nachhaltige Entwicklung, Opladen.

Lipietz, A. (1991): Demokratie und Fordismus. In: Das Argument, 33. Jg., S. 677-694.

Littig B. (2000): Die Zukunft der Eigenarbeit und ihre Bedeutung für die Veränderung der Arbeitsgesellschaft. ExpertInnengutachten zum Stand der Diskussion und zur Identifizierung von Problembereichen und Forschungsfeldern, unveröffentlichter Forschungsbericht des Instituts für Höhere Studien (IHS), Wien (unter Mitarbeit von M. Leuthold).

Littig, B. (2001): Feminist Perspectives on Environment and Society, Pearson Education, London et al.

Littig, B. (2002): Nachhaltige Entwicklung und Geschlechterverhältnisse: Überlegungen zur Konzeption nachhaltiger Arbeit. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts- wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 4/2002, S. 38-51.

Littig, B./Grießler, E. (2005): „Social Sustainability. A catchword between political pragmatism and social theory". In: Spangenberg, J./Giljum, S. (Hrsg.): Special Issue „Governance for Sustainable Development". International Journal for Sustainable Development, Vol. 8 (2), S. 65-79 .

Lutz, H. (2007a): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung, Opladen.

Lutz, H. (2007b): Migration and Domestic Work. A European Perspective on a Global Theme. Aldershot.

Lutz, H. (2007c): „Die 24-Stunden-Polin“ – eine intersektionelle Analyse transnationaler Dienstleistungen. In: Klinger, C./Knapp, G./Sauer, B. (2007): Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität, Frankfurt/New York.

Madörin, M. (1997): Die Ökonomie und der Rest der Welt. Überlegungen zur Problematik einer feministischen Politischen Ökonomie. In. „Diskussionskreis Frau und Wissenschaft” (Hrsg.): Ökonomie weiterdenken! Beiträge von Frauen zu einer Erweiterung von Gegenstand und Methode, Frankfurt am Main/New York, S. 78-106.

Madörin, M. (1992): Mythos Wirtschaftswissenschaft. In: AG Strukturanpassung und Frauen (Hrsg.): Von der Vernicht(s)ung von Frauen. Zur Wirtschaftspolitik und -theorie von IWF und Weltbank, Bern.

Marglin S- (2010): Premises for a New Economy: An Agenda for Rio+20. In: (download Juli 2010:http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_sdkp/sdkp_pdf/sdkp_workshop_0510/joint_statement.pdf)

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik (Hrsg.): Solidarische Ökonomie zwischen Markt und Staat. Gesellschaftsveränderung oder Selbsthilfe? [JEP (Journal für Entwicklungspolitik) XXV 3(2009)], Wien.

Matthes, J. 1983: Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/New York.

Matzner, E./Kregel, J./Roncaglia, A. (Hrsg.) (1987): Arbeit für alle ist möglich. Über ökonomische und institutionelle Bedingungen erfolgreicher Arbeitsmarktpolitik

Mayer K. (1999): Auf dem Weg zum Postfordismus. Bemerkungen über das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Formierung von „Globalisierung“, „Standortkonkurrenz“ und neoliberaler Hegemonie. In: Althaler K. (Hg.), Primat der Ökonomie? Über Handlungsspielräume sozialer Politik im Zeichen der Globalisierung, Metropolis, S. 133-168.

Mellor, M. (1997): Feminism and Ecology. New York University Press, New York.

Meyer, S./E. Schulze (Hrsg.) (1993): Technisiertes Familienleben. Blick zurück und nach vorn, Berlin.

Miegel, M. (2010): Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin.

Mies, M./Shiva V. (1993): Ecofeminism, Zed Press, London.

Mutz, G. (2001): Der souveräne Arbeitsgestalter in der zivilen Arbeitsgesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B21/2001, S. 14-23.

Neckel, S. (Hg.) (2010): Kapitalistischer Realismus. Von der Kunstaktion zur Gesellschaftskritik, Frankfurt.

Notz, G. (2003): Nachhaltiges Wirtschaften und die Bedeutung für ein zukunftsfähiges Geschlechterverhältnis. In: Linne/Schwarz (Hrsg.), S. 423-432.

Odierna, S. (1995): Private Haushalte als Arbeitgeber oder: Die Rückkehr der Dienstmädchen durch die Hintertür. In: Gräbe, S. (Hrsg.): Private Haushalte und neue Arbeitsmodelle. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik veränderter Lebensformen, Frankfurt am Main/New York, S. 87–100.

Ostner, I. (1978): Beruf und Hausarbeit. Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Peters, D. (1998): Breadwinners, Homemakers, Beasts of Burden. Habitat Debate, Vol. 4:2, Nairobi: UNCHS (download Juli 2010: www.unhabitat.org/HD/hdv4n2/contents.htm; reprinted in SDI Juli 2001).

Petersen T. (2002): Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft. In: UTOPIE kreativ H. 141/142 (Juli/August), S. 641-646.

Polanyi, K. (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften, Frankfurt am Main.

Premises for a new Economy: An Agenda for Rio+20 (2010): Joint Statement formulated by the participants of the UN Workshop „The Challenge of Sustainability: A Workshop in Preparation for RIO + 20, New York, May 8-10, 2010 (download Juni 2010: http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_sdkp/sdkp_pdf/sdkp_workshop_0510/joint_statement.pdf).

Programm der Partei DIE LINKE (Entwurf): (download Juni 2010: http://die-linke.de/programm/programmentwurf/iv_linke_reformprojekte_schritte_gesellschaftlicher_umgestaltung/1_wie_wollen_wir_leben_gute_arbeit_soziale_sicherheit_und_gerechtigkeit/gute_arbeit/).

Rätz, W. (2007): Versuch und Erfolg. Was wir aus den Bewegungen der letzten vierzig Jahre lernen können. In: Exner, W./Rätz, W./Zenker, B.(Hrsg.): Grundeinkommen. Soziale Sicherung ohne Arbeit. Wien, S. 270-277.

Reuter, N. (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema in neuer Übersetzung von Maynard Keynes J. und Wassily W. Leontief, Marburg.

Reuter, N. (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, Marburg.

Rudolph, B. (2001): Mögliche Chancen und befürchtete Fallen der „Neuen Tätigkeitsgesellschaft“ für Frauen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B21/2001, S. 24-30.

Sassen, S. (1997): Informalisierung in den Global Cities der hochentwickelten Marktwirtschaften: hausgemacht oder importiert? In: Komlosy, A./Parnreiter, C./Stacher, I./ Zimmermann, S. (Hrsg.): Ungeregelt und Unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft. Frankfurt am Main, S. 235-248.

Sassen, S. 1998: Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft. In: Prokla, Heft 111, 28. Jg., S. 199-216.

Sauer, B. (1999): „Es rettet und (k)ein höh’res Wesen ...” Neoliberale Geschlechterkonstrukte in der Ära der Globalisierung. In: Stolz-Willig, B., M. Veil (Hrsg.), S. 215-239.

Schaffer A./Stahmer C. (2005): Die Halbtagsgesellschaft – ein Konzept für nachhaltigere Produktions- und Konsummuster. In: GAIA 14/3 (2005): 229-239.Scharpf, F. W. (1994): „Negative Einkommenssteuer“ – ein Programm gegen Ausgrenzung. In: Die Mitbestimmung, Heft 4, S. 27-30.

Scherhorn, G. (2005): Zum Widerstand gegen Arbeitszeitverkürzung. In: GAIA 14/3, S. 240-242.

Scherhorn G. (2009): Demokratisierung des Wohlstands. In: Wuppertalpapers: Die Zukunft der bezahlten und unbezahlten Arbeit: Drei Szenarien, Wuppertal,

Schettkat R. (2009): Zukunft der Arbeit: Dienstleistungen zwischen Eigenarbeit und Professionalisierung. In: Wuppertalpapers: Die Zukunft der bezahlten und unbezahlten Arbeit: Drei Szenarien, Wuppertal.

Schmid, W. (1998): Philosophie der Lebenskunst. Eine Grundlegung, Frankfurt am Main.

Schmidt, G. (Hrsg.) (1999): Kein Ende der Arbeitsgesellschaft. Arbeit, Gesellschaft und Subjekt im Globalisierungsprozeß, Berlin.

Schultz, I. (Hrsg.), 1993: GlobalHaushalt: Globalisierung von Stoffströmen - Feminisierung von Verantwortung, Forschungstexte des Instituts für sozial-ökologische Forschung., Frankfurt am Main.

Schultz, I. (1999): Eine feministische Kritik an der Studie Zukunftsfähiges Deutschland. In: Weller. I. et al. (Hrsg.), S. 35-72.

SOFI/IAB/ISF München/INIFES (Hg.) 2005: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeits- und Lebensweisen. Erster Bericht. WiesbadenSenatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (Red.) (1998): Die Sackgassen der Zukunftskommission. Streitschrift wider die Kommission für Zu-

kunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen. Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen Bd. 33, Berlin.

Senghaas-Knobloch, E. (1998): Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Politikoptionen und Kriterien zur ihrer Abschätzung. In: Feministische Studien, 2/98, S. 9-30.

Senghaas-Knobloch, E. (2008): Flexible Arbeitsformen als Herausforderung der sozialen Nachhaltigkeit. In: Becke, G. (Hrsg.): Soziale Nachhaltigkeit in flexiblen Arbeitsstrukturen. Problemfelder und arbeitspolitische Gestaltungsperspektiven, Münster, S. 27–43.

Spitzley H.(2005): „Kurze Vollzeit" – eine Grundlage für gute Arbeit. In: Gute Arbeit. Zeitschrift für Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung, H. 5/2005, S. 21-23.

Stahmer C. (2003): Aufbau eines sozio-ökonomischen Berichtssystems für eine nachhaltige Gesellschaft. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Bd. 41, 2003. 72–92, Stuttgart. In: (download Juni 2010: www.diw.de/documents/publikationen/73/42755/v_04_1_6.pdf).

Stahmer C. (2004): Monetäre, physische und Zeit-Input-Outputtabellen. Band 1 der Schriftenreihe: Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft. Konzepte und Beispiel. In: (download Juni 2010: https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021770).

Stahmer C. (2005): Die Halbtagsgesellschaft – ein Konzept für nachhaltigere Produktions- und Konsummuster. In: GAIA 14/3 (2005), S. 225-239.

Stahmer C. (2006): Halbtagsgesellschaft. Anregungen für ein sozial nachhaltiges Deutschland. In: (download Juni 2010: http://www.uni-bielefeld.de/ZIF/KG/2004 Modellierung/Halbtagsgesellschaft_Stahmer.pdf).

Stahmer C. (2007): Die Halbtagsgesellschaft – Vision eines sozial nachhaltigen Deutschland. In: ernährung im fokus 7. Jahrgang 12 (2007).

Stahmer C. (2009): Halbtagsgesellschaft – konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Grundsicherung. In: Wuppertalpapers: Die Zukunft der bezahlten und unbezahlten Arbeit: Drei Szenarien, Wuppertal.

Stolz-Willig, B./Veil, M. (Hrsg.) (1999): Es rettet uns kein höh'res Wesen. Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Hamburg.

Sustainable Development Commission (2003): Redefining prosperity: resource productivity, economic growth and sustainable development. In: (download Juni 2010: www.sd-commission.org.uk/.../030627%20Redefining%20prosperity,%20resource%20productivity.pdf).

Tàlos E. (1993): Umbau des Wohlfahrtsstaates. Konträre Begründungen und Optionen. In: ÖZP Nr.1, S. 37-55.

Teichert, V. (Hrsg.) (1988): Alternativen zur Erwerbsarbeit? Entwicklungstendenzen informeller und alternativer Ökonomie, Opladen.

Thornieport, G. (Hrsg.) (1989): Arbeitsplatz Haushalt. Zur Theorie und Ökologie der Hausarbeit, Berlin.

Victor Peter A. (2008): Managing without Growth. Confronting Structure – Achieving Economic Sustainability. Redefining Prosperity Project. In: (download Mai 2010: http://www.sd-commission.org.uk/publications/downloads/Peter_Victor_thinkpiece.pdf).

Videopodcast von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 6. Februar 2010: In: (download: http://www.bundesregierung.de/nn_670562/Content/DE/Podcast/2010/2010-02-06-Video-Podcast/2010-02-06-video-podcast.html).

Vobruba, G. (2006): Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft, Wiesbaden.

Voß, G.G. (2007): Subjektivierung von Arbeit und Arbeitskraft. Zur Zukunft der Beruflichkeit und die Dimension Gender als Beispiel. In: Aulenbacher et al., S. 97-113.

Voß, G.-G./ Pongratz H. J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, Heft 1, S. 131-158.

Wachstum im Wandel (2010 a): Wirtschaft jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke. Reihe: »Zukunftsdossiers« Nr 1, hg. vom Österreichischen Lebensministerium, Wien.

Wachstum im Wandel (2010 b): Zur Zukunft der Arbeit. Befunde und Ausblicke. Reihe: »Zukunftsdossiers« Nr 2, hg. vom Österreichischen Lebensministerium, Wien.

Wagner, E. (1991): Technik für Frauen. Arbeitszusammenhang, Alltagserfahrung und Perpektiven der Hausfrauen im Umgang mit technischen Artefakten, Wien.

Weizsäcker, v. C./E. U. v. Weizsäcker (1979): Eigenarbeit in einer dualen Wirtschaft. In: J. Huber (Hg.): Anders arbeiten – anders wirtschaften. Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muss ein Job sein, Frankfurt am Main, S. 91-103.

Wehling, P. (1992): Moderne als Sozialmythos, Campus, New York/Frankfurt.

Weller, I./Hoffmann, E./Hofmeister, S. (Hrsg.) (1999): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven - Alte Blockaden, Bielefeld.

Werlhof, C. v. (2010): Vom Diesseits der Utopie zum Jenseits der Gewalt. Feministisch-patriarchatskritische Analysen – Blicke in die Zukunft? Centaurus, Freiburg.

Wichterich, C., 1993: Die globalen Haushälterinnen. In: Schultz, I., S. 25-35.

Wichterich C. (2009): Gleich-gleicher-ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung, Sulzbach/Taunus.

Winkler, G.(2008): Neoliberale Regulierung von Care Work und deren demografische Mystifikationen. In: Buchen S. und Maier, M.S. (Hrsg.), Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel, Wiesbaden, VS, S.47-62.

Worschech, S. (2008): Soziale Sicherheit neu denken. Bedingungsloses Grundeinkommen und bedarfsorientierte Grundsicherung aus feministischer Sicht. In: HBS (Hrsg.): Schriften des GUNDA-WERNER-INSTITUTS Band 4. In: (download Juli 2010: http://www.boell.de/downloads/demokratie/GWI-Soziale_Sicherheit-Endf.pdf).

Zimpelmann, B./Endl, Hans-L. (2008): Zeit ist Geld. Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung, Hamburg.

8. Anhang

Tabelle 2: Übersicht über erweiterte Arbeitskonzepte

Generelle Ausrichtung	Ziele/Leitbilder	Vertreter/Akteure	Diagnostizierte Problemlage	Lösungen/Maßnahmen/ Strategien	Risiken und offene Fragen
Sozialer Imperativ der Nachhaltig-keit	Gleichberechtigte Anerkennung der ganzen Arbeit; Umstellung von Wirtschaft und Sozialsystemen auf Basis der ganzen Arbeit. „Mischarbeit“ „Halbtagsgesellschaft“	HBS (Gudrun Linne) 2000;Eckart Hildebrandt 1999, 2003;Sebastian Brandl/Eckart Hildebrandt 2002;Carsten Stahmer 2006, 2007, 2009	Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, Massenarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Entgrenzung von Erwerbsarbeit sind Krisenerscheinungen der derzeitigen Wirtschafts- und Arbeitsorganisation	Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme und deren Abkoppelung von der Erwerbsarbeit, Grundeinkommen, Erwerbsarbeitszeitverkürzung, individuelle Zeitoptionen, Aufwertung von Nichterwerbstätigkeiten, betriebliche Anerkennung von Versorgungstätigkeiten etc.	Aufwertung der Nichterwerbstätigkeiten oder Gleichstellung mit Erwerbsarbeit beinhaltet immer das Problem von Grauzonen (1€ Jobs, etc.) zwischen den heute getrennten Sphären. Soziale Nachhaltigkeit als eigenständiger Wert kann zu Konflikten mit ökologischer Nachhaltigkeit führen. Frage der Steuerbasis
Ökologischer Imperativ der Nachhaltigkeit	Arbeits- und Lebensweise der Menschen passt sich den ökologischen Erfordernissen an. Fokus auf immateriellem Wohlstand in der Tätigkeitsgesellschaft	BUND/Misereor 1996 BUND/EED 2008	Einerseits: Massenarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Niedergang der Normalarbeit. Andererseits: ständige Produktivitätssteigerungen und Konsumwachstum führen zu nicht nachhaltigen Wachstums- und Konsummustern	Fairteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, Aufwertung der Nichterwerbsarbeit durch deren Einbezug in soziale Sicherungssysteme, Bildung und Qualifizierung, individuelle Arbeitszeitgestaltung auf Basis der Lebensrealitäten, Mindestlohn, negative Einkommenssteuer und Grundsicherung	Grauzonen (1€ Jobs, etc.) Konsensorientierte Herangehensweise blendet tendenziell Machtverhältnisse aus

Generelle Ausrichtung	Ziele/Leitbilder	Vertreter/Akteure	Diagnostizierte Problemlage	Lösungen/Maßnahmen/ Strategien	Risiken und offene Fragen
Globalisierungskritische Be-wegungen	Stärkung der Arbeit gegenüber dem Kapital; Bildung von Allianzen gegen die neoliberale Hegemonie und Deutungsmacht; Bildung einer nachhaltigen Gesellschaft auf Basis von Kooperation, Gemeingütern, Demokratie in Politik und Wirtschaft etc.	Attac, Heinz-J. Bontrup/ Lars Niggemeyer/ Jörg Melz 2007;Stephan Krull/ Mohssen Massarrat/ Margareta Steinrücke 2009	Die Vormachtstellung und Interessen des Kapitals führen zu erhöhter Ausbeutung. Ergebnis sind Massenarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Stress und Leistungsdruck, Verarmung der Einen und Bereicherung der Anderen	Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und bedingungsloses Grundeinkommen als Einheit gedacht; Gleichstellungspolitiken zur Aufteilung der Haus,-Sorge- und Gemeinwohlarbeit	Grauzonen (1€ Jobs, etc.) Finanzierung durch Umverteilung ist konfliktreich Arbeitsloses Einkommen durchzusetzen benötigt völlig neue Werte. Neue Werte durchzusetzen ist eine langfristige Angelegenheit Frage der Steuerbasis Wirtschaftliche Instabilität durch den Übergang
Neue Sinnstiftung	Grundlegende Erneuerung der Kultur hin zu nichtmateriellen Wohlstandswerten innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise (Miegel) Sozioökonomische Basis einer neuen Gesellschaft sind High-Tech Gemeinschaftsproduktion und sinnstiftende Tätigkeiten im Zeitwohlstand (Bergmann)	Denkwerk Zukunft – Miegel 2010; „Neue Arbeit“ Frithjof Bergmann 2004	Wohlstandsvorstellungen basieren auf Wirtschafts-wachstum; massive Wohlstandsverluste weil Wirtschaftswachstum aufgrund ökolog. Grenzen nicht mehr möglich sein wird (Miegel) Fremdbestimmte Erwerbs-arbeit in anonymen Fabrikshallen gehört der Vergangenheit an. Sie passt nicht mehr zu unseren Lebensentwürfen. Sie kann durch die technologische Entwicklung von Maschinen übernommen werden (Bergmann)	Verbreiterung des Wohlstandsverständnisses; aktive Lebensgestaltung statt Konsumismus; Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements und der Familie; Stärkung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen (Miegel) Fokus auf sinnstiftende, selbstbestimmte Tätigkeiten und radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung; (Bergmann)	Miegel: Grauzonen (1€ Jobs, etc.) Bergmann: Frage der Steuerbasis Grauzonen (1€ Jobs, etc.) Wirtschaftliche Instabilität durch den Übergang

Generelle Ausrichtung	Ziele/Leitbilder	Vertreter/Akteure	Diagnostizierte Problemlage	Lösungen/Maßnahmen/ Strategien	Risiken und offene Fragen
Vor-sorgendes Wirtschaften	Die beiden „getrennten“ Ökonomien (Reproduktion und Produktion) nachhaltig miteinander verbinden und beiden Geschlechtern gleichberechtigten Zugang zu schaffen (ökologischer Ansatz)	Adelheid Biesecker 1997;Sabine Hofmeister 1999, Adelheid Biesecker/ Sabine Hofmeister 2003	Marktökonomie ist nicht auf Erfüllung von Bedürfnissen ausgerichtet, sondern auf abstrakte Wertschöpfung. Die Markt- und Haushaltsökonomie sind getrennt und werden als unabhängig voneinander dargestellt, was zur strukturellen Benachteiligung von Frauen führt	Strategische Verbreiterung einer Sicht der Wirtschaft als Gesamtwirtschaft, die den so genannten Reproduktionsbereich mit einschließt; nur so kann nachhaltiges Arbeiten auf Basis von Kooperation, Vorsorge und Orientierung am Lebensnotwendigen gedacht werden	Frage der Steuerbasis Grauzonen (1€ Jobs, etc.) Frage der Effizienz von Subsistenz und Frage der Werte Wirtschaftliche Instabilität durch den Übergang
Subsistenz-wirtschaft	Die beiden „getrennten“ Ökonomien (Reproduktion und Produktion) nachhaltig miteinander verbinden und beiden Geschlechtern gleichberechtigten Zugang zu schaffen (feministischer Ansatz)	Veronika Bennholdt-Thomsen/Maria Mies/ Claudia von Werlhof 1988; Maria Mies/ Vandana Shiva 1993;Veronika Bennholdt-Thomsen/Maria Mies 1997; Claudia von Werlhof 2010	Im Entwicklungsmodell westlicher Gesellschaften gelten alle nichtkapitalistischen Wirtschaften als zurückgeblieben und ineffizient. In vielen Ländern des Südens bildet Subsistenz aber das Rückgrat der Volkswirtschaften	Feministischer Befreiungskampf durch den Abbau des Warenkonsums zugunsten des Aufbaus einer autonomen Subsistenzproduktion	Frage der Steuerbasis Grauzonen (1€ Jobs, etc.) Frage der Effizienz von Subsistenz Verklärung des Menschen- bzw. Frauenbildes in der Subsistenzwirtschaft Wirtschaftliche Instabilität durch den Übergang

Generelle Ausrichtung	Ziele/Leitbilder	Vertreter/Akteure	Diagnostizierte Problemlage	Lösungen/Maßnahmen/ Strategien	Risiken und offene Fragen
Solidarische Ökonomie	Wirtschaft und Gesellschaft auf Basis freiwilliger Kooperation und Selbstorganisation; Autonome selbstbestimmte Arbeit statt heteronomer fremdbestimmter Lohnarbeit	Altvater/Sehler 2006;Embshoff/ Giegold 2008; Exner 2010; Gorz 2000	Massenarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Verarmung, sowie Leistungsdruck, Zeitarmut und Stress sind Merkmale der Arbeitswelt der kapitalistischen Ökonomien	Aufbau solidarischer Ökonomien, Radikale Lohnarbeitszeitverkürzung, Ausbau sozialer Sicherung und Loslösung der Sicherungssysteme von der Erwerbsarbeit (Grundeinkommen); Geschlechtergerechtigkeit durch Neudefinition der Trennung von Haushalt und Erwerbsarbeit	Vereinnahmung der Solidarischen Ökonomie durch neoliberale Interessen; Überwälzung von staatlichen Wohlfahrtssystemen auf kleine Solidargemeinschaften; Instabilität als Folge des Übergangs von gewinn- und konkurrenzorientierter zu gemeinwohlorientierter Wirtshaft
Nachhaltiges Wachstum	Politökonomisch stabiles kapitalistisches System ohne Wachstumszwang	Tim Jackson 2009, 2009a; Wuppertalinstitut; SERI	Auf Konsumwachstum basieren Beschäftigung, Wohlfahrtsstaat, Wohlstand/Reichtum. Konsumwachstum ist jedoch nicht nachhaltig	Arbeitszeitverkürzung; Grundsicherung; wirtschaftswissenschaftliche Theorien und Grundlagen für eine Wirtschaft ohne Wachstum; nachhaltige Lebensstile	Wirtschaftliche Instabilität durch den Übergang
Transition Town Initiative (TTI)	Drastische Erhöhung der energetischen und ökonomischen Autonomie von Gemeinden und Regionen	Zivilgesellschaft („grassroot“) und bei erfolgreichen Initiativen die lokale Verwaltung	Klimawandel und Peak Oil führen zur Notwendigkeit einer tiefgreifenden Umgestaltung des Wirtschaftssystems und der individuellen Lebensstile	Anklänge an Bergmanns „Neue Arbeit“; Zeitwohlstand und Glück statt ökonomischer Wohlstand; Selbstbestimmtes Arbeiten statt entfremdeter Arbeit	Frage der Steuerbasis Wirtschaftliche Instabilität durch den Übergang Frage der Effizienz und Verallgemeinerbarkeit der erwünschten Lebensformen

Über die Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen oder Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßig Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem 14tägig erscheinenden Infodienst „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin „Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen“ informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der Homepage **www.boeckler.de** bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39 Telefon: 02 11/77 78-0
40476 Düsseldorf Telefax: 02 11/77 78-225

www.boeckler.de

Hans **Böckler Stiftung**

Fakten für eine faire Arbeitswelt.